

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Angriff auf einen Rettungswagen in Chan Yunis. https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Palestine_ambulance_strike.png

AI: ISRAEL BEGEHT VÖLKERMORD IN GAZA

INHALT

Autoindustrie

Gewerkschaftsbürokratie bettelt um Sozialpartnerschaft, Jakob Schäfer 3

ISO

Politische Herausforderungen, vor denen wir stehen, Resolution der Bundeskonferenz der ISO, 7

Spanien

Nicht vom Himmel gefallen, Manuel Garí 10

COP29

COP 29 – mehr schlecht als recht, Michael Roberts 16

USA

Trump und das Dilemma der Linken, Ashley Smith 22

DOSSIER Nahost

Deutschland unterstützt den Krieg gegen Gaza, ein Dossier mit 6 Beiträgen 27

Die globale Rolle Israels am Beispiel Lateinamerikas, Neiden Levy 28

Vom Sündenbock zum Liebling der Rechten, Em Hilton 34

Trumps offene Agenda, Interview mit Lara Friedman 37

Israelis zweiter Klasse, Orly Noy 40

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland? Friedrich Voßkühler 41

Schluss mit der Unterstützung des Völkermords, Offener Brief an die deutsche Bundesregierung 45

Debatte

Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, Angela Klein 48

Syrien

Die Rebellion in Syrien verstehen, Interview mit Joseph Daher 54

Register

Register 2024 63

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 35,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

GEWERKSCHAFTS- BÜROKRATIE BETTELT UM SOZIALPARTNERSCHAFT

Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass ein Konzern Massenentlassungen ankündigt. Doch der IGM-Vorstand orientiert weiter auf Sozialpartnerschaft.

■ Jakob Schäfer

Allein die angedrohten Entlassungen bei Bosch, ZF, Schaeffler, Mahle, Ford und Thyssen-Krupp betreffen mehr als 20 000 Stellen. Am gravierendsten und politisch folgenreichsten sind die angedrohten Entlassungen bei VW, und zwar aus drei Gründen: Erstens ist dort die Gesamtdimension so groß, dass die an den jeweiligen Standorten betroffenen Kolleg:innen nicht einfach mal woanders eine Stelle finden werden (der VW-Vorstand will 3 von 10 Werken ganz schließen und an anderen Standorten das Personal reduzieren). Zweitens sollen auch die Nicht-Entlassenen einen Beitrag zur Wahrung der Profite leisten, indem man ihnen das Einkommen um 10 Prozent kürzt. Drittens wurde mit der Kündigung des „Tarifvertrags Beschäftigungssicherung“ ein Herzstück der Sozialpartnerschaft bei VW auch formal aufgekündigt.

Das gesamte Industriekapital, vor allem natürlich das der Autoindustrie, schaut nun mit Spannung, wie dieser Frontalangriff bei VW gelingt. Kommt es hier zu einer bedeutsamen Niederlage der Belegschaft(en), dann sind die anderen Kapitalisten ermutigt, ihren Kurs des Stellenabbaus zwecks Wahrung oder Erhöhung der Profite noch zu verschärfen. Am begierigsten wird der Vorstand von Ford schauen: In Köln sollen 2900 Stellen gestrichen werden; im Werk Saarlouis sind 2024 schon 650 Stellen abgebaut worden, im Januar 2025 gehen weitere 400 Beschäftigte und die restlichen 1700 werden im Verlauf des Jahres 2025 entlassen (oder gehen „freiwillig“).

Fehlende Strategie des IGM-Vorstands?

Auf den ersten Blick könnte man meinen, der IGM-Vorstand habe keine Strategie im Kampf um den Erhalt der

Arbeitsplätze. Betrachtet man allerdings den Gesamtzusammenhang und damit auch den Ablauf der Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie 2024, so wird doch klar, worin die Strategie besteht, nämlich auf Teufel komm raus alles dafür zu tun, damit es nicht zu einer Explosion oder doch wenigstens zu einem Zusammenführen der Kämpfe kommt.

Der Tarifabschluss vom 12. November bedeutet eine Fortsetzung der Reallohnverluste aus den vorangegangenen Tarifrunden. 7 % Tarifierhöhung mit einer Laufzeit von 12 Monaten waren gefordert. Heraus kam ein Abschluss mit insgesamt kaum mehr als 5,1 Prozent bei einer Laufzeit von 25 Monaten. Auf das Jahr umgerechnet sind das kaum mehr als 2 Prozent und das bei einer zu erwart-

TARIFABSCHLUSS

Dieser Artikel wurde vor dem Tarifabschluss bei VW geschrieben. Leider haben sich alle Befürchtungen bestätigt: *Erstens* beruht die Einigung von VW-Vorstand und IGM-Verhandlungsführung auf gravierenden Einschnitten für die Beschäftigten. *Zweitens* wird der Abschluss die Krise nicht lösen (Näheres dazu im Artikel). Die nächste Sparmaßnahme auf Kosten der Beschäftigten wird also nicht lange auf sich warten lassen. *Drittens* ist die IGM weiterhin nicht bereit, den Kampf für die Konversion der Produktion aufzunehmen, wenn der weiterhin vorprogrammierte Schrumpfungsprozess nicht auf Kosten der abhängig Beschäftigten gehen soll. *Viertens*: Die Aktionäre werden auf dieser Grundlage auch in Zukunft satte Dividenden einheimen.

tenden Steigerung der Lebenshaltungskosten von deutlich mehr als 2 Prozent.

Sieht man von den Einmalzahlungen ab, dann sind die Tabellenerhöhungen seit 2018 insgesamt um annähernd 10 Prozent hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben. Und von diesem geringeren Niveau aus berechnen sich auch alle künftigen Entgelterhöhungen.¹

Vor diesem Hintergrund ist die lange Laufzeit ein besonderes Ärgernis. Seit Jahren gibt es wachsenden Unmut über zu lange Laufzeiten, doch die Gewerkschaftsbürokratie hat – im guten Einvernehmen mit der Kapitalseite – kein Interesse, an diesem zentralen Element ihrer Tarifpolitik etwas zu ändern. Beide Verhandlungsseiten profitieren von langen Laufzeiten: a) Sie geben dem Kapital Kalkulations- und Planungssicherheit für eine gewisse Zeit und sorgen gleichzeitig dafür, dass in dieser Zeit die Belegschaft die Füße still halten muss (wegen Friedenspflicht); b) gleichzeitig muss auch der Gewerkschaftsapparat nicht schon im nächsten Jahr wieder die Maschinerie der Vorbereitung auf eine Tarifrunde anwerfen, neues Material erstellen, viel Geld für die Mobilisierung des üblichen Tarifrituals ausgeben usw.; c) vor allem aber – und das ist das Wichtigste – ist die lange Laufzeit eine große Hilfe beim Schönrechnen des Tarifergebnisses. Erleichtert wird dieses Manöver auch durch die regelmäßig neu hinzutretenden Vereinbarungen mit diesen oder jenen kleinen Verbesserungen des Tarifvertrages, die das Kapital zwar kaum (wenn überhaupt) etwas kosten, aber vor allem dazu dienen, das Gesamtergebnis zu verschleiern (etwa die vermehrten Möglichkeiten, für Pflege oder bei Krankheit der Kinder freie Tage zu nehmen, also eine selbst bezahlte Arbeitszeitverkürzung vorzunehmen).

Warum der schnelle Abschluss?

Schon zwei Wochen vor dem Abschluss hatten sich Gesamtmetall und IG Metall darauf verständigt, auf jeden Fall am 11./12. November in Hamburg einen Tarifvertrag abzuschließen. Diese Verabredung war getroffen worden, als die Warnstreiks gerade erst angelaufen waren – sie wurden im üblichen Ritual abgepulst – und man nicht behaupten konnte, dass die Kolleg:innen am Ende ihrer Kräfte angelangt waren. Eher war eine andere Tendenz stärker erkennbar als in den früheren Runden: Noch mehr Kolleg:innen als sonst glaubten gar nicht erst, dass die IG Metall wirklich die 7 % auf 1 Jahr durchsetzen will. Zu sehr haben die Kolleg:innen (ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht) in den letzten zehn, zwanzig Jahren immer wieder die Erfahrung gemacht, dass die Gewerkschaft

deutlich weniger als die Hälfte von dem herausholt, was sie fordert. Und dies, ohne dass eine scharfe Konfrontation sie zum Einknicken gezwungen hätte.

Der Abschluss vom November 2024 bestärkt die Kolleg:innen natürlich nur noch weiter in dieser Einschätzung und erschwert damit noch mehr künftige Mobilisierungen. Die IGM-Führung braucht diese aber, um weiterhin ernst genommen zu werden. Die Existenzberechtigung des ganzen Apparats steht und fällt mit dieser Mobilisierungsfähigkeit, so sehr sie auch weithin nur als Ritual wahrzunehmen ist. So ist die Gewerkschaftsbürokratie in ihren eigenen Widersprüchen gefangen, was dieses Mal dadurch bestärkt wird, dass jetzt mehr aktive Kolleg:innen das Verhandlungsergebnis kritisieren. Beim letzten Mal hatte vor allem die steuerfreie Einmalzahlung „Inflationsausgleichprämie“ dafür gesorgt, dass das Ergebnis einigermaßen akzeptiert wurde. Dieses Mal hört man Kolleg:innen auch auf Gewerkschaftsversammlungen ihre Kritik äußern, eine Erfahrung, die wir lange nicht mehr hatten. Diesen Unmut gilt es jetzt, nicht sich selbst zu überlassen, sondern in eine organisierte strategische Diskussion einfließen zu lassen, die positive Alternativen für die nächsten Tarifrunden eröffnet.

Falsche Strategie im Kampf gegen Entlassungen

Das erste und gravierendste Manko in der IGM-Strategie ist das fehlende Zusammenfließen der Kämpfe. Nichts zwang die Gewerkschaftsbürokratie, ganz schnell und vor allem vor Ablauf der Friedenspflicht bei VW den Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie zu tätigen. Für VW gilt ein eigener Tarifvertrag, der am 30. November auslief. Gemeinsame Streikaktionen, gemeinsame Demos usw. hätten eine andere Dynamik entfaltet, vor allem hätten sie der Spaltung und dem Denken nach dem Sankt-Florians-Prinzip entgegengewirkt.

Stattdessen hält die IGM-Führung in trauriger Eintracht mit dem Betriebsrat an Verhandlungen fest, die auf ein (scheinbares) Geben und Nehmen abzielen:

Das fängt damit an, dass man die Erklärung der Krise vor allem auf Managementfehler zurückführen möchte. Man will einfach nicht wahrhaben, dass es in erster Linie eine Strukturkrise ist. Diese beruht auf den weltweiten Überkapazitäten und der gleichzeitigen relativen Sättigung des Marktes. Letzteres ergibt sich aus der Beschränkung der kaufkräftigen Nachfrage im Massensegment, aber auch aus der allgemeinen Verkehrssituation (verstopfte Straßen; zunehmender Mangel an Parkplätzen usw.). Hinzu kommt, dass für eine bedeutsame Absatzsteigerung von

E-Autos die Ladeinfrastruktur gewaltig ausgebaut werden müsste, was aber die Industrie nicht bezahlen will und der Staat kaum bezahlen kann (siehe Schuldenbremse). Deshalb werden die kostengünstiger produzierten chinesischen E-Autos zwar zunehmend die E-Autos deutscher Produktion verdrängen, aber auch für sie gibt es keinen endlos offenen Markt. (s. Kasten)

Übertroffen wird das kurzfristige kapitalistische Denken von IGM-Führung und Betriebsratsmehrheit bei VW noch durch zwei weitere Irrläufe. Der Betriebsrat von VW möchte gern von der strukturellen Krise der Autoindustrie ablenken, indem er z. B. auf die Unterschiede bei den rückläufigen Umsatzrenditen der einzelnen Konzernteile verweist. Bei Porsche sei die Umsatzrendite schließlich um 4 Prozentpunkte zurückgegangen (gegenüber nur 1,5 Prozentpunkten im Gesamtkonzern). Betriebsratsvorsitzende Cavallo: „Der Rückgang liegt vor allem an Audi, Porsche und den Finanzdienstleistungen.“ Solche Schuldzuweisungen sind Ausdruck von Konkurrenzdenken sogar

innerhalb des Konzerns und untergraben die Anstrengungen zur Herstellung einer gemeinsamen Abwehrfront. Gleichzeitig akzeptieren IGM-Vorstand und Betriebsrat das vom Konzern vorgegebene Ziel, dass nämlich die Nettoumsatzrendite nicht unter 2,3 % sinken dürfe. Was bedeutet diese Größenordnung denn konkret in Euro etwa für das Jahr 2024?

In den ersten 9 Monaten des Jahres 2024 setzte der VW-Konzern 237 Mrd. € um und machte 12,9 Mrd. € Gewinn. Das ist eine Umsatzrendite von 5,44 %, ein Rückgang von 1,5 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Bei der Kernmarke von VW liegt die Umsatzrendite bei 2,1 %. Das nennt der Vorstand „hart an der Verlustgrenze“. Schaut man auf das gesamte Massensegment (Core), so liegt die Umsatzrendite bei 4,4 %, beim Segment „Progressive“ (Audi) bei 4,5 %, bei Porsche trotz des Rückgangs um 4 Prozentpunkte bei 14,6 %.

Schaut man allein auf die eingefahrenen Profite von 2022 (12,477 Mrd. €), von 2023 (6,243 Mrd. € und auf die

DAS KONZEPT DER EUROPÄISCHEN AUTOKONZERNE ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE

Die chinesische Autoindustrie hat gegenüber der europäischen mehrere Vorteile. Erstens wirkt sich hier die staatliche Förderung beim Aufbau der primären Infrastruktur vor allem bei den E-Autos massiv aus. Auf diese Weise hat die chinesische Autoindustrie sogar einen technologischen Vorsprung aufbauen können. Zweitens wirkt in China inzwischen die kapitalistische economy of scales, also die Kosteneinsparung aufgrund großer Stückzahlen. Drittens hat der staatlich organisierte Ausbau der Ladeinfrastruktur den Kauf eines E-Autos überhaupt zu einer Alternative gemacht. Bis zu einem gewissen Grad spielen natürlich auch die geringeren Löhne in der chinesischen Autoindustrie eine Rolle, aber dies ist der geringste Grund. „Das liegt einfach daran, dass dort [in China] attraktive Modelle zu einem vernünftigen Preis verfügbar sind. In Europa und den USA kosten E-Autos immer noch einen ordentlichen Aufpreis gegenüber Verbrennern“, schildert der amerikanische Wirtschaftsexperte Hove. Er räumt mit der Verbreitung der Mär auf, dass der Erfolg chinesischer Autobauer mit irregulären Subventionen zu tun habe.

In der technologischen Entwicklung, in der Infrastruktur und in der Massenproduktion hat die europäische Autoindustrie keine Chance, mit der chinesischen Industrie mithalten. Vor dem Hintergrund eines nicht (bzw. kaum) wachsenden Marktes ist dies mittelfristig für die europäische Autoindustrie ein unlösbares Dilemma, vor allem, weil die Kluft im Bereich der E-Mobilität schon zu groß geworden ist und sich noch weiter ausdehnt.

Bei der EU sind zwei Projekte in der Pipeline. Zum einen wird eifrig an Konzepten zum Aufweichen des Verbrenner-Aus gearbeitet. Zum anderen wird intensiv überlegt, wie man den Konzernen finanziell helfen kann, indem man längst beschlossene Strafzahlungen abmildert, die zu zahlen sind, wenn ab 2025 die Klimaziele im Flottenverbrauch nicht erreicht werden. Ein hochrangig besetztes Expertengremium befasst sich zurzeit auch mit folgenden zentralen Fragen: Sollen die CO₂-Flottengrenzwerte 2030 und 2035 angepasst werden? Oder auch die Frage: Soll am Verbrenner-Aus für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge 2035 festgehalten werden?

Parallel dazu hat sich von der Leyen Anfang November in Straßburg mit den Vorstandsvorsitzenden der deutschen Autobauer in Einzelgesprächen getroffen: Oliver Blume von VW, Ola Källenius von Mercedes und Oliver Zipse von BMW. Derartige Treffen hatte es in ihrer ersten Amtszeit nicht gegeben. VW fordert die Aussetzung der Strafzahlungen der CO₂-Flottengesetzgebung. Weiterhin fordert VW eine E-Autoprämie von 4000 Euro bis zu einem Kaufpreis von 65 000 Euro, eine Prämie für gebrauchte E-Autos von 2500 Euro sowie für zwei Jahre einen reduzierten Mehrwertsteuersatz auf E-Fahrzeuge.

Solche Maßnahmen greifen in die Tasche der Steuerzahler und zementieren nur weiter die Autogesellschaft, gegen alle Bestrebungen für eine Verkehrswende.

Profite allein in den Monaten Januar bis September 2024 (12,9 Mrd. €, nach Steuern 1,58 Milliarden €), dann sieht man, dass im Prinzip gewaltige Summen für eine Umrüstung dieser Industrie zur Verfügung stünden. Doch das wird von der IG Metall in keiner Weise thematisiert.

Der zweite Irrweg, den die IGM beschritten hat, ist das Vorlegen eines „Verhandlungsangebots“, das von vornherein akzeptiert, dass die Belegschaft Opfer bringen soll, um das von VW vorgegebene Ziel einer angestrebten „Umsatzrendite von mehr als 2,3 % für alle Unternehmensteile“ zu erzielen. Die Betriebsratsvorsitzende erklärte auf der Betriebsversammlung in Wolfsburg am 4.12.: „Entweder raufen wir uns zusammen und fangen an, ernsthaft Kompromisse in Angriff zu nehmen. Und zwar auf beiden Seiten. Oder aber der Vorstand beharrt auf seinem Standpunkt, und es eskaliert.“

Warum eigentlich soll die Belegschaft das vom Vorstand festgelegte Ziel der Mindestumsatzrendite akzeptieren und dafür die anstehende (bzw. erst noch durchzusetzende) Tarifierhöhung verschieben lassen? Bezeichnend ist die Bedingung, die der IG Metall-Verhandlungsführer Thorsten Gröger (Bezirksleiter Niedersachsen) gestellt hat: Auch der Vorstand und das Management sollen ihren „Beitrag zur Überwindung der Krise leisten“. Dem verschließt sich der Vorstand nicht grundsätzlich, hilft dies doch – im Einklang mit Betriebsrat und IG Metall – von dem tatsächlichen Gegenüber abzulenken, nämlich von den Aktionären, für die der Vorstand letztlich nur das ausführende Organ ist. Die Dividenden der Aktionäre (zu denen ja auch der Vorstand gehört) werden gar nicht infrage gestellt.

Welcher Weg aus der Krise?

Vor diesem Hintergrund, vor allem angesichts der Strukturkrise der Autoindustrie, führt kein Weg daran vorbei, dass die Belegschaft überbetrieblich und mit Unterstützung von gewerkschaftlich Aktiven aus anderen Bereichen und der breiten Öffentlichkeit jeweils vor Ort sowie der bundesweiten Klimabewegung den Kampf für einen durchgreifenden Strategiewechsel aufnimmt. Sie muss sich durch drei zentrale Achsen auszeichnen:

A. Eigenständig kämpfen, statt weiter die Illusion der Sozialpartnerschaft verfolgen. Es gibt keinen Sinn, dem Gegner in den Arsch kriechen zu wollen, wenn der ihn schon längst zugemacht hat. Gerade bei VW ist so viel Geld vorhanden, dass ein Umbau möglich ist, ohne die Beschäftigten dafür bluten zu lassen. Gelingt dem Kapital mit seinem aktuellen Angriff ein bedeutender Sieg, dann

hat das weitreichende Folgen, auch über die Autoindustrie samt Zulieferer hinaus.

B. Glaubwürdig ist eine Gewerkschaft nur dann, wenn sie nicht versucht, die strukturelle Krise kleinzureden. Sie muss eine auf mittlere und lange Sicht glaubwürdige und in sich schlüssige Perspektive bieten. Die kann im gegebenen Fall nur darin bestehen, den Kampf für eine weitreichende Konversion aufzunehmen, also für den Umbau der Produktion auf ökologische und gesellschaftlich nützliche Produkte: Fahrzeuge für den ÖPV (Busse und Bahnen) Fahrräder, Klimatechnik usw. Die Beschäftigten müssen diese Umstellung kontrollieren. Aber es versteht sich, dass die Planung einer alternativen Produktion dann am konkretesten entwickelt werden kann, wenn dies in enger Kooperation mit engagierten Kräften von außerhalb, etwa aus der Klimabewegung, angegangen wird. Eine solche Kooperation würde dem Kampf für eine wirkliche Verkehrswende (kostenlose Nutzung und massiver Ausbau des ÖPNV besonders im Umland der Städte) enormen Auftrieb geben. Wird auf diese Weise eine breite Bewegung aufgebaut, dann ist sie prinzipiell auch in der Lage, den Kampf für die entschädigungslose Vergesellschaftung dieser Betriebe aufzunehmen, mit dem Ziel, die Betriebe dauerhaft im Verbund mit der breiten Öffentlichkeit (v. a. der Klimaschutzbewegung) zu kontrollieren. Wir brauchen keine Piëchs, Porsches oder sonstigen Aktionäre.

C. Solange der Kampf für die Umstellung der Produktion noch nicht aufgenommen ist oder sich entwickelt hat, muss die wesentliche Achse des Kampfs in der Autoindustrie und darüber hinaus darin bestehen, eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgeltausgleich zu fordern. Außerdem gilt es, Umqualifizierungen unter Fortzahlung des bisherigen Entgelts sicherzustellen. Diesen konkreten Kampf einzufordern, muss innerhalb der IG Metall und in den Belegschaften mindestens der Autoindustrie oberste Priorität haben.

Heute hilft kein Klein-Klein und es helfen keine isolierten Maßnahmen, erst recht nicht das Fixieren auf die Sackgasse Sozialpartnerschaft. Machen wir uns also stark für eine kämpferische Strömung in der IGM. Die VKG² leistet dazu einen bescheidenen Beitrag.

1 Für mehr Details siehe: <https://vernetzung.org/tarifergebnis-metall-elektro-reallohnverlust-online-treffen/>

2 <https://www.vernetzung.org>

POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN, VOR DENEN WIR STEHEN

■ Resolution der Bundeskonferenz der ISO

Seit der letzten Bundeskonferenz der ISO vor zwei Jahren erleben wir eine massive Verschärfung der Angriffe auf abhängig Beschäftigte und auf die demokratischen und Menschenrechte, zunehmende Gewalt nach innen und außen sowie eine Zunahme des gesellschaftlichen Verfalls und der Krise der politischen Institutionen.

Folgende Entwicklungen seien besonders hervorgehoben:

■ Der Krieg in und um die Ukraine hat in Deutschland – auch bedingt durch die plötzliche Unterbrechung der preiswerten Zufuhr russischen Erdgases – einen Energieschock und einen sprunghaften Anstieg der Inflation ausgelöst. Und es wurde eine außenpolitische Wende herbeigeführt. Durch den russischen Angriffskrieg wurde eine Kriegsstimmung gegen Russland hervorgerufen, infolge deren eine zunehmende Militarisierung auf Kosten der Gesellschaft durchgedrückt werden konnte. Die Abhängigkeit von russischem Gas wurde durch die deutlich teurere Abhängigkeit von amerikanischem Flüssiggas ersetzt, Lieferketten wurden auf Grund der Sanktionen unterbrochen. In Kombination mit einer Überproduktionskrise und den Folgen der profitgetriebenen Transformation wichtiger Produktionsprozesse hat eine Rezession eingesetzt.

■ Zum Krieg in der Ukraine ist der Genozid Israels an den Palästinenser:innen in Gaza und die Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland hinzugekommen; zudem weitete Israel den Krieg derzeit auf den Libanon aus.

Die bedrohliche Eskalation beider Kriege findet vor dem Hintergrund der US-Aggression gegen China und dem Wettlauf zwischen zwei ungleichen imperialistischen Blöcken um die Kontrolle der Ressourcen und der Handelswege statt. Die innerkapitalistischen und innerimpe-

rialistischen Widersprüche entladen sich zunehmend in regionalen und Stellvertreterkriegen, die das Potential haben, einen dritten Weltkrieg auszulösen, sowie in einer beispiellosen Militarisierung. Es gibt gegenwärtig 59 Kriege in allen Teilen der Welt mit Millionen ziviler Opfer; der Anteil von Kriegen zwischen Staaten hat zugenommen. Dabei mischen immer imperialistische Staaten durch Waffenlieferungen und politische Einflussnahme mit. Wir sind in eine neue Epoche von Kriegen um eine Neuaufteilung der Welt eingetreten.

■ Die Bedrohung durch den Krieg hat das Gefühl der Bedrohung durch die Zerstörung des Klimas in den Hintergrund gedrängt. Tatsächlich macht sich die Zerstörung des Klimas aber immer deutlicher bemerkbar. Die Unzulänglichkeit bürgerlicher Klimapolitik und letztlich ihr Unwille und ihre strukturelle Unfähigkeit, auf eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise umzuschalten, werden immer offensichtlicher. Selbst einfache, wirkungsvolle Klimamaßnahmen werden entweder ignoriert oder sogar zurückgedrängt.

Hier gibt es ein wahres Rollback. Wesentliche Kippunkte der Klimazerstörung sind bereits erreicht. Dabei sind die Kriege aktuell die schlimmste Form der Klima- und Naturzerstörung. Und die Kampagne für eine Renaissance der Atomkraft nimmt an Fahrt auf.

■ Diese Tendenzen werden durch den Wahlsieg von Trump in den USA massiv verschärft werden. Seine Administration setzt sich aus Milliardären, Gewerkschaftsfeinden und Kriegstreibern zusammen. Die hinter ihm stehende extrem rechte Heritage Foundation hat ein Programm (nicht nur) für seine Präsidentschaft entworfen, das sich in folgenden Punkten zusammenfassen lässt:

1. eine radikale Wende in der Handelspolitik in Richtung mehr Protektionismus, unter anderem durch die Errichtung höherer Zollschränken und anderer Handelshemmnisse;

2. massiver Druck u. a. auf Deutschland, verstärkt die Rolle als Hilfspolizist des US-Imperialismus zu spielen – und dafür auch die Schuldenbremse auszusetzen;

3. institutioneller Um- bzw. Abbau der US-Administration im Interesse von Großkonzernen wie dem Musk-Imperium; Abbau von großen Teilen des öffentlichen Dienstes durch Privatisierung;

4. Ausbau der fossilen Energie und die Abwendung von den Klimazielen im Interesse der Öl-, Kohle- und Gas-konzerne;

5. Verfolgung einer extrem reaktionären, rassistischen, sexistischen, kultur- und wissenschaftsfeindlichen Agenda, die von evangelikalen Kreisen bestimmt wird;

6. die systematische Verfolgung der pro-palästinensischen Bewegung und ihrer Unterstützer (dieses „Projekt Esther“ ist Teil des Projekts 2025);

7. der geplante Einsatz des Militärs zur inländischen Strafverfolgung.

Kapital und Arbeit in Deutschland

■ Die Krise in der Automobil- und der Autozulieferindustrie bedroht Hunderttausende von Arbeitsplätzen und viele Ausbildungsplätze. Sie hat viele Gründe: insbesondere die zunehmende Konkurrenz mit China und den rückläufigen Absatz von E-Autos. Dabei handelt es sich nicht um eine Profitkrise, die Gewinne belaufen sich jeweils auf zweistellige Milliardenbeträge, die Aktionäre wollen schlicht die Rendite verdoppeln. Der Umstieg auf E-Autos – der sowieso keine ökologische Lösung ist – bleibt aber auch stecken, weil die meisten Autokonzerne nicht bereit sind, in das weniger profitable Massengeschäft einzusteigen und die Ausgaben für eine geeignete flächendeckende Infrastruktur scheuen; der Staat übernimmt sie allerdings auch nicht. Gleichzeitig wird der öffentliche Verkehr, zumal auf der Schiene, nicht nur vernachlässigt, sondern in verschiedenen Bereichen sogar weiter abgebaut.

■ Die Konversion der Autoindustrie zu einer allgemeinen Mobilitätsindustrie, die die Hardware für die Verkehrswende herstellt, wird kaum in Betracht gezogen; statt dessen steigen Unternehmen aus dem Autosektor in die Rüstungsproduktion ein, wo hohe, quasi staatlich garantierte Profite winken – und das mit Unterstützung von Teilen der IG Metall.

■ Auf die verschärfte weltweite Konkurrenz reagieren die Konzerne vor allem in der Auto- und der chemischen Industrie trotz weiterer Milliardenprofite mit der Kündigung langjähriger Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung, mit der Verlagerung der Produktion in

Niedriglohnländer und mit der Drohung, Standorte zu schließen bzw. extrem zu schrumpfen.

Die Angriffe auf gewählte Interessenvertretungen in den Betrieben und die Behinderungen von Gewerkschaftsarbeit nimmt Ausmaße an, die im Nachkriegsdeutschland bislang unbekannt waren. Tesla, ein Unternehmen, das versucht, gewerkschaftsfrei zu werden und vor der Kündigung von Betriebsratsmitgliedern nicht zurückschreckt, wird vielen Unternehmern zum Vorbild. Sie kündigen die „Sozialpartnerschaft“ auf.

■ In Deutschland haben die Gewerkschaftsführungen auf solche Angriffe vielfach keine Antworten; sie reagieren defensiv, bieten keinen überzeugenden politischen Ausweg aus der Krise der kapitalistischen Produktionsweise, weil sie sich weigern, ein politisches Mandat konsequenter gewerkschaftlicher Gegenmacht wahrzunehmen. Damit überlassen sie das Feld der extremen Rechten, die gegen die Energiewende hetzt und gesellschaftlichen Unmut auf die Migrant:innen umleitet. Leider funktioniert das auch im Betrieb.

Damit tragen Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen selber zu ihrer Schwächung bei. Antworten auf die Kriegsgefahr, die Klimakrise wie auch auf die notwendige Transformation industrieller Produktionslinien können nicht nur betrieblich und schon gar nicht auf dem Wege des Co-Managements gefunden und gegeben werden.

■ Staatlicher Interventionismus beschränkt sich, wie schon in der Finanzkrise 2008 und während der Pandemie, auf die Subventionierung der großen Industrie. Die öffentliche Infrastruktur wird weiter entweder privatisiert oder vernachlässigt, die Daseinsvorsorge funktioniert nicht mehr – das gilt nicht nur für die Deutsche Bahn, es betrifft genauso das Gesundheitswesen, die Kultur, die Schulen, den öffentlichen Nahverkehr, selbst die öffentliche Verwaltung ... Vereinen, die anstelle des Staates wichtige öffentliche Aufgaben erledigen, wird die finanzielle Unterstützung gekürzt, der Bezug von Bürgergeld wieder sanktionsbewehrt, Asylsuchende mit dem Entzug von Bargeld schikaniert. Die große Koalition für den Abbau der sozialen Funktionen des Staates und den Ausbau seiner repressiven Funktionen reicht von Rechtsaußen bis zu den Grünen und der SPD.

■ Die kapitalistische Gesellschaft, ihre Produktionsweise wie ihre Institutionen, haben einen Grad an Krisenhaftigkeit erreicht, der nur noch als Systemkrise bezeichnet werden kann und gegen den einzelne Reformmaßnahmen wie der Green New Deal nichts ausrichten können.

Mit seinem passgenau auf maßgebliche Kapitalinteressen abgestimmten „Wirtschaftswendepapier“ hat FDP-Chef Lindner bewusst den Bruch der Ampelregierung herbeigeführt. Erneut sollte die „Schuldenbremse“ als Hebel angesetzt werden, um besondere finanzielle Belastungen auf die Haushalte für die Daseinsvorsorge abzuwälzen und bei Sozialem und Infrastruktur noch mehr zu kürzen sowie dringende ökologische Investitionen auszubremsen. Die „Schuldenbremse“ ist ein großes Hindernis auf dem Weg zu sozial-ökologischen Reformen. Jetzt steht der zweite Akt der sogenannten Zeitenwende bevor – mit Merz als Kanzler. Eine weitere Rechtsverschiebung auf Regierungsebene ist zu erwarten.

Die Rechtswende

- Die vielfältigen Krisen, mit denen die Gesellschaft konfrontiert ist, befördern das Bewusstsein, dass es so nicht weitergehen darf. Unter diesen Bedingungen wird in Ermangelung starker und selbstbewusster Strukturen der Selbstorganisation und einer glaubwürdigen linken Partei mit Massenunterstützung der Ruf nach einer starken autoritären Führung laut, nach jemandem, der oder die durchgreift und den „Laden in Ordnung bringt“.
- Das ist die Stunde der AfD. Sie wird an der Unfähigkeit der bürgerlichen Mitte groß, noch einen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, und treibt diese Mitte vor sich her. Sie betreibt Politik mit der Angst, konstruiert rassistisch Sündenböcke und spielt die Rolle einer Partei, die sich „das traut, was die anderen Parteien noch nicht wagen“. Die AfD hat kaum ein eigenes Programm; sie radikalisiert die egoistischen Tendenzen in der Gesellschaft bis hin zur Gewalttätigkeit, ihr Antrieb ist Zerstörung und Entsolidarisierung. Migrant:innen, die Schwächsten der Gesellschaft, werden als Sündenböcke ausgeguckt.
- Die Krise verschärft die soziale Ungleichheit und damit auch die Angriffe auf schwächere Gruppen der Gesellschaft. Den durch den Abbau des Sozialstaats beförderten Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts bekommen verstärkt Frauen und queere Menschen zu spüren. Die statistisch erfassten Fälle von Gewalt gegen Frauen, insbesondere häuslicher Gewalt, nehmen zu. Auch politisch ist eine Auseinanderentwicklung zwischen den Geschlechtern zu verzeichnen: junge Männer sind zunehmend anfällig für rechte Parolen, junge Frauen hingegen engagieren sich stärker für fortschrittliche Themen. Die extreme Rechte – bis hinein in konservative Krise – nutzt diese Entwicklung für Angriffe gegen jede Position einer selbstbestimmten und antipatriarchalen Sexualität.

Die Hetze gegen Migrant:innen, aber auch gegen Bezieher:innen von Bürgergeld nimmt einen offen menschenverachtenden Ton an. Rassismus und soziale Ausgrenzung gehen Hand in Hand, das wird besonders deutlich beim staatlich und gesellschaftlich verleugneten Antiziganismus.

- Die angeblich rebellischen Attacken der AfD gegen das politische Establishment dienen ihr dazu, bestehende demokratische Strukturen zu schwächen, damit die Partei ihr autoritäres Programm leichter durchsetzen kann. Die bürgerlichen Parteien setzen der AfD nichts entgegen, im Gegenteil, sie hetzen selbst und befeuern den Rassismus. Damit wächst die Saat, die sie selbst ausgesät haben. Sie stimmen nicht nur in die Hetze gegen Migrantinnen und Migranten ein, sie machen sich zu Vorreitern der Abschiebep Praxis. Sie schaffen selbst ein zunehmend reaktionäres und autoritäres Klima, indem sie eine Staatsräson dekretieren, gegen die kein Widerspruch geduldet wird. Maulkörbe und Gesinnungsterror, lang überwunden geglaubt, sind wieder an der Tagesordnung.
- Die politischen Institutionen der parlamentarischen Demokratie und der bürgerliche Rechtsstaat sind keine stabile Schranke gegen die autoritären Tendenzen. Sie brechen ein, wie wir im Thüringer Landtag erleben konnten. Die demokratische Fassade ist rein formal. Diese Demokratie kann mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden. Das weiß die AfD – und wir wissen es auch. Deshalb verteidigen wir umfassende demokratische und soziale Rechte, aber wir verteidigen nicht die Verfasstheit der bürgerlichen Demokratie. Gegen rechts hilft nur links.
- Linke wie auch Gewerkschaften haben keine wirksame und glaubhafte Strategie zur Bekämpfung dieser Entwicklung. Infolgedessen zerlegt sich die Linke.
- Auch die Partei Die Linke steckt in einer Existenzkrise, deren Ausgang allerdings offen ist. Dennoch bleibt sie mit rund 55 000 Mitgliedern die einzige linke Kraft, die bundesweit bekannt und aktionsfähig ist. Die Linke steht in wichtigen Fragen gegen die vorherrschende Mehrheitsströmung: Bereicherung durch Ausbeutung, Spaltung durch Rassismus, Militarisierung und Kriegsvorbereitung.

Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen am 1. Dezember 2024 von der 5. Bundeskonferenz der ISO angenommen



NICHT VOM HIMMEL GEFALLEN

Die Tragödie in Valencia am 29. Oktober hat das zeitliche und geografische Zusammentreffen der multiplen Krisen versinnbildlicht: die Klimakrise, das vom Finanz- und Immobilienkapital gesteuerte Modell der Raumordnung und der zunehmende institutionelle Verfall des „Regimes von 78“¹.

■ **Manuel Gari**

Die Beschleunigung der durch Treibhausgase – insbesondere CO₂ und Methan – verursachten globalen Erwärmung mit ihren katastrophalen Folgen für die Menschheit ist unübersehbar. Dennoch befindet sich das mächtige Lager der Klimaleugner im öffentlichen Diskurs im Aufwind, gerade nach Trumps Wahlsieg und unter der finanziellen Ägide der Unternehmen, die am stärksten mit dem „fossilen Kapital“ verbunden sind und die das COP29-Treffen in Baku zynisch und schamlos für sich vereinnahmen. Steigende Temperaturen führen dazu, dass sich die Niederschlags- und Verdunstungsmuster in weiten Teilen der Erde verändern. Die Phänomene Wüstenbildung und sintflutartige Regenfälle sind zwei Seiten derselben Medaille.

Brennpunkt des Klimawandels

Im Mittelmeer (geschlossenes Meer) herrschen in manchen Gebieten Temperaturen von 30 °C, und der allgemeine Durchschnitt steigt sowohl an der Oberfläche als auch in mittleren Tiefen immer weiter an. Es kommt zum Phänomen der Meereshitzewelle mit einer Verringerung der Sauerstoffmenge und dem konsekutiven Absterben von Korallen und Fischen. [...] Gleichzeitig bindet die Atmosphäre für jedes Grad Celsius Temperaturanstieg 7 % mehr Wasser. Bei Wasseroberflächentemperaturen von über 27 °C kann sich der Sturm zu einem Hurrikan entwickeln

(mit seinem eigenen Namen: medicane: engl. Mediterranean hurricane), einer Art tropischem Wirbelsturm im Mittelmeerraum. Diese beiden Faktoren (steigende Wassertemperatur und vermehrt aufsteigende Feuchtigkeit) erklären das zerstörerische Potential einer DANA.

Das Phänomen DANA (Depresión Aislada en Niveles Altos, isoliertes Höhentiefl) hat in den letzten zwei Wochen in mehreren Regionen Ostspaniens Niederschläge von nie zuvor gemessener Intensität, Menge und zerstörerischer Gewalt verursacht. Wissenschaftler warnen davor, dass deren Häufigkeit zunehmen wird. Im konkreten Fall von Valencia sagt Félix Francés, Hydrologe an der Universität von Valencia, dass das Ereignis so außergewöhnlich ist, dass man 1000 bis 3000 Jahren zurückgehen müsste, um ein Ereignis dieser Intensität zu finden. Man darf also getrost mit Jeremy Rifkin sprechen, der das Mittelmeer als Brennpunkt des Klimawandels bezeichnet, obwohl es leider bereits viele „Brennpunkte“ gibt, an denen sich die globale Erwärmung in verschiedenen Formen zeigt.

Die DANA ist ein in der Region Valencia wohlbekanntes Wetterphänomen, aber sie hat nie die apokalyptischen Ausmaße erreicht, die wir jetzt erlebt haben. [...] Im Laufe der Geschichte hat es im Mittelmeerraum viele bedeutende Zivilisationen gegeben, die auf Wasserressourcen basierten und aufgrund von Dürren zusammenbrachen. Ausnahmsweise können wir uns der Meinung des Kon-

servativen François-René de Chateaubriand anschließen, wenn er sagt, dass „die Wälder den Zivilisationen vorausgehen und die Wüsten ihnen folgen“. Und wieder einmal stehen wir an einem Scheideweg in Spanien. Jahrelang war die DANA als „Kalter Tropfen“ bekannt und immer hieß es, dass die Auswirkungen durch besondere Maßnahmen abgemildert werden könnten. Aber weder im Kleinen noch im Großen wurde etwas unternommen.

Die DANA vom 29. Oktober zeigte, dass solche Wetterphänomene in einem aufgrund seiner geografischen Lage für den Klimawandel besonders anfälligen Land wie Spanien häufiger und intensiver auftreten werden. Es handelt sich um ein Phänomen, bei dem eine sehr kalte polare Luftmasse festsetzt und in sehr großer Höhe, zwischen 5000 und 9000 Metern, zu zirkulieren beginnt. Sie kommt in Kontakt mit riesigen Wasserdampfmassen, die durch Verdunstung aus dem Mittelmeer entstehen. Wenn sich diese Luftmassen über der Iberischen Halbinsel befinden und den Golf von Valencia erreichen, laden sie sich aufgrund der hohen Temperatur des Mittelmeers wieder auf. Dadurch bildet sich ein Zustrom von Stürmen, die in kurzer Zeit große Wassermengen in die Berge in Küstennähe befördern. Je mehr sich das Mittelmeer erwärmt, desto mehr Wasser verdunstet; und je mehr polare Luft aufgrund des Temperaturanstiegs anströmt, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich eine kalte Luftmasse dort festsetzt. Ein perfektes Rückkopplungssystem. Paradoxiertweise regnet es das ganze Jahr über weniger, aber die Niederschläge können zu einem bestimmten Zeitpunkt intensiver sein und länger anhalten.

In der Region Valencia und einem Großteil der spanischen Mittelmeerküste begünstigt die Beschaffenheit des Geländes das plötzliche Auftreten von Niederschlägen in den nahegelegenen Küstengebirgen. Flüsse und Bäche, die das ganze Jahr über nur wenig Wasser führen oder gar trocken fallen, dienen als Abflusskanal für die enormen Regenmengen. Doch diese atmosphärischen Phänomene, die durch den Klimawandel verschärft werden, haben verheerende Auswirkungen, wenn sie in einem kapitalistischen sozialen und politischen Kontext auftreten, in dem der Profit in verschiedener Hinsicht Vorrang vor den Interessen der gesellschaftlichen Mehrheit hat. Sagen wir es so: Das Unglück fällt nicht vom Himmel und ist auch keine göttliche Strafe.

Spekulation statt Stadt- und Landschaftsplanung

Was wir erleben, sind die Auswirkungen einer wahnwitzigen Bebauungspolitik in Überschwemmungsgebieten,

getrieben durch Spekulationen des Immobilienkapitals in den letzten fünfzig Jahren. Die vom spanischen Ministerpräsidenten [1999–2004] José María Aznar von der rechten Volkspartei (PP) in den 1990er Jahren betriebene Liberalisierung aller verfügbaren Grundstücke, um den Bau von Wohnhäusern, Industrieanlagen und touristischen Einrichtungen zu fördern (die im Übrigen von den betroffenen Gemeinden nur unzureichend kontrolliert werden), erleichterte den Wohnungsbau in Überschwemmungsgebieten, die in der Region Valencia zwischen den Bergen und dem Meer liegen. Dreißig Prozent der seither in Spanien gebauten Sozialwohnungen befinden sich in solchen Überschwemmungsgebieten. Damit wurden 2500 km² und 3 Millionen Menschen dem Risiko potentieller Hochwasser ausgesetzt.

Hinzu kommt, dass die (von den großen Parteien regierten) Kommunalverwaltungen, die in ihren Gemeinden über bestimmte gesetzliche Befugnisse bei der Stadtplanung und den Bauvorschriften für Wohn- und Gewerbegebäude verfügen, bis auf wenige Ausnahmen nicht der Vernunft gefolgt sind. Im Gegenteil, da ihre Finanzlage sehr prekär war, finanzierten sie ihre Aktivitäten aus kommunalen Einnahmen und Steuern aus dem Baugewerbe und der Immobilienwirtschaft. Außerdem wurden entlang der gesamten Mittelmeerküste parallel zur Küste Autobahnen und Straßen sowie große Hotel-, Tourismus- und Wohnanlagen gebaut, die eine regelrechte Barriere von mehreren Kilometern bilden und den Abfluss von Wasser aus den Bergen und von Niederschlägen in dem betreffenden Gebiet ins Meer blockieren.

Die Kommerzialisierung des Bodens ohne rationale städtebauliche Kriterien in der Raumordnung führte vor allem zu der großen Immobilienblase, an der Banken und große Bauunternehmen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts beteiligt waren. Daneben aber liegen auch die dramatischen sozialen Folgen auf der Hand.

Bei den Überschwemmungen in der Region Valencia hatte die Stadtplanung ohne Beachtung von Gesetzen und rationalen Kriterien verheerende Auswirkungen: Mehr als 200 Menschen kamen ums Leben, Häuser und Schulen wurden beschädigt, Industrieanlagen und landwirtschaftliche Nutzflächen zerstört. Hinzu kommen Schäden an der Infrastruktur wie Straßen, Brücken etc. in einem 56 000 Hektar großen Gebiet, in dem 230 000 Menschen in 75 Gemeinden leben und 10 % der Industrie- und Logistikunternehmen der Region Valencia angesiedelt sind. Die wirtschaftlichen Verluste in der Industrie und der Landwirtschaft sind noch nicht exakt beziffert, doch erste Schät-

zungen gehen bereits in die Milliarden Euro. Dennoch plante die regionale PP in den letzten Wochen wieder ein Gesetz, wonach Hotels 200 Meter statt wie bisher 500 Meter von der Küste entfernt gebaut werden dürfen.

Die Folgen der Ignoranz

Zweifellos hat sich Carlos Mazón, Mitglied der PP und Präsident der Generalitat de la Comunidad Valenciana (autonome Regionalregierung von Valencia), einer extremen Fahrlässigkeit mit Todesfolge schuldig gemacht, weil er nicht die angemessene Dringlichkeitsstufe verhängt und die gesetzlich vorgeschriebenen Warnungen an die Bevölkerung erst am späten Nachmittag verschickt hat, als die Lage bereits katastrophal war. Außer seiner politischen Verantwortung sollte er auch für seine kriminellen Handlungen strafrechtlich belangt werden.

Viele Unternehmer – die wahren „Eigentümer“ und heimlichen Führer der PP in ganz Spanien, aber insbesondere in Valencia – zwangen auf unmenschliche Weise ihre Beschäftigten, weiterzuarbeiten, obwohl das Gesetz vorschreibt, dass zur Vermeidung von Berufsrisiken in Notsituationen die Arbeit eingestellt werden muss. Wenn dies geschehen wäre, hätten viele Menschenleben gerettet werden können. Damit sind auch die Unternehmer strafrechtlich in der Verantwortung.

Die Regionalregierung besteht aus einer Koalition zwischen der konservativen PP, die sich zunehmend nach rechts außen entwickelt, und Vox, einer offen trumpfistischen Gruppierung, die ohne Scheu eine hochgradig reaktionäre und autoritäre Politik nach dem Muster von Viktor Orban vertritt. Ihr wichtigster Führer, Santiago Abascal, wurde gerade zum Vorsitzenden der reaktionärsten europäischen Partei, Patrioten für Europa, gewählt. Auch wenn die beiden Parteien PP und Vox vor kurzem ihre Koalition in Valencia, in der von Anfang an die Leugnung des Klimawandels seitens der Vox in praxi Konsens zwischen den Partnern war, beendet haben, rückt die PP immer weiter nach rechts. Nach und nach übernimmt sie die Thesen der extremen Rechten oder setzt sie wieder auf ihre Tagesordnung: Migration, Kriminalität, Anti-Katalanismus etc.

Vox leugnet offen den Klimawandel, aber auch die PP zählt in ihren Reihen viele dummdreiste Leugner:innen wie Nuria Montes, Ministerin für Industrie, Handel und Tourismus der rechten Regionalregierung, die schamlos behauptet, dass der Klimawandel gut für Valencia ist, weil er die Sommersaison verlängert. Beide Parteien raten ab von der Abkehr von fossilen Brennstoffen, planen die Entwicklung von Industrie und Tourismus, ohne sich um

die Folgen zu scheren, relativieren die Erderwärmung, haben den Katastrophenschutz in der Region zugunsten der barbarischen „fiesta de toros“ eingespart und paktieren offen mit der Bauwirtschaft.

Im Umgang mit der DANA bilden die beiden Parteien wie fast stets eine „Heilige Allianz“ gemeinsam mit offen nazistischen Gruppierungen und sind nur darauf aus, den Regionalpräsidenten Carlos Mazón und dessen Versäumnisse in der Notsituation zu entlasten. Der hatte die Warnungen der spanischen Wetteragentur (AEMET) und der Gewässeraufsicht, die rechtzeitig über den Ernst der Lage informierten, ignoriert, weil er in der Zwischenzeit ein ausgedehntes Mittagessen mit einem Journalisten einnahm. Mit der Entlastung von Carlos Mazón durch die rechten Hardliner geht es darum, der spanischen Zentralregierung die Schuld zuzuschieben, um Pedro Sánchez zu diskreditieren.²

Carlos Mazón ist entgegen der lautstarken Forderungen der Bevölkerung nicht zurückgetreten. Die PP als Ganzes ist – wie schon in der Vergangenheit³ – dabei, die Verantwortung „auszulagern“, selbst auf Kosten nicht nur der Wahrheit, der Politikmüdigkeit unter der Bevölkerung oder der Aufkündigung bestehender Vereinbarungen mit der Herbeiführung einer Krise in der Europäischen Union zwei Monate vor Trumps Amtsantritt. Mit anderen Worten: Die spanische PP hat ihr Gezänk auf die europäische Ebene verlagert und damit wahrscheinlich nicht nur eine [vorübergehende] institutionelle Krise ausgelöst, sondern auch einen weiteren Rechtsruck der Europäischen Volkspartei und ihrer Annäherung an autoritäre Kräfte eingeleitet.

Dabei hat sie wieder einmal die alten Nazi-Taktiken von Trump übernommen, nämlich eine Lüge als Wahrheit auszugeben und „alternative“ Fakten zu schaffen. Eine Taktik, mit der sie sich als äußerst erfolgreich erwiesen haben. Es ist kein Zufall, dass die meisten Berater, die die PP in allen Bereichen betreuen, Experten für politische Kommunikation sind, ohne jegliche Sachkenntnis der politischen Themen. Es geht nur darum, die Kommunikationsebene zu dominieren und den Schein zu wahren.

Im Hintergrund stehen dabei die wirtschaftliche Stagnation und die permanente Krise auf institutioneller Ebene, bei der die politischen Erben des Franquismus mit der Duldung eines Großteils des Staatsapparats – Parallelstrukturen in der Polizei, Justiz etc. – bestrebt sind, das politische Leben auf die juristische Ebene zu verlagern, um die Zentralregierung, aber auch und vor allem soziale Bewegungen, Arbeitskämpfe, Unabhängigkeitsbewegun-

gen und die revolutionäre Linke zu unterdrücken. Das strategische Ziel besteht darin, jeglichen Widerstand der Bevölkerung zu zerschlagen, ohne auf einen Staatsstreich zurückgreifen zu müssen, indem man einfach die Mechanismen der sogenannten liberalen Demokratie nutzt. Das Ziel dieses autoritären Neoliberalismus ist es, die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse zu ändern, um die politischen und Arbeitsrechte weiter schwächen und die Deregulierung der Arbeit forcieren zu können, damit die Profitrate steigt.

Die politischen Rahmenbedingungen sind gekennzeichnet durch die Schwäche, die Kapitulation, die Demobilisierung und die Desorganisation der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen. Der durch die Bewegung der Empörten 2011 eröffnete politische Zyklus, der zur Bildung von Organisationen wie Podemos führte, endete mit einem völligen Versagen der populistischen Politiker, die diese Bewegung in institutionelle Bahnen kanalisiert hatten, und einer Rückkehr zum alten Zweiparteiensystem des 78er-Regimes. Heute sind die sozialen Mobilisierungen sehr schwach und die großen Gewerkschaften haben es aufgegeben, dabei eine organisierende Rolle zu spielen.

Der Führung der etablierten Gewerkschaften geht es nur um eine konzertierte Aktion mit den immer aggressiveren und reaktionärereren Unternehmerverbänden. Zugleich sieht man, dass die linke Wählerbasis in Resignation verfällt, angesichts des wachsenden Einflusses der rechten und teils auch der rechtsextremen Kräfte. Damit einher geht eine wachsende Ablehnung des Kollektivgedankens und der „Politik“, was einen guten Nährboden für rechts-extreme Organisationen darstellt. Der Wunsch nach einem „Erlöser“, selbst auf Kosten der Freiheit, ist der Keim eines autoritären Staates.

Die sozialliberale Regierung von Pedro Sánchez trägt eine große Verantwortung für diese Situation. Sie beschränkt sich auf ein paar Brosamen für die Arbeiterklasse, ohne die zugrunde liegenden Probleme anzugehen und ihre Wahlversprechen einzuhalten: z. B. die Aufhebung des repressiven „Knebelgesetzes“ (Polizeigesetz zum „Schutz der öffentlichen Sicherheit“, das im Juli 2015 in Kraft getreten ist) oder die Bekämpfung des strukturellen Defizits im Wohnungswesen etc. Dabei wächst die Kluft zwischen Löhnen und Sozialleistungen trotz deutlichen Wachstums der spanischen Wirtschaft weiter.

Für die unmittelbaren Folgen der Flutkatastrophe trägt die Zentralregierung zwar nicht die gleiche Verantwortung wie die Regional-Regierung von Valencia, für die grundlegenden Probleme aber ist sie nicht minder verant-

wortlich. Sie hat während ihres Mandats nichts unternommen, um eine rationale Raumordnung zu regeln und auch keine Dringlichkeitsmaßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen. Auch wenn sie sich als Vorkämpfer für den ökologischen Wandel präsentiert, hat sie bezeichnenderweise die Abkehr von fossilen Energieträgern nicht ernsthaft in Angriff genommen. Stattdessen hat sie sogar staatliche Beihilfen in Höhe von mehr als 10,5 Milliarden Euro an Unternehmen gewährt, die von den fossilen Energieträgern profitieren.

Zugleich verschanzt sie sich hinter der Klärung der Zuständigkeit von Zentral- und Regionalregierung, wenn es um konkrete Hilfe geht. Juristisch mag dies ein logisches Argument sein, doch im Moment der Katastrophe versteht es niemand, insbesondere die Betroffenen nicht, die sich nicht mit der Frage nach Zuständigkeiten aufhalten, sondern denen es darum geht, nach den Vermissten zu suchen, die Toten zu begraben, Wasser und Lebensmittel zu beschaffen, die Stromversorgung wiederherzustellen oder die verstopften Fahrbahnen von Zehntausenden von Autos freizumachen, die durch die Flut zerstört worden sind. Wieder einmal wird deutlich, dass der sogenannte „Staat der Autonomien“, der zwischen Zentralismus und Föderalismus schwankt, schlichtweg dysfunktional ist.

Einige vorläufige Schlussfolgerungen

Hätten Gewerkschaften und weithin sichtbare Bürgerinitiativen eine andere Rolle spielen können? Ja, auf jeden Fall. Sie hätten vom ersten Moment an dazu aufrufen müssen, sich in Sicherheit zu bringen und die Arbeitsplätze zu verlassen, wie es beispielsweise die Lehrer:innen und Studierenden der Universität Valencia getan haben. Die Gewerkschaften nutzten, wie bereits erwähnt, nicht einmal das Gesetz zur Verhütung von Berufsrisiken. Sie hätten stattdessen sofort Brigaden organisieren können, um die betroffenen Bevölkerungsgruppen zu unterstützen und – weiter noch – die Selbstorganisation der Bevölkerung zur Bewältigung der Katastrophe fördern können.

Die Linke hätte von Anfang an die Enteignung der Mittel zur Katastrophenbewältigung – Maschinen, Einrichtungen, Hotels, Lebensmittel etc. – vorantreiben können. Sie haben es nicht getan, weil solche grundlegenden Konzepte aus der Agenda und dem Horizont der meisten linken Kräfte verschwunden sind.

Hätte der staatliche Katastrophenschutz schneller handeln können? Jenseits aller juristischen Debatten über die Zuständigkeiten der verschiedenen Behörden bin ich der Meinung, dass dies der Fall gewesen wäre – auch auf die

Gefahr hin, dass von der Rechten wieder abstruse Anschuldigungen gekommen wären. Die Frage lautet: Sollten die Streitkräfte (Heer, Luftwaffe und Marine) ein Monopol auf die Ressourcen haben, die der vom ehemaligen sozialdemokratischen Premier José Luis Rodríguez Zapatero [2004–2011] geschaffenen militärischen Notfalleinheit zur Verfügung stehen? Die Antwort ist eindeutig: Die staatlichen Katastrophendienste müssen und können zivil sein, wie beispielsweise die Feuerwehr in jeder Stadt oder Region, die für Brände und andere Notfälle zuständig ist.

Die spontane Reaktion der Bevölkerung in puncto Solidarität und gegenseitiger Unterstützung war jedoch spektakulär. Obwohl nur wenige soziale und politische Organisationen die Initiative ergriffen hatten, um die Sammlung von Hilfsmitteln und den Einsatz von Freiwilligen vor Ort zu organisieren, strömten Tausende von jungen und alten Menschen herbei, wobei die Frauen eine besonders zentrale Rolle spielten, und stürzten sich mit ihren spärlichen Mitteln in den Schlamm, um ihren Nachbarn zu helfen.

Unter diese bunte Schar mischten sich faschistische Trupps und reaktionäre Fake-Fabrikanten, die durch eine geschickte Werbekampagne in den sozialen Netzwerken, die auch von einigen rechten Medien (Presse, Fernsehen und Radio) unterstützt wurde, Einfluss gewinnen und ihre Positionen verbreiten wollten. Ungestraft – wie die Nazis in der Vergangenheit – versuchten sie, ihren Begriff vom Volk durchzusetzen, und wie ihre Vorgänger waren sie so dreist, Parolen zu übernehmen und zu missbrauchen, die bis dahin das Erbe der Linken waren: „Nur das Volk kann das Volk retten“, eine Parole, die nach der Krise von 2008 als Banner für die sozialen Mobilisierungen diente. Ähnlich verhielt es sich mit dem internationalen Slogan „Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden“. Kurz gesagt, sie schürten eine Konfrontation, die sich auf das Unbehagen und die Wut der Menschen stützte, und versuchten so, den Diskurs zu dominieren. In der aktuellen europäischen und globalen Situation dürfen wir diese Vorgehensweise nicht ignorieren.

Natürlich drängt sich in diesem Zusammenhang eine Grundsatzdebatte auf: Kann man unter diesen Umständen und folglich bei einem ökologisch-sozialen Wandel auf den Staat verzichten und sollte man nicht von den Regierungen verlangen, dass sie handeln? Meine Antwort lautet: Nein. Kurzfristig, inmitten einer Krise wie der Flutkatastrophe, ist das Eingreifen des Staates (unabhängig davon, wer regiert) notwendig, um die erforderlichen materiellen Ressourcen zu mobilisieren. Bei einem künftigen

ökologisch-sozialen Wandel wird eine Kombination aus staatlicher Machtübernahme und gesellschaftlicher Selbstorganisation und Selbstverwaltung erforderlich sein. Und nur so kann gleichzeitig und in der Folge eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie aufgebaut werden, die in der Lage ist, die gesamte Gesellschaft in die für die demokratische Planung notwendigen Entscheidungen einzubeziehen.

Unsere Aufgaben

Was kann eine kleine revolutionäre Organisation angesichts der aktuellen dramatischen Situation in Valencia tun?

In erster Linie solidarisch sein und den Betroffenen, unserem Volk, zur Seite stehen, angefangen damit, uns an den Rettungs- und Überlebensmaßnahmen vor Ort zu beteiligen. Und Spenden sammeln, um den dringenden Bedarf zu decken und den schwächsten unter den Betroffenen zu helfen, da die Auswirkungen der Flutkatastrophe natürlich auch unterschiedlich stark entlang der sozialen Zugehörigkeit sind. Zur politischen Agitation gehören auch solche elementaren Dinge und das wurde auch von verschiedenen sozialen Organisationen und einigen (wenigen) linken politischen Organisationen aufgegriffen. Es gab eine regelrechte Mobilisierung unter den Jugendlichen, um vor Ort zu helfen, und nur wenn man mit ihnen zusammen war, konnte ihre Solidarität auch politisch gewendet werden. Faschisten aus verschiedenen Organisationen tauchten in den betroffenen Dörfern auf, um dort ihre Propaganda zu verbreiten.

Zweitens: Im Gegensatz zur Mehrheit der gewerkschaftlichen und linken politischen Kräfte, die behaupten, dass es nicht an der Zeit sei, politisch zu agitieren oder die Bevölkerung zu mobilisieren, und dass man nur den Schmerz begleiten müsse, behaupten wir, die Anticapitalistas, dass materielle Hilfe (und Empathie) nicht unvereinbar sind mit dem sofortigen Eintreten für Übernahme politischer Verantwortung und Mobilisierung der Arbeiter:innen. Aus diesem Grund haben wir das Bündnis der sozialen Organisationen, die eine Massenmobilisierung auf der Straße vorbereitet haben, unterstützt. Wir dürfen das Wort nicht nur den institutionellen Vertretern der großen Medien oder den Lügner:innen der von Faschisten betriebenen sozialen Netzwerke überlassen.

Drittens und gleich zu Beginn haben wir durch Propaganda und Agitation eine Reihe von Sofort- und Übergangsforderungen zur Verteidigung der betroffenen Arbeiter:innen verbunden mit einer ökosozialistischen Perspektive verbreitet. Dabei wandten wir uns besonders an die Jugend, um den Faschisten nicht das Feld zu überlassen

und um die Wut der Bevölkerung in Energie zu verwandeln.

Die Demonstration am 9. November in Valencia zeigt, dass ein Großteil der Bevölkerung aufgebracht ist über das Verhalten der Regionalregierung bei der Flutkatastrophe. Aufgerufen von etwa 20 kleinen sozialen Organisationen und ohne die Unterstützung der großen Gewerkschaften oder der großen linken Parteien, gingen dabei 200 000 Einwohner:innen auf die Straße, gefolgt von solidarischen Aktivist:innen aus ganz Spanien. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

aus: *A l'Encontre* vom 18.11.2024

Übersetzung: MiWe

1 Die Verfassung von 1978 ist Ausdruck des Kompromisses, der nach dem Tod des Diktators Franco [im November 1975] zwischen den Franquisten und den Sozialisten plus den – inzwischen verschwundenen – Eurokommunisten geschlossen wurde und der zur Lähmung der Massenbewegungen und besonders der gewerkschaftlichen Klassenkämpfe führte. Das Ergebnis ist die heutige parlamentarische Monarchie, das Überleben des alten Franco-Apparats (Richter, Polizei, Armee) und der sogenannte „Staat der Autonomien“, dessen Ziel es war, den Forderungen von Euskal Herria und Katalonien nach nationaler Selbstbestimmung abzuwürgen, indem ein schwacher Staatenbund mit den faktischen Eigenschaften eines Zentralstaates geschaffen wurde.

2 Diese Situation ist ein weiterer Ausdruck der Degeneration des öffentlichen politischen Lebens in Spanien und der anhaltenden institutionellen Krise. Aber sie veranschaulicht auch das Fehlen starker linker politischer Alternativen, die in der Lage sind, breite Impulse zu setzen und die Massen zu mobilisieren.

3 Beispiele sind die Meeresverschmutzung durch den Untergang des Öltankers Prestige [November 2002]; die Lügen und die Unterstützung der USA im Irakkrieg; der Flugzeugabsturz der Yak-42 im Mai 2003 in der Türkei, bei dem Dutzende Soldaten ums Leben kamen; der tödlichen Anschlag auf den Atocha-Bahnhof in Madrid am 11. März 2004, der von islamistischen Terroristen verübt wurde und den die PP der ETA zuschreiben wollte; das U-Bahn-Unglück in Valencia im Juli 2006, bei dem 43 Menschen starben; die zahlreichen Korruptionsfälle, insbesondere die Gürtel-Affäre; die Bankenrettung; die Todesfälle in Madrider Altenheimen während der Covid-Pandemie und viele andere.



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

COP 29 – MEHR SCHLECHT ALS RECHT

Die internationale Klimakonferenz COP29 tagte im ölreichen Baku (Aserbaidshan) und fand ein qualvolles und schmerzhaftes Ende.

■ **Michael Roberts**

Das Hauptthema war die Frage, wie viel die reichen Länder den armen Ländern zur Verfügung stellen würden, um die Maßnahmen zur Eindämmung der globalen Erwärmung und zur Bewältigung der durch die steigenden Treibhausgasemissionen verursachten Schäden zu bezahlen. Als Finanzierungsziel waren mehr als 1,3 Billionen Dollar [das sind aktuell 1,25 Billionen Euro] pro Jahr bis 2035 vorgesehen. Die endgültige Einigung umfasst jedoch nur Zusagen für 300 Mrd. Dollar an tatsächlichen Zuschüssen und zinsgünstigen Darlehen der Industrieländer. Der Rest solle von privaten Investoren und vielleicht von Abgaben auf fossile Brennstoffe und Vielflieger kommen – die Einzelheiten bleiben vage.

Das Angebot der „entwickelten“ Länder, das aus ihren Staatshaushalten und der Entwicklungshilfe finanziert wird, soll den inneren Kern einer so genannten „gestaffelten“ Finanzierungsregelung bilden. Die mittlere Schicht soll aus neuen Finanzierungsformen wie neuen Steuern auf fossile Brennstoffe und kohlenstoffintensive Aktivitäten, dem Kohlenstoffhandel und „innovativen“ Finanzierungsformen bestehen. Als dritte, äußere Schicht sollen Investitionen aus dem Privatsektor in Projekte wie Solar- und Windparks dienen. Dies war der Ausweg, um keine weiteren echten Geldtransfers tätigen zu müssen.

Mohamed Adow, Direktor des Thinktanks Power Shift Africa, merkte dazu an: „Dieser [Gipfel] war eine Katastrophe für die Entwicklungsländer. Er ist ein Verrat an den Menschen und dem Planeten durch reiche Länder,

die behaupten, den Klimawandel ernst zu nehmen. Die reichen Länder haben versprochen, in der Zukunft einige Mittel zu ‚mobilisieren‘, anstatt sie jetzt bereitzustellen. Der Scheck ist auf dem Postweg. Aber in den gefährdeten Ländern verlieren wir jetzt Leben und Lebensgrundlagen“.

Juan Carlos Monterrey Gómez, Panamas Klimabeauftragter, kam zu dem Schluss: „Das ist eindeutig nicht genug. Wir brauchen jedes Jahr mindestens 5 Billionen Dollar, aber wir haben nur 1,3 Billionen Dollar gefordert. Das entspricht 1 % des weltweiten BIP. Das sollte nicht zu viel sein, wenn es um die Rettung des Planeten geht, auf dem wir alle leben.“ Das endgültige Abkommen „bewirkt nichts, wenn man es aufteilt. Nach Dürren und Überschwemmungen haben wir Rechnungen in Milliardenhöhe zu bezahlen. Es wird uns nicht auf einen Pfad zu einer maximalen Erwärmung um 1,5 °C bringen. Eher um 3 °C.“

Mehr als 60 000 Menschen hatten sich für die Konferenz angemeldet, was die Hotelpreise um 500 % in die Höhe trieb. Ein Standardzimmer im Holiday Inn in Baku kostete für die Zeit der Konferenz 700 Pfund (845 €) pro Nacht, verglichen mit den üblichen 90 Pfund (108 €). Laut FlightRadar24, einer Website zur Flugüberwachung, landeten in der ersten Woche 65 Privatjets in Baku, doppelt so viele wie sonst.

Edi Rama, Ministerpräsident von Albanien, kommentierte: „Die Menschen dort essen, trinken, treffen sich und machen gemeinsam Fotos – während im Hintergrund

immer wieder Filme von stumm geschalteten Führern ablaufen“, sagte er. „Für mich ist das genau das, was in der realen Welt jeden Tag passiert. Das Leben geht weiter, mit seinen alten Gewohnheiten, und unsere Reden – voller Worte über den Kampf gegen den Klimawandel – ändern nichts. Was bedeutet es für die Zukunft der Welt, wenn die größten Umweltverschmutzer so weitermachen wie bisher?“, fragte Rama. „Was um alles in der Welt machen wir auf dieser Versammlung, immer und immer wieder, wenn kein gemeinsamer politischer Wille erkennbar ist, über das Blabla hinauszugehen und sich auf sinnvolle Maßnahmen zu einigen?“

Auf der COP29 war keine Rede mehr von einer „Abkehr von der Verbrennung fossiler Brennstoffe“, wie sie die Staaten der Welt vor einem Jahr versprochen hatten. Für 2024 ist ein neuer Rekord bei den weltweiten Kohlenstoffemissionen abzusehen.

Die neuesten Daten zeigen, dass die die Treibhausgas-Emissionen aus Kohle, Öl und Gas 2024 um 0,8 % gestiegen sind. Im krassen Gegensatz dazu müssen die Emissionen bis 2030 um 43 % sinken, damit die Welt überhaupt eine Chance hat, das im COP-Abkommen von Paris fest-

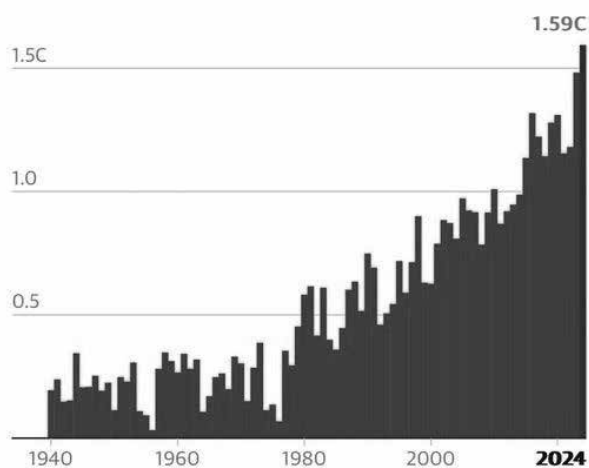
gelegte Ziel eines Temperaturanstiegs von nicht mehr als 1,5 °C einzuhalten. Dieses Ziel ist in weite Ferne gerückt, und der Planet steuert schnell auf einen Anstieg von 2,0 °C (und mehr) im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu.

Mit der derzeitigen Politik wird die Temperatur um 2,7 °C ansteigen. Das erwartete Niveau der globalen Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts hat sich seit 2021 nicht verändert, wobei in diesem Jahr „minimale Fortschritte“ erzielt wurden, so das Projekt Climate Action Tracker¹. Die Schätzung des Konsortiums hat sich seit dem COP26-Klimagipfel vor drei Jahren in Glasgow nicht verändert. „Wir haben es eindeutig nicht geschafft, die Kurve nach unten zu drücken“, sagte Sofia Gonzales-Zuñiga von Climate Analytics. Die zu erwartende Erwärmung liegt mit 2,1 °C etwas niedriger, wenn die Zusagen und Ziele der Regierungen umgesetzt werden, aber auch das hat sich seit 2021 nicht geändert. Die Erwärmung stieg im optimistischsten Szenario leicht von 1,8 °C im letzten Jahr auf 1,9 °C in diesem Jahr [2024], so der Bericht. „Wir verursachen eine globale Erwärmung, die hundertmal schneller ist als frühere natürliche Veränderungen. Wir belasten das Klima der Erde über die natürlichen Grenzen hinaus, mit

GRAFIK 1: 2024, DAS ERSTE JAHR, IN DEM DIE ERDWERMUNG ÜBER DER 1,5-GRAD-MARKE LIEGT.

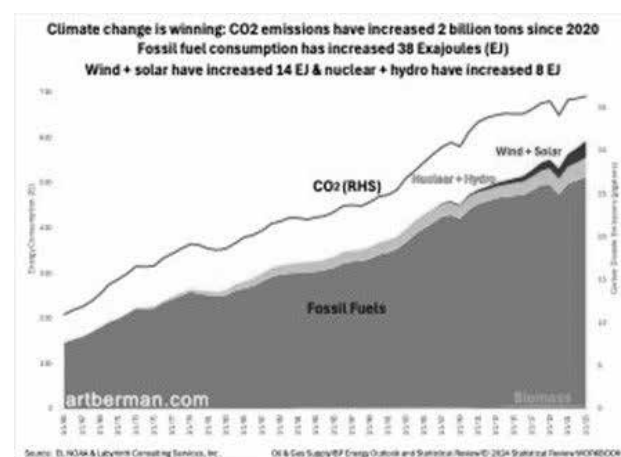
2024 on track to be first year to surpass 1.5C of warming above pre-industrial temperatures

Annual global surface air temperature anomalies relative to a 1850-1900 baseline



Guardian graphic. Source: Copernicus Climate, ECMWF. Notes: the figure for 2024 is a provisional estimate based on temperatures in the first 10 months of the year

GRAFIK 2: SEIT 2020 SIND DIE JÄHRLICHEN CO₂-EMISSIONEN UM 2 MILLIARDEN TÖNNEN GESTIEGEN. DER VERBRAUCH FOSSILER ENERGIEQUELLEN STIEG UM 38 EXAJOULE, (1 EXAJOULE = 10¹⁸ J = 1000 PJ = CA. 278 TWH), DIE PRODUKTION VON WIND- UND SOLARENERGIE NAHM UM 14 EJ ZU; DIE PRODUKTION VON KERNENERGIE UND WASSERKRAFT STIEG UM 8 EJ



Source: E.ON Energy Research Center, LLC. Oil & Gas Supply & Demand Outlook and Statistical Review © 2024 Statistical Review of World Energy

CO₂- und Temperaturwerten, die seit 3 Millionen Jahren nicht mehr erreicht wurden“, sagte Mark Maslin.

Änderungen der globalen Durchschnittstemperaturen, die gering erscheinen, können zu massivem menschlichem Leid führen. Im Oktober 2024 wurde in einer Studie festgestellt, dass die Hälfte der 68 000 Hitzetoten in Europa im Jahr 2022 auf die bisherige globale Erwärmung von 1,3 °C zurückzuführen ist. Bei den höheren Temperaturen, die für das Ende des Jahrhunderts prognostiziert werden, wird auch das Risiko irreversibler und katastrophaler Extremereignisse in die Höhe schnellen. Die Forscher warnten, dass ihre mittlere Erwärmungsprognose von 2,7 °C bis zum Jahr 2100 eine so große Fehlerspanne aufweist, dass sie zu weitaus heißeren Temperaturen führen könnte, als die Wissenschaftler erwartet hatten. „Es besteht eine 33%ige Chance, dass unsere Projektion 3 °C oder mehr beträgt, und eine 10%ige Chance, dass sie 3,6 °C oder mehr beträgt“, sagte Gonzales-Zuñiga. Letzteres wäre „absolut katastrophal“, fügte sie hinzu.

Und es geht nicht nur um Kohlenstoffemissionen. Die Industrie für fossile Brennstoffe stößt gefährliche Mengen an Methanemissionen aus – das schädlichste aller Treibhausgase. Es verbleibt zwar nicht so lange in der Atmosphäre wie Kohlendioxid, aber über einen Zeitraum von 20 Jahren wirkt sich Methan 80-mal stärker auf die Klimaerwärmung aus. Es ist für schätzungsweise 30 Prozent der weltweiten Erwärmung seit der industriellen Revolution verantwortlich.

Laut einer Studie, die im September 2024 in der Zeitschrift *Earth System Science Data* veröffentlicht wurde, steigen die Methanemissionen in Rekordrate. In den letzten zwei Jahrzehnten haben sie um etwa 20 Prozent zugenommen. Die atmosphärische Konzentration des Gases ist heute mehr als 2,6 mal höher als in der vorindustriellen Zeit und damit so hoch wie seit mindestens 800 000 Jahren nicht mehr. Es gelangt auf verschiedene Weise in die Umwelt: Es wird aus Sicherheitsgründen oder in Notfällen auf den Öl- und Gasfeldern in die Atmosphäre abgelassen oder aus Rohren oder Schornsteinen „abgefackelt“, wodurch es hauptsächlich in Rauch und Kohlendioxid umgewandelt wird. (Wenn das Abfackeln ineffizient ist, wird auch reines Methan freigesetzt.)

Weltweit ist die Luftverschmutzung durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe für etwa 1 von 5 Todesfällen verantwortlich – das entspricht in etwa der Bevölkerung von New York City. In den USA werden 350 000 vorzeitige Todesfälle auf die Verschmutzung durch fossile Brennstoffe zurückgeführt. Die Belastung durch Fein-

staub aus fossilen Brennstoffen war 2012 für 21,5 % aller Todesfälle verantwortlich und sank 2018 aufgrund der verschärften Luftqualitätsmaßnahmen in China auf 18 %. In Indien hingegen war die Verschmutzung durch fossile Brennstoffe im Jahr 2018 für fast 2,5 Millionen Menschen (über 14 Jahre) verantwortlich, was mehr als 30 % der gesamten Todesfälle in Indien bei Menschen über 14 Jahren ausmacht. Tausende von Kindern unter 5 Jahren sterben jedes Jahr aufgrund von Atemwegsinfektionen, die auf die Verschmutzung durch fossile Brennstoffe zurückzuführen sind.

Die gängige Wirtschaftswissenschaft hat das Ausmaß und die Auswirkungen der Treibhausgasemissionen auf die Weltwirtschaft nicht erkannt. William Nordhaus erhielt 2018 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Modellierung der Kosten und des Nutzens von Maßnahmen gegen den Klimawandel mittels der Begrenzung von Emissionen. Er leistete Pionierarbeit bei der wirtschaftlichen Analyse des Klimawandels. Nordhaus' Beitrag bestand darin, ein Modell zu entwickeln, mit dem die voraussichtlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Volkswirtschaften abgeschätzt werden können.

Nordhaus konstruierte sogenannte „integrierte Bewertungsmodelle“ (integrated assessment models, IAMs), um die gesellschaftlichen Kosten des Kohlenstoffs (SCC) zu schätzen und alternative Vermeidungsstrategien zu bewerten. IAMs werden verwendet, um die sozialen Kosten des Kohlenstoffs (SCC) zu berechnen. Sie versuchen, die Veränderung bzw. den Schaden an der globalen Wirtschaftsleistung zu modellieren, der sich aus einer Tonne anthropogener Kohlendioxidemissionen oder einem Äquivalent ergibt. Diese SCC-Schätzungen werden von politischen Entscheidungsträgern in Kosten-Nutzen-Analysen von Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels verwendet. Da die IAMs jedoch viele der großen Risiken auslassen, sind die SCC-Schätzungen oft deutlich zu niedrig. Die Werte hängen oft entscheidend von der „Diskontierung“ ab, mit der zukünftige Kosten in heutige Dollar umgerechnet werden.

Diese Abzinsungssätze sind für jede Diskussion von zentraler Bedeutung. Die meisten aktuellen Modelle zu den Auswirkungen des Klimawandels gehen von zwei fehlerhaften Annahmen aus: zum einen, dass die Menschen in Zukunft viel reicher sein werden und zum anderen, dass das künftige Leben weniger zählt als das heutige Leben. Die erste Annahme ignoriert die großen Risiken schwerer Schäden und Störungen der Lebensgrundlagen durch den Klimawandel. Die zweite Annahme ist eine „Diskriminie-

„ung aufgrund des Geburtsdatums“. Es handelt sich um ein Werturteil, das selten hinterfragt wird, schwer zu verteidigen ist und den meisten Moralvorstellungen zuwiderläuft.

Der Abzinsungssatz, der zur Berechnung des wahrscheinlichen monetären Schadens für die Volkswirtschaften verwendet wird, ist willkürlich. Wenn wir einen Abzinsungssatz von 3 Prozent verwenden, bedeutet dies, dass der derzeitige Anstieg der globalen Erwärmung zu einem wirtschaftlichen Schaden von 5 Billionen Dollar (Rückgang des BIP) führen würde, aber die Kosten der globalen Erwärmung in heutigem Geld nicht mehr als 400 Milliarden Dollar betragen würden, etwa so viel wie China für Hochgeschwindigkeitszüge ausgibt. Bei diesem Abzinsungssatz verursacht die globale Erwärmung also nur geringe wirtschaftliche Schäden, sodass die sozialen Kosten des Kohlenstoffs (SCC) nur etwa 10 \$ je Tonne betragen und Maßnahmen zur Eindämmung begrenzt werden können. So ist Nordhaus mit seinem Modell vorgegangen.

Aber warum 3 Prozent? 2018 hat Nicholas Stern, der Verfasser des berühmten Stern-Berichts über den Klimawandel, die Daten von Nordhaus verwendet und einen Diskontsatz von 1,4 % angesetzt. Der SCC steigt dann auf 85 \$ je Tonne – was bedeutet, dass es die Wirtschaft 85 \$ pro Tonne CO₂ kostet, oder in der Gesamtmenge näher bei 3 Billionen \$ liegt. In jüngerer Zeit sind die SCC-Schätzungen unter Verwendung komplexerer Methoden und realistischerer Annahmen als die ursprünglichen auf 180 bis 300 Dollar pro Tonne gestiegen.

Nordhaus' IAMs weisen Mängel auf, die sie als Instrumente für die politische Analyse nahezu unbrauchbar machen. IAMs haben Schwierigkeiten, das Ausmaß der von der Wissenschaft konstatierten Risiken zu berücksichtigen, wie das Auftauen des Permafrosts, die Freisetzung von Methan und andere potenzielle Kippunkte. Darüber hinaus werden viele der größten potenziellen Auswirkungen nicht berücksichtigt, wie z. B. weit verbreitete Konflikte als Folge einer groß angelegten Migration von Menschen, die aus den am stärksten betroffenen Gebieten fliehen. IAMs tragen den Risiken und Unsicherheiten nicht Rechnung. Diese Modelle schätzen die Schäden jedes Jahr anhand eines Schadensfaktors x , multipliziert mit T_2 in diesem Jahr, was bedeutet, dass die sehr einfache Schadensfunktion eine sanft nach oben zeigende Linie ist.

Der kürzlich verstorbene Klimaökonom Martin Weitzman, ein Kollege von Nordhaus, widersprach dem Ansatz der „Diskontierung“ der Zukunft. Weitzman wies auf die enorme Unsicherheit in den Prognosen der Klimaauswirkungen hin. Hierzu gehören die Kippunkte, die großen

Bandbreite von möglichen Fehlern und die „unbekannten Unbekannten“. In der Terminologie der Wirtschaftswissenschaft bezeichnete er dies als enormes „Abwärtsrisiko“, einschließlich einer potenziell kleinen, aber grundsätzlich unbekanntem Möglichkeit der totalen Vernichtung der Menschheit.

Weitzman argumentierte, dass Durchschnittswerte nicht die ganze Geschichte erzählen. Tatsächlich weist eine Pareto-Wahrscheinlichkeitsverteilungsfunktion der aktuellen Projektionen „fette Schwänze“ auf², die auf eine Wahrscheinlichkeit von 1 % für einen Temperaturanstieg von 12 °C hindeuten. Weitzman: „Das auffälligste Merkmal der Ökonomie des Klimawandels ist, dass seine extreme Kehrseite nicht zu vernachlässigen ist. Eine tiefe strukturelle Ungewissheit über die unbekanntem Dinge, die schief gehen könnten, ist mit einer im Grunde unbegrenzten schuldnerischen Verpflichtung für mögliche planetarische Schäden verbunden.“ Bei dieser Art von Temperaturanstieg würde das menschliche Leben wahrscheinlich nicht weiter fortbestehen können. Das Problem ist, dass „niemand im ‚globalen Durchschnittsland‘ lebt!“ Der auf eine Dürre folgende Sturm, der an einem Tag eine ganze Saison an Niederschlägen hervorruft, hat wahrscheinlich Auswirkungen auf das finanzielle Risiko, wird aber nicht in den vorhandenen Messgrößen für den durchschnittlichen Jahresniederschlag in einer Region erfasst.³ Wirtschaftsmodelle ignorieren diese Feinheiten des Klimas. Das Modell, das von vielen Zentralbanken der Welt verwendet wird, stützt sich beispielsweise auf eine Schadensfunktion, die die regionale Wirtschafts- und Arbeitsproduktivität mit der jährlichen Temperatur und den Niederschlägen in Beziehung setzt.

Steve Keen hat argumentiert, dass die IAMs „davon ausgehen, dass empirische Beziehungen, die aus Daten über Temperatur- und BIP-Änderungen zwischen 1960 und 2014 abgeleitet wurden, bis zum Jahr 2100 extrapoliert werden können – also davon ausgehen, dass eine weitere Erwärmung um 3,2 °C das Klima nicht verändern wird! Sie sind davon ausgegangen, dass Kippunkte – kritische Merkmale des Erdklimas wie die grönländischen und westantarktischen Eisschilde, der Amazonas-Regenwald und die atlantische meridionale Umwälzkirkulation“, die Europa heute warm hält – „mit nur minimalen zusätzlichen Schäden für das BIP“ überschritten werden können.

Ökonometrische Berechnungen, die auf den Abläufen in der Vergangenheit beruhen, ignorieren nicht nur die „Kippunkte“ wie die Methanfreisetzung aus dem auftauenden Permafrost, sondern auch die, die viel leichter zu

erkennen sind, wie das Austrocknen des Großen Salzsees. Auch in der Gesellschaft gibt es Kippunkte; Infrastrukturen haben Bruchstellen; Ökosysteme haben Schwellenwerte; ab einem bestimmten Temperaturanstieg verlieren Nutzpflanzen nicht ihre Produktivität, sondern sterben einfach – das Gleiche gilt für Menschen.

Trotz der enormen Mängel in den IAMs haben sie weiterhin Einfluss auf die Politik, insbesondere um „Marktlösungen“ für den Klimawandel zu befürworten, die keine öffentlichen Investitionen in die Klimakontrolle oder öffentliches Eigentum an der fossilen Brennstoffindustrie erfordern. So wurde Nordhaus beispielsweise von der EZB und der G20 eingeladen, um über Maßnahmen zur Bekämpfung der globalen Erwärmung zu beraten. Nordhaus' Antwort lautete: Märkte für Kohlenstoffbepreisung.⁴

Nordhaus' IAMs gehen davon aus, dass die Weltwirtschaft in 50 Jahren ein viel größeres BIP haben wird, so dass die Regierungen – selbst wenn die Kohlenstoffemissionen wie vorhergesagt steigen – die Kosten für die Eindämmung auf die Zukunft verschieben können. Wendet man dagegen strenge Maßnahmen zur Verringerung der Kohlenstoffemissionen an, z. B. die Beendigung der gesamten Kohleproduktion, so könnte dies zu niedrigeren Wachstumsraten und Einkommen führen und damit die Verringerung der Emissionen in der Zukunft erschweren. Stattdessen, so Nordhaus, können wir mit Kohlenstoffpreisen und -steuern die Emissionen kontrollieren und reduzieren, ohne die Produktion und den Verbrauch fossiler Brennstoffe an der Quelle zu verringern.

Dies ist die Lösung für die Besteuerung und Besteuerung von Tabak und Zigaretten. Je höher die Steuer oder der Preis, desto geringer der Verbrauch, ohne die Tabakindustrie zu treffen. Abgesehen von der Frage, ob das Rauchen durch Preisanpassungen wirklich weltweit ausgerottet werden könnte: Kann die globale Erwärmung wirklich durch Marktpreise gelöst werden? Marktwirtschaftliche Lösungen für den Klimawandel basieren auf dem Versuch, das „Marktversagen“ zu korrigieren, indem die schädlichen Auswirkungen von Kohlenstoffemissionen durch eine Steuer oder ein Quotensystem berücksichtigt werden. Das Argument lautet, dass der Preismechanismus durch eine Steuer oder einen neuen Markt „korrigiert“ werden muss, da die gängige Wirtschaftstheorie die sozialen Kosten von Kohlenstoff nicht in die Preise einbezieht.

Auf der COP29-Klimakonferenz einigten sich die Länder auf Regeln für einen globalen Markt zum Kauf und Verkauf von Kohlenstoffgutschriften, die laut Befürwortern Milliarden von Dollar für neue Projekte zur Be-

kämpfung der globalen Erwärmung mobilisieren werden. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass Emissionsgutschriften gefälscht sind.⁵ Letztes Jahr stellte eine Bloomberg-Untersuchung fest, dass fast 40 % der im Jahr 2021 gekauften Emissionsgutschriften aus Projekten für erneuerbare Energien stammten, die in Wirklichkeit keine Emissionen vermieden haben.⁶

Dieser Ansatz ist hoffnungslos unzureichend und nicht umsetzbar. Die weltweiten Pläne für saubere Energien (und das sind nur Pläne) liegen immer noch um fast ein Drittel unter dem, was nötig wäre, um diese Zahl zu erreichen. Und um das erforderliche Investitionsniveau zu erreichen, muss die Klimafinanzierung bis 2030 weltweit auf etwa 9 Billionen Dollar pro Jahr ansteigen, gegenüber knapp 1,3 Billionen Dollar in den Jahren 2021/22, so die Climate Policy Initiative. Das auf der COP29 festgelegte (und jetzt sowieso bei weitem nicht erreichte) Ziel von 1,3 Billionen Dollar ist meilenweit verfehlt.

Auf der COP29 erklärte IWF-Chefin Kristalina Georgieva, dass „98 % der Anpassungsfinanzierung aus öffentlichen Quellen stammen. Das ist nicht nachhaltig. Wir müssen den Privatsektor sowohl bei der Anpassung als auch bei der Milderung der Schäden mobilisieren. Dies ist machbar!“ Und die Chefin der EZB, Christine Lagarde, fügte hinzu: „Wir müssen dringend alle möglichen Kapitalquellen erschließen, und zwar schnell und in großem Umfang.“ Doch die private Klimafinanzierung wird nach Angaben der OECD im Jahr 2022 nur 21,9 Mrd. Dollar betragen. Und ein Großteil der öffentlichen Mittel wurde bisher den bestehenden Budgets für Entwicklungshilfe entnommen. Nur 21–24,5 Mrd. Dollar der 83 Mrd. Dollar sind reine Klimafinanzierung ohne Auflagen, so Oxfam in seinem Schattenbericht zur Klimafinanzierung 2023.

Warum wird das Klimaziel nicht erreicht? Warum werden die notwendigen Finanzmittel nicht bereitgestellt? Es liegt nicht an den Kosten der erneuerbaren Energien. Die Preise für erneuerbare Energien sind in den letzten Jahren stark gesunken. Das Problem besteht darin, dass die Regierungen darauf bestehen, dass private Investitionen die Entwicklung hin zu erneuerbaren Energien anführen sollen. Private Investitionen werden aber nur getätigt, wenn sie rentabel sind.⁷

Die Rentabilität ist das Problem. Die durchschnittliche Rentabilität liegt weltweit auf einem niedrigen Niveau, so dass sich das Investitionswachstum in allen Bereichen ebenfalls verlangsamt hat. Ironischerweise drücken die niedrigeren Preise für erneuerbare Energien auf die Rentabilität solcher Investitionen. Die Hersteller von Solarmo-

dulen leiden ebenso wie die Betreiber von Solarfarmen unter einem starken Gewinnrückgang. Dies offenbart den grundlegenden Widerspruch bei kapitalistischen Investitionen zwischen Kostensenkung durch höhere Produktivität und Verlangsamung der Investitionen aufgrund sinkender Rentabilität.

Dies ist die Kernaussage eines weiteren hervorragenden Buches von Brett Christophers *The Price is Wrong – why capitalism won't save the planet*.⁸ Christophers argumentiert, dass nicht der Preis für erneuerbare Energien im Vergleich zu fossilen Brennstoffen das Hindernis für die Erreichung der Investitionsziele zur Begrenzung der globalen Erwärmung ist. Es ist die Rentabilität der erneuerbaren Energien im Vergleich zur Produktion fossiler Brennstoffe.

Marktlösungen werden nicht funktionieren, weil es für kapitalistische Unternehmen einfach nicht rentabel ist, in die Eindämmung des Klimawandels zu investieren. Wie es der IWF selbst ausdrückt: „Private Investitionen in Produktivkapital und Infrastruktur sind mit hohen Vorlaufkosten und erheblichen Unwägbarkeiten verbunden, die sich nicht immer einpreisen lassen. Investitionen für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft sind zudem erheblichen politischen Risiken, Illiquidität und unsicheren Erträgen ausgesetzt, die von politischen Ansätzen zur Eindämmung des Klimawandels sowie von unvorhersehbaren technologischen Fortschritten abhängen.“

In der Tat: „Die große Diskrepanz zwischen den privaten und gesellschaftlichen Erträgen aus kohlenstoffarmen Investitionen wird wahrscheinlich auch in Zukunft bestehen bleiben, da die künftigen Wege der Kohlenstoffbesteuerung und -bepreisung sehr ungewiss sind, nicht zuletzt aus politökonomischen Gründen. Dies bedeutet, dass es nicht nur einen fehlenden Markt für den derzeitigen Klimaschutz gibt, da Kohlenstoffemissionen derzeit nicht bepreist werden, sondern auch fehlende Märkte für künftige Klimaschutzmaßnahmen, was für die Renditen privater Investitionen in künftige Klimaschutztechnologien, -infrastruktur und -kapital relevant ist.“ Mit anderen Worten: Es ist nicht profitabel, etwas Bedeutendes zu tun.

Ein globaler Plan könnte Investitionen in Dinge lenken, die die Gesellschaft braucht, wie erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, öffentliche Verkehrsmittel, öffentliche Wassersysteme, ökologische Sanierung, öffentliche Gesundheit, gute Schulen und andere derzeit unerfüllte Bedürfnisse. Und er könnte die Entwicklung auf der ganzen Welt angleichen, indem er Ressourcen aus der nutzlosen und schädlichen Produktion im Norden in

die Entwicklung des Südens verlagert, in den Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur, von Abwassersystemen, öffentlichen Schulen und der Gesundheitsversorgung. Gleichzeitig könnte ein globaler Plan darauf abzielen, gleichwertige Arbeitsplätze für die abhängig Beschäftigten zu schaffen, die durch die Verkleinerung oder Schließung unnötiger oder schädlicher Industrien verdrängt werden.

Also: Planung, nicht Preisgestaltung! Die COP29 bot nichts dergleichen.

Übersetzung: Jakob S.

- 1 <https://climateactiontracker.org/publications/the-climate-crisis-worsens-the-warming-outlook-stagnates/>
- 2 <https://thenextrecession.wordpress.com/2020/02/11/the-climate-and-the-fat-tail-risk/>
- 3 <https://metamodel.blog/posts/fed-climate-risk/>
- 4 <https://thenextrecession.wordpress.com/2021/07/22/global-warming-planning-not-pricing/>
- 5 <https://time.com/6264772/study-most-carbon-credits-are-bogus/>
- 6 <https://www.bloomberg.com/graphics/2022-carbon-offsets-renewable-energy/>
- 7 <https://thenextrecession.wordpress.com/2024/06/23/fixing-the-climate-it-just-aint-profitable/>
- 8 <https://thenextrecession.wordpress.com/2024/06/23/fixing-the-climate-it-just-aint-profitable/>



TRUMP UND DAS DILEMMA DER LINKEN

Die Linke, die sozialen Bewegungen und die Gewerkschaften können sich nicht auf die Demokraten verlassen, die für Trumps Sieg verantwortlich sind, argumentiert Ashley Smith. Stattdessen muss ein unabhängiger Widerstand aufgebaut werden.

■ **Ashley Smith**

In den letzten vier Jahren haben Joe Biden und seine „gesalbte“, aber unterlegene Nachfolgerin, Kamala Harris, versucht, den US-Kapitalismus zu erneuern und die Hegemonie der USA über das Weltsystem wiederherzustellen, insbesondere gegen China, aber auch gegen Russland und verschiedene Regionalmächte.

Im Inneren ignorierte ihr Programm neoliberaler Reformen die wirtschaftlichen Probleme der ausgebeuteten und unterdrückten Mehrheit des Landes. Ihr Militarismus im Ausland, insbesondere ihre Zusammenarbeit mit Israel beim Völkermord in Gaza, schwächte ihre Popularität weiter und rief Proteste und Widerstand bei Palästinensern, Arabern und Muslimen sowie ihren Anhängern hervor.

Da soziale Bewegungen, Gewerkschaften, die Linken und reformistische Politiker wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez zur Unterstützung von Harris aufriefen, konnte sich Trump als einzige Opposition zu den Demokraten und dem erbärmlichen Status quo darstellen. Anders als 2016 hat er eine geeinte republikanische Partei sowie ein Kabinett, das aus loyalen Oligarchen, Fanatikern, Gaunern, Spinnern, mutmaßlichen Sexualstraftätern und neokonservativen Falken bestehen wird, und mit dem Projekt 2025 ein rechtsextrems Programm, das ohne Rücksicht auf Verluste umgesetzt werden soll.

Angesichts dieser unmittelbaren Bedrohung können sich die Linke, die sozialen Bewegungen und die Gewerkschaften nicht auf die Demokraten verlassen, die für Trumps Sieg verantwortlich sind. Stattdessen müssen wir uns gegen alle kommenden Angriffe vereinen, Migrant:innen und LGBTI verteidigen und einen unab-

hängigen Widerstand aufbauen, der für unsere eigenen Forderungen kämpft.

Eine organische Krise des globalen Kapitalismus

Wie um alles in der Welt konnte Trump, einer der unbeliebtesten Präsidenten in der Geschichte der USA, der wegen Dutzenden von Straftaten verurteilt wurde und einen rechtsextrremen Putschversuch initiierte, um die Wahl 2020 zu kippen, eine weitere Amtszeit im höchsten Amt des Landes gewinnen?

Der Hauptgrund ist die tiefe organische Krise des Kapitalismus. Die Große Rezession leitete eine lange globale Flaute mit stagnierendem Wachstum und sinkender Profitrate ein, die die Klassenunterschiede und die soziale Ungleichheit in der ganzen Welt vertieft hat. Hinzu kamen andere Systemkrisen, von interimperialistischer Rivalität bis hin zu regionalen Kriegen, globaler Erwärmung, Massmigration und Pandemien. Diese organische Krise hat die soziale Ordnung in den USA und fast allen anderen Ländern destabilisiert. Sie hat den Widerstand gegen das kapitalistische Establishment geschürt, beispiellose Wellen von Kämpfen ausgelöst, von denen die meisten tragisch verloren wurden, und die politische Polarisierung nach links, aber – aufgrund der Hegemonie der Rechten im Diskurs, der Schwäche der revolutionären Linken und des mangelnden Handlungsspielraums des Reformismus – hauptsächlich nach rechts verstärkt.

In den USA beklagt die Mehrheit der Menschen in den letzten 15 Jahren öffentlich, dass sich das Land in die falsche Richtung bewegt, und in diesem Jahr waren es

65 Prozent der Wähler. Das Gleiche gilt für viele andere Staaten. Diese tiefe Unzufriedenheit hat zu einer noch nie dagewesenen Opposition gegen die amtierenden Regierungen geführt, seien es dezidiert rechte wie Bolsonaro in Brasilien, die britischen Tories und Modis BJP [„Indische Volkspartei“] oder weniger offen rechte wie Emmanuel Macrons Ensemble und die Demokraten in den USA.

Das Scheitern der Bidenomics

Obwohl die Wurzel der Unzufriedenheit in der Bevölkerung ähnlich ist, ist jedes Land, wie Leo Tolstoi über Familien sagte, auf seine eigene Weise unglücklich. In den USA ist Harris' Niederlage das direkte Ergebnis des Versagens von Joe Bidens imperialistischem Keynesianismus, den Adam Tooze als „MAGA für aufgeklärte Menschen“ bezeichnet hat und der keine wirkliche Lösung für die organische Krise des Systems und die massive Ungleichheit bietet.

Wie Alexander Word in *The Internationalists* dokumentiert, haben Biden und seine Berater ihr neues Programm nicht als Reaktion auf Sanders und andere Reformer in der Demokratischen Partei entwickelt, wie viele Linke fälschlicherweise behaupten, sondern nach der Niederlage Hillary Clintons als Reaktion auf Trump. Um Trumps Version von MAGA zu kontern, wollten sie die imperialistische Hegemonie Washingtons in enger Allianz mit ihren Verbündeten gegenüber ihren Rivalen China und Russland wiederherstellen. Die Industrie im Inland sollte mit Subventionen und Zöllen, vor allem im High-Tech-Bereich, saniert und harmlose soziale Reformen durchgeführt werden, um den Protest der Arbeiter und Unterdrückten aufzufangen. Diese Wirtschaftspolitik ist jedoch an allen Fronten gescheitert.

Bidens Konjunkturpakete haben zwar das Wachstum wieder angekurbelt, aber vorwiegend zum Wohle der Kapitalisten. Währenddessen waren das Kleinbürgertum, die Arbeiterklasse und die Armen von der Inflation in allen Bereichen, vom Lebensmittel- bis zum Wohnungssektor, betroffen. Das *Wall Street Journal* berichtete: „Die vom Arbeitsministerium ermittelten Verbraucherpreise waren im September dieses Jahres fast 20 Prozent höher als im Januar 2021 – der stärkste Anstieg in einer einzigen Amtszeit seit den ersten vier Jahren von Ronald Reagan.“ Infolge der Wirtschaftsmisere sanken Bidens Zustimmungswerte auf knapp über 40 und verharren dort in den letzten drei Jahren seiner Präsidentschaft.

Die Reformen der Regierung zur Minderung der sozialen Ungleichheit wurden durch den Kongress blo-

ckiert, und diejenigen, die in Kraft gesetzt wurden, waren entweder unzureichend oder wurden, wie der Kinderfreibetrag, nicht verlängert. Infolgedessen war Bidens Amtszeit in den letzten beiden Jahren von Sparpolitik geprägt.

Daneben polemisierten die Republikaner gegen die wachsenden Einwanderungszahlen, die zum großen Teil durch die Klimakrisen des globalen Kapitalismus, die imperialistischen Kriege und die Verarmung des globalen Südens verursacht wurden. Sie karrten Zehntausende von Migrant:innen in die demokratisch regierten Städte und Bundesstaaten und zwangen diese dadurch, Millionen für die Unterbringung und Versorgung verzweifelter Menschen aufzubringen, wohingegen sie für den Rest der multiethnischen Arbeiterklasse wenig taten. Die Republikaner nutzten den vorhersehbaren Unmut zur Hetze gegen die Flüchtlinge und warfen den Demokraten vor, eine angeblich zu laxen Grenzsicherung zu betreiben, obwohl Biden an der Südgrenze und Umgebung brutal vorgehen ließ.

Bidens Versuch, die imperialistische Vorherrschaft der USA zu behaupten, lief kaum besser. Der Rückzug aus Afghanistan geriet zum Desaster, da Washingtons längster Krieg mit der Rückkehr der Taliban an die Macht in Kabul in einer Niederlage endete. Indem er die US-Verbündeten dazu brachte, die Ukraine gegen den Einmarsch des russischen Imperialismus zu unterstützen, der die dortige Regierung stürzen und dem Land eine halbkoloniale Herrschaft auferlegen sollte, verschaffte er sich wieder eine Verschnaufpause.

Doch Biden verspielte dies mit Israels Unterstützung bei dem gemeinsamen völkermörderischen Krieg im Gazastreifen, der sich auf das Westjordanland, den Jemen, den Libanon und – am bedrohlichsten – auf den Iran ausgeweitet hat. Dabei verloren die USA jede Glaubwürdigkeit, die so genannte regelbasierte internationale Ordnung zu verteidigen, indem sie ihr Veto gegen UN-Resolutionen einlegten, den Internationalen Strafgerichtshof desavouierten und gegen ihr eigenes Leahy-Gesetz verstießen, das es unter Strafe verbietet, Ländern, die die Menschenrechte verletzen, Hilfe zu gewähren.

De facto verwandelte Biden die USA in einen „revisionistischen Staat“, der das durchführte, was Tooze die „kontrollierte Zerstörung der Ordnung nach dem Kalten Krieg in den 90er Jahren“ nennt. Statt die neoliberale Globalisierung zu begleiten, versuchte er, geopolitische, wirtschaftliche und militärische Allianzen zu schmieden, die mit China und Russland um die globale Vorherrschaft konkurrieren sollten.

Harris als bezahlte Agentin des Kapitals

In seiner senilen Verkörperung des verachteten kapitalistischen Establishments war Biden schon vor seinem katastrophalen TV-Auftritt zur Niederlage gegen Trump verdammt. Danach führten die Großspender und die Parteiführung eine Palastrevolte durch, um Harris als ihre auserwählte, nicht gewählte, Kandidatin zu installieren.

Angesichts der geringen Popularitätswerte ihrer Regierung stand Harris vor einem frustrierten und letztlich verlorenen Kampf gegen Trump. Sie und ihre Entourage setzten darauf, sich als „fröhliche“ Version von Biden zu präsentieren, seine Bilanz des imperialistischen Keynesianismus zu verteidigen, bescheidene Reformen für Arbeiter und Unterdrückte zu versprechen und sich, wohl wissend, dass dies ein wenig überzeugender Appell ist, nach rechts zu wenden, um gemäßigte Wechselwähler zu gewinnen, in der Hoffnung auf einen knappen Wahlsieg.

Das überparteiliche kapitalistische Establishment belohnte Harris, indem es ihren Wahlkampf mit einer Milliarde Dollar alimentierte, wobei sonstige Lobbyisten und Fundraiser nicht mitgezählt wurden. Diese Summe war mehr als doppelt so hoch wie bei Trumps Kampagne, die sich auf eine Handvoll Oligarchen wie Elon Musk und deren Lobby verließ, um finanziell mithalten zu können. In der Tat festigte Harris den Anspruch der Demokraten, die wichtigste Partei des US-Kapitalismus und Imperialismus und ein Bollwerk gegen Trump zu sein. [...]

Harris versprach den Arbeitern und den Unterdrückten wenig mehr als Steuererleichterungen für die Armen und Zuschüsse für den Erwerb eines Eigenheims. Die einzige Ausnahme war ihr Versprechen, Roe vs. Wade [Grundsatzentscheidung 1973 zum Abtreibungsrecht] als nationales Gesetz zu verankern, was die Demokraten noch abgelehnt hatten, als sie das Weiße Haus und den Kongress kontrollierten, und was sie kaum ohne große Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses würde durchsetzen können. Kaum ein Wort zu unterdrückten Gruppen, die von Trump ins Visier genommen wurden, insbesondere für LGBTI. Und wenn sie sich an die Unterdrückten wandte, dann mit geradezu lächerlichen Versprechen, wie etwa der Legalisierung von Marihuana und der Gewährung von Krediten für die Gründung von Kryptowährungsunternehmen.

In der Gretchenfrage Palästina übernahm sie die Taktik ihres Chefs, Krokodilstränen über Israels Massaker in Gaza zu vergießen und einen Waffenstillstand zu fordern und gleichzeitig Tel Aviv zu finanzieren und für den Völkermord zu bewaffnen. Unerschütterlich hielt sie daran fest,

Israel als Vorposten zu benutzen, um die so genannte Achse des Widerstands zu zerstören, von der Hamas bis zur Hisbollah, den Houthis und dem Iran, und um die Kontrolle der USA auf die Ölvorkommen zu sichern, anstelle von China und Russland. Für dieses Ziel war Harris bereit, auf die Unterstützung von Arabern, Palästinensern und Muslimen zu verzichten, auch in dem „Swing State“ Michigan.

Populismus von rechts

Im Gegensatz dazu positionierte sich Trump als Kandidat gegen das Establishment, der sich gegen die Demokratische Partei und die von ihr verantwortete Misere stellt. Die Republikanische Partei zwang er hinter sein autoritär-populistisches Projekt und drängte den traditionell-konservativen Flügel an den Rand oder aus der Partei. Dabei hat er die GOP [Grand Old Party] in eine neue rechtsextreme Partei verwandelt, die von abtrünnigen Oligarchen wie Elon Musk und Peter Thiel unterstützt und finanziert wird und ihre Wählerbasis in den überwiegend weißen Teilen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse hat.

Die Denkfabriken und Ideologen haben Trumps autoritärem Populismus programmatische Kohärenz verliehen, die am deutlichsten im Projekt 2025 zum Ausdruck kommt und die neue Plattform der republikanischen Partei bildet. Darin wird Trumps wirtschaftliche, soziale und imperialistische Strategie klar dargelegt. Um das Wachstum anzukurbeln, verspricht er die Einführung von Zöllen, Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche und die Deregulierung der Wirtschaft. Nach seiner Logik würden die gestiegenen Gewinne des US-Kapitals nach unten durchsickern und das Los der Kleinunternehmer und Arbeiter verbessern. In seinem gesellschaftspolitischen Programm geht es um die Wiederherstellung der Gesellschaftsordnung entlang der Hierarchisierung von Nation, Ethnie und Geschlecht.

Dabei droht er mit der massenhaften Abschiebung von Migrant:innen, der Bekämpfung von „Wokism“ und „Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion“ sowie der Durchsetzung sogenannter traditioneller Familienwerte gegen die „Bedrohung“ durch Feministinnen und LGBTI-Aktivist:innen. Und natürlich schwor er, eine Hexenjagd gegen die Linke, insbesondere gegen Palästina-Solidaritätsaktivist:innen, zu starten.

Um „Amerika wieder groß zu machen“, versprach Trump, die Macht der USA zu stärken, indem er sie aus endlosen Kriegen herauszieht, bestehende Bündnisse auflöst und sie durch „transaktionale“ Beziehungen [ge-

genseitiges Geben und Nehmen, AdÜ] mit allen Staaten, sowohl mit Verbündeten als auch mit erklärten Feinden, ersetzt und die Militärausgaben erhöht, um die USA auf Konfrontationen mit Großmächten, einschließlich eines Krieges mit China, vorzubereiten.

Als Schaumschläger par excellence verkaufte Trump dieses autoritär-populistische Programm, dessen Hauptnutznieß der Reichen sein würden, als Verteidigung „des kleinen Mannes“ gegen die Washingtoner Elite. [...]

Das Versagen der Linken

Die Linke hat es nicht geschafft, eine Alternative zu Harris und Trump zu präsentieren, die sich gegen beide richtet. Es ist uns nicht gelungen, die vergangenen großen Protestbewegungen wie Occupy über die Red State Teachers Revolt, den Women's March und Black Lives Matter zu nutzen, um entweder eine unabhängige klassenkämpferische Organisation oder eine neue Partei aufzubauen.

Stattdessen übernahm die Linke die Wahlkampfstrategie von Bernie Sanders innerhalb der Demokratischen Partei, wonach Sozialisten deren Politik beeinflussen, sie in eine Arbeiterpartei umwandeln oder eine Fraktion innerhalb der Partei aufbauen könnten, um sich dann abzuspalten und eine neue Partei zu gründen. [...] Die Folgen dieser Strategie für die klassenkämpferischen und sozialen Bewegungen waren katastrophal. Die meisten von ihnen degenerierten zu Wahlhelfern für die Demokratische Partei, konnten ihre Forderungen nicht durchsetzen und demobilisierten stattdessen die eigenen Anhänger:innen.

Ausgenommen davon waren gewerkschaftliche Streiks und die Palästina-Solidaritätsbewegung. Erstere hat die Regierung Biden kanalisiert und die zweite unterdrückt. Obwohl sie angeblich auf Seiten der Beschäftigten steht, übte sie hinter den Kulissen Druck aus, sich mit Abfindungen zu bescheiden wie jüngst bei Boeing, oder brach den Streik wie etwa bei den Eisenbahnern. Bei der Palästina-Solidaritätsbewegung hingegen wurde nicht einmal versucht, sie für sich zu vereinnahmen. Biden, Lokalpolitiker der Demokratischen Partei und liberale Unipräsidenten versuchten, die Bewegung mit Nachrichtensperren, Versammlungsverboten und polizeilicher Repression zu zerschlagen.

[...] Die Linke, die NRO-Hauptamtlichen und die Gewerkschaftsfunktionäre haben im letzten Jahr den Großteil ihrer Zeit, ihres Geldes und ihrer Energie darauf verwendet, die Demokraten beim Wahlkampf zu unterstützen, statt sich für unsere Kämpfe um unsere Forderungen zu engagieren. Allein die Gewerkschaften haben schätzungs-

weise 43 Millionen Dollar allein für die Harris-Kampagne ausgegeben – und da sind noch nicht einmal all die bezahlten Organisatoren und ehrenamtlichen Mitarbeiter mitgezählt, die telefoniert, an Türen geklopft und Veranstaltungen organisiert haben, um für die Demokraten zu werben.

Natürlich kandidierten auch Vertreter:innen kleinerer Parteien in einzelnen Bundesstaaten, aber keine/r von ihnen war in relevanten sozialen Kräften verwurzelt und konnte die Linke und die Protestbewegungen für sich mobilisieren. Die einzige partielle Ausnahme war die Kandidatin der Grünen Partei Jill Stein, in Michigan, die palästinensische, arabische und muslimische Wählerstimmen erhielt. [...]

Aber ohne eine Linke [als reale Alternative] war die Wählerschaft gezwungen, zwischen einem kleineren Übel und einem größeren zu wählen. Diese „Wahl“ war so unattraktiv, dass trotz einer Rekordsumme von 18 Milliarden Dollar an Ausgaben 36 % der Wahlberechtigten nicht gewählt haben. Die meisten von ihnen waren Arbeiter:innen, Arme und überproportional viele People of Color.

Leugnen und Wunschenken

Trumps Wahlsieg wirft für die Liberalen und Linken viele Fragen nach den Ursachen auf. [...] Argumente, dass die Demokraten mit Sanders oder einem ähnlichen Kandidaten gewonnen hätten, sind wenig plausibel. In Wahrheit hätten das Establishment der Demokratischen Partei und ihre kapitalistischen Geldgeber eine solche Kandidatur nicht zugelassen.

Die Wahrheit ist, dass die Demokraten die etablierte Partei waren, die im Innern eine miserable Wirtschaftsbilanz vorzuweisen hat und im Ausland Kriege anzettelt. Dies erklärt die Stimmenzuwächse für Trump und die GOP. Auch ist es mitnichten so – wie manche liberale Kommentatoren behaupten –, dass das Land unverbesserlich rechts ist. Die Hälfte der Wählerschaft als eingefleischte Reaktionäre zu bezeichnen, erinnert an Hillary Clintons Verunglimpfung der Trump-Wähler als „eine Gruppe von Bedauernswerten“ und Bidens Bezeichnung als „Müll“.

Dieser Snobismus der liberalen Eliten offenbart nur, dass sie von den erbärmlichen Bedingungen, unter denen die Menschen der Arbeiterklasse in unserer Gesellschaft leben, keine Ahnung haben. Sie können nicht erklären, warum 36 % der überwiegend zur Arbeiterklasse gehörigen Menschen und unverhältnismäßig viele People of Color nicht gewählt haben, warum Menschen mit einem Einkommen von weniger als 100 000 Dollar zu Trump tendierten und vor allem, warum Harris' Unterstützung unter den ausgegrenzten Minderheiten tatsächlich abgenommen hat.

Zweifellos hat Trumps Intoleranz einen Teil seiner Wähler angesprochen, aber der Hauptgrund für seine Stimmengewinne und Harris' Verluste war das Versagen der Regierung Biden, die wirtschaftliche Lage der Menschen zu verbessern, während Trump behauptete, er sei dazu in der Lage, wie [die Mitbegründerin von #BlackLivesMatter] Keeanga-Yamahtta Taylor überzeugend darlegt. Die Krisen des Kapitalismus und die Unfähigkeit der Demokraten, sie zu lösen, und nicht die Wählerschaft waren für Trumps Sieg verantwortlich.

Der rechte Flügel der Demokratischen Partei wirft Harris vor, sich zu sehr auf die „political correctness“ kapriziert und damit angeblich bigotte Wähler abgeschreckt zu haben. In Wirklichkeit hat sie einen Anti-Woke-Wahlkampf geführt und es sorgfältig vermieden, sich von Trumps Intoleranz, besonders gegenüber LGBTI, abzugrenzen. Vielmehr hat sie sich den Rechten und den sogenannten „Moderaten“ angebedert und den repressiven Einwanderungsgesetzen, dem „law and order“-Prinzip und der Militarisierung Vorschub geleistet. Letztlich verwischte sie damit den Unterschied zu Trumps Positionen und stärkt ihn noch in seiner Intoleranz, anstatt sie zu bekämpfen.

Unterwürfigkeit statt Kritik

Die reformistische Linke hat sich im Wesentlichen auf fromme Ratschläge an die Demokraten beschränkt, in der Hoffnung, Gehör zu finden. Zu Recht haben sie Harris vorgeworfen ihre Wählerbasis zu ignorieren und sich der Rechten anzubiedern, um Wechselwähler:innen zu gewinnen. Die schärfste Kritik kam von Bernie Sanders, der Harris vorgeworfen hat, die Interessen der Arbeiterklasse zu ignorieren, weswegen die Demokraten nicht überrascht sein sollten, dass erst bei früheren Wahlen die weißen und jetzt viele schwarze und lateinamerikanische Arbeiter zu Trump übergelaufen seien.

Dies aus dem Munde von Sanders zu hören, mutet insofern seltsam an, als er Biden zuvor noch für seine „Fortschrittlichkeit“ und seine „großen Reformen“ für die Arbeiterklasse gelobt und Kamala Harris als „progressiv“ bezeichnet hat. Zudem liegt er falsch, da Trump nach wie vor nur eine Minderheit der Wählerstimmen aus der Arbeiterklasse gewonnen hat. Harris erzielte hingegen 54 % unter den gewerkschaftlich Organisierten, etwas mehr als Biden im Jahr 2020. Insofern ist es falsch zu behaupten, die multiethnische Arbeiterklasse sei zu Trump übergelaufen.

Die Behauptung, die Demokraten hätten die Arbeiterklasse „im Stich gelassen“, ist ebenfalls unwahr. Als

kapitalistische Partei haben sie nie die Arbeiter vertreten, sondern nur um deren Stimmen geworben. Soziale Reformen von ihrer Seite gab es nur, wenn – wie in den 1930er und 1960er Jahren – die Proteste von unten übermächtig wurden, und dann auch nur, um diesen Widerstand zu integrieren und die bestehende kapitalistische Ordnung zu erhalten. Insofern ist es bestenfalls naiv, von der Demokratischen Partei zu erwarten, dass sie Sanders' Rat annimmt.

Reformistische Linke wie Sanders konstruieren genau wie das liberale Establishment einen Gegensatz zwischen Identitätspolitik und Klassenpolitik. Sanders warnte, dass die Demokraten „sich nicht auf die Identitätspolitik fokussieren dürfen“, und der Gewerkschafter Dustin Guastella argumentiert, dass die Demokraten und die Linke im Allgemeinen sich auf Klassenfragen konzentrieren müssen und nicht auf Probleme der Unterdrückung.

Dies ist die absolut falsche Antwort auf die von Trump ausgehende Bedrohung. Er zielt darauf ab, die Arbeiterklasse zu spalten und zu erobern, und zwar genau dadurch, dass er unterdrückte Gruppen in unserer Klasse ins Visier nimmt. Es ist also falsch, dem Widerstand gegen die Unterdrückung keine Priorität einzuräumen. Diese muss vielmehr bekämpft werden, um die Arbeiter gegen unseren gemeinsamen Feind zu einen. Ökonomische Fragen und Aspekte der Unterdrückung ergänzen einander. Schwangerschaftsabbrüche kosten Geld. Geschlechtsangleichung kostet Geld. Sexismus am Arbeitsplatz senkt die Löhne von Frauen und Rassismus die der People of Color.

Und ganz offensichtlich führt die Kriminalisierung von migrantischen Beschäftigten dazu, dass diese nicht nur die Staatsbürgerschaft zweiter Klasse erhalten, sondern auch niedrige Löhne, keine Sozialleistungen und keine Rechtsmittel im Zivil- oder Arbeitsrecht. Und dieses niedrige Lohnniveau wird genutzt, um die Löhne aller Beschäftigten zu senken. Unsere alte Devise „Was einem schadet, schadet allen“ hatte erkannt, dass Ausbeutung und Unterdrückung miteinander zusammenhängen und das sollte die Linke heute mehr denn je bedenken.

aus: *Tempest* vom Dez. 2024

Übersetzung und Kürzung: MiWe





DEUTSCHLAND UNTERSTÜTZT DEN KRIEG GEGEN GAZA

Seit über einem Jahr führt Israel einen erbarmungslosen Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen und kann weiterhin auf die ungebrochene Unterstützung seitens der „westlichen Wertegemeinschaft“ bauen. So liefert Deutschland – an zweiter Stelle nach den USA – die meisten Waffen an Israel. Damit macht sich die deutsche Regierung moralisch wie auch nach internationalem Recht mitschuldig an diesem völkermörderischen Krieg. .

Als Internationalist:innen können wir hierzu nicht schweigen und bringen – neben einer Reihe anderer interessanter Beiträge zu diesem Konflikt – den diesbezüglichen „Offenen Brief an die deutsche Bundesregierung“ und unterstützen dessen Anliegen voll umfänglich.

Ein Dossier mit 6 Beiträgen

Die globale Rolle Israels am Beispiel Lateinamerikas
SEITE 28

Vom Sündenbock zum Liebling der Rechten
SEITE 34

Trumps offene Agenda
SEITE 37

Israelis zweiter Klasse
SEITE 40

Apartheid in Israel - Tabu in Deutschland?
SEITE 41

Schluss mit der Unterstützung des Völkermords
SEITE 45

DIE GLOBALE ROLLE ISRAELS AM BEISPIEL LATEINAMERIKAS

Unsere Autorin beleuchtet die Rolle Israels in der Welt im Hinblick auf die gegenwärtige Antisemitismus-Debatte **Neiden Levy**

1. Ausgangsposition

Unser Blick ist auf Grund des Attentats der Hamas am 07.10.2023, bei dem 1139 Menschen getötet („Israels scurity ...“ 2023) und 250 Geiseln entführt wurden, des Gaza-Krieges mit derzeit 42 000 Todesopfern, der Ausweitung des Krieges auf den Libanon und Iran und der Angst vor einem großen Krieg auf den Nahen Osten fixiert. Der Schock über diese Ereignisse verführt dazu, sie als einmalig, isoliert, frei von historischen Kontexten oder politischen Einordnungen zu beurteilen. Der immer wiederholte Satz: „Es gibt eine Zeit vor dem 7. Oktober und eine Zeit danach“ zeugt von dieser Wahrnehmung. In diesem Zusammenhang drängt sich unerbittlich die Schuldfrage auf, wer für das Attentat und den Gaza-Krieg verantwortlich ist.

Da diese Frage eine Liaison mit politischen Interessen eingeht, geht oftmals die Kontextualisierung der gegenwärtigen Ereignisse und systemische Einordnung verloren. Auch die „Antisemitismus-Debatte“, die aus der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk erwächst, unterliegt oftmals einer kontextverneinenden Wahrnehmung, die das Schuldeingeständnis gegenüber dem Holocaust mit der Loyalität gegenüber der israelischen Regierungspolitik vermischt und Antizionismus mit Antisemitismus verwechselt. Zum Zionismus existieren mehrere UN-Resolutionen, die Zionismus als eine Form des Rassismus definieren.

Um einer systemischen Analyse des gegenwärtigen Gaza-Krieges und einer begründeten Antisemitismus-Debatte näher und der Rolle Israels im Nahen Osten, aber auch in der Welt auf die Spur zu kommen, sollte man die Politik Israels einer kritischen Analyse unterziehen. Die

Untersuchungsmethode des Vergleichs ist dafür eine gute Grundlage. Darauf aufbauend sollte man sich die israelische Politik, nicht allein im Nahen Osten anschauen, sondern auch in anderen Regionen der Welt. Die Rolle Israels in Lateinamerika zum Beispiel ist weltweit weitgehend unbekannt. Der vorliegende Beitrag widmet sich deshalb dem Agieren Israels in Lateinamerika seit Beginn der 1970er Jahre bis heute. Der Beitrag soll Anstöße geben, daraus Rückschlüsse für die Einordnung des gegenwärtigen Gaza-Krieges und die heutige Antisemitismus-Debatte in Deutschland zu ziehen.

2. Die Stellvertreterfunktion Israels für die USA und Eigeninteressen in Lateinamerika

Es fällt auf, dass sich die außenpolitischen Positionen der Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten, die aus Mitte-Links-Regierungen besteht, in der Einschätzung des gegenwärtigen Gaza-Krieges und des Nah-Ost-Konfliktes von denen Israels und der westlichen Staaten deutlich unterscheiden. Das kommt im Abstimmungsverhalten in der UNO zum Ausdruck, wo sie für Resolutionen zur Verurteilung des Gaza-Krieges und für einen Waffenstillstand, Verhandlungen und das Ende der israelischen Besatzung in den palästinensischen Gebieten stimmten.

Auch wurden linke lateinamerikanische Regierungen wie die mexikanische, chilenische, kolumbianische und nikaraguanische Regierung vor den Weltgerichten IGH und IStGH aktiv, um Israel wegen „Völkermords“, „Kriegsverbrechen“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und die Unterstützerstaaten wie Deutschland wegen „Beihilfe zum Völkermord“ zu verurteilen. Einige lateinamerikanische Staaten riefen ihre Botschafter aus Israel zurück oder brachen die diplomatischen Beziehungen zu Israel ganz ab. Der Waffenhandel mit Israel wurde reduziert. Als Lösung des Nahostkonfliktes fordern lateinamerikanische Mitte-links Staaten die völkerrechtliche Anerkennung Palästinas als souveränen Staat und eine „Zwei-Staaten-Lösung“ nach der UN-Resolution von 1967. Die kontinentübergreifenden Protestwellen in Lateinamerika gegen den Gaza-Krieg verurteilen die Politik Israels und die seiner Unterstützer als „Verletzung des Völkerrechts“, als „Apartheid“ und „Kolonialismus“ und fordern von ihren Regierungen Sanktionen gegen Israel und die Unterbrechung aller wirtschaftlichen, politischen, militärischen und diplomatischen Kontakte mit dem Land.

Ganz anders handeln die rechten lateinamerikanischen Regierungen, die an der Seite Israels und des Westens das „Selbstverteidigungsrecht“ des Landes und die „Vernich-

tion der Hamas“ fordern und den Gaza-Krieg als angemessene Reaktion auf das Attentat der Hamas und die westlichen Waffenlieferungen an Israel unterstützen.

Eine wesentliche Grundlage für die Haltungen der Mitte-Links-Regierungen und der lateinamerikanischen Zivilgesellschaft ist, dass Israel in Lateinamerika mehrheitlich als Stellvertreter der USA nicht nur im Nahen Osten, sondern auch auf dem eigenen Kontinent wahrgenommen wird. Ausschlaggebend dafür sind die Erfahrungen mit der Kooperation Israels mit den USA, mit lateinamerikanischen Diktaturen und rechten pro-westlichen Regierungen. Der lateinamerikanische Kontinent diente Israel seit den 1970er Jahren als Unterpfand für die politisch-militärische Allianz mit den USA, als militärisches Experimentierfeld und Aufstandsbekämpfungs-Objekt (Rosas 2024). Außerdem nimmt Israel die Rolle einer Führungs- und Schutzmacht gegenüber den jüdischen Gemeinden in den lateinamerikanischen Ländern ein. Der Sprecher der Knesset Amir Ohman sagte im September 2024: „Für Israel und das jüdische Volk ist Lateinamerika von zentraler Bedeutung. Hunderttausende Juden leben in der Region...“ (Ohana 2024). Der Kontinent weist einen relativ hohen Anteil an jüdischer Bevölkerung auf, als deren Repräsentant sich Israel versteht. Ein Beispiel ist Argentinien, in dem schätzungsweise 300 000 bis 400 000 Juden leben (Nuñez Castellano y Malamud 2023), wovon 180 000 Mitglied der jüdischen Gemeinde sind, die die größte in Lateinamerika und die viertgrößte der Welt ist. In Brasilien existiert mit 120 000 Mitgliedern die zweitgrößte jüdische Gemeinde in Lateinamerika. Die jüdische Gemeinde in Kolumbien verfügt über 67 000 Mitglieder (Hirst et al. 2024).

Auch wenn es schon seit langem, besonders nach dem Holocaust, in Lateinamerika jüdische Migranten, Siedler und Gemeinschaftsprojekte gab, wie die Errichtung von Kibbuzim oder den Gründungsversuch eines jüdischen Siedlungsprojektes in Entre Rios in Argentinien, so bildete sich die geopolitische Rolle Israels in Lateinamerika erst ab den 1970er Jahre heraus. Alles begann damit, dass Israel für die USA in den 1970er bis 1990er Jahren als Waffenlieferant an die Diktaturen in Mittel- und Südamerika, z. B. nach Honduras, Guatemala, El Salvador, Chile und Argentinien, einsprang. Der US-Kongress sprach ein teilweises Lieferverbot von US-Waffen an lateinamerikanische Diktaturen aus. Z. B. kürzte der Kongress 1978 unter der Carter-Administration die Waffenlieferungen an Guatemala wegen der Verletzung der Menschenrechte (Alvarado Godoy 2009). Für Israel war die Übernahme

der US-Waffenlieferungen an die lateinamerikanischen Diktaturen ein gutes Geschäft, vor allem zur Beschaffung von Devisen. Gleichzeitig konnte Israel seine Juniorpartnerschaft gegenüber den USA unter Beweis stellen und die Hilfe im Nah-Ost-Konflikt ausgleichen. Dass Israel das Geschäft mit den Waffen ökonomisch zugutekam, beweist die Aussage eines israelischen Beraters: „Mich interessiert nicht, was die Nichtjuden mit den Waffen anstellen. Hauptsache ist, dass es den Juden zugutekommt“ (Shivone 2017).¹

Israel schickte an die rechten Militärregierungen die gewünschten Waffen, oft US-amerikanischer Herkunft, die dann gegen die lateinamerikanische Bevölkerung und Befreiungsbewegungen eingesetzt wurden. Außerdem war Lateinamerika eine Art Experimentierfeld für neue israelische Waffen. Ab 1985 lieferte es Drohnen und unbemannte Kampfflugzeuge nach Lateinamerika, um diese neuen Waffen auf dem Feld auszuprobieren. Israel stieg in dieser Zeit zum drittgrößten Waffenlieferanten ganz Lateinamerikas auf (Hashish 1986).

Israel lieferte aber nicht nur Waffen an lateinamerikanische Diktaturen, sondern auch Überwachungs- und Ausspähtechnik zur Kontrolle der Bevölkerung und der Aufständischen für die dortigen Todesschwadronen. Es beriet lateinamerikanische Diktaturen bei der Unterdrückung bis hin zur Vernichtung und Verschwindenlassen großer Bevölkerungsgruppen, insbesondere Indigener und Oppositioneller, und unterstützte rechte Staatsstreich. Das Zitat eines ehemaligen israelischen Soldaten in einer guatemalteckischen Zeitschrift macht dies deutlich: „Israel hat seinen Soldaten eine Ausbildung in der Kunst der Unterdrückung und in Methoden der kollektiven Bestrafung ermöglicht. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich einige dieser Offiziere nach ihrer Entlassung aus der Armee dafür entschieden, ihr Wissen in den Dienst von Diktatoren zu stellen, und dass diese Diktatoren sich freuen, israelische Experten zu empfangen.“ (Orantes 2023) Die israelische Militärdoktrin, die nach dem Prinzip der „massiven, unverhältnismäßigen Gewalt“ nach der „Dahiya-Doktrin“ vorging, hatte Einfluss auf Operationspläne der lateinamerikanischen Militärs und paramilitärischen Einheiten zur Unterdrückung und Vernichtung der widerständischen Bevölkerung. Die Doktrin besagt, dass Angriffe auf die Zivilgesellschaft und Infrastruktur das effektivste Mittel sind, um bewaffneten Widerstand abzuschrecken (Byman 2011). Die Dahiya-Doktrin Israels ergänzt somit die US-amerikanische „Monroe-Doktrin“, auf deren Grundlage die USA hunderte militärische Interventionen in latein-

amerikanischen Staaten zur Sicherung ihrer Einflusshäre durchführten und Diktatoren und rechte Regierungen in Lateinamerika an die Macht brachten.

3. Beispiele der Zusammenarbeit Israels mit lateinamerikanischen Militär-Diktaturen

Guatemala stand während der Militärdiktatur im Fokus der israelischen Lateinamerika-Politik. 1977 unterschrieben der guatemaltekeische Präsident Laugerud Garcia und der israelische Präsident Ephraim Katz ein „Abkommen über militärischen Beistand“ (Black et al. 1984). Kurz nach dem Kongressbeschluss in den USA 1978 zum Lieferverbot von US-Waffen nach Guatemala erhielt Guatemala 11 IAI Arava Flugzeuge, 10 Panzer RBY-MK und 15 Galil-Gewehre, Radarschirme und 120 Tonnen Munition und weitere Waffen aus Israel (Alvarado Godoy 2009). Der Staatsstreich von General Efraim Rios Montt in Guatemala am 23.3.1982 hatte mit der Hilfe von 300 israelischen Beratern stattgefunden (Hashish 1986). Welchen Einfluss Israel auf Guatemala hatte, wird durch die Aussage des Leiters des Generalstabs der guatemaltekeischen Armee unter der Diktatur von Ríos Montt, Héctor Mario López Fuentes, deutlich: „Israel ist unser wichtigster Waffenlieferant und Guatemalas größter Freund in der Welt.“ (Orantes 2023)

In Guatemala fand man in Israel entwickelte Datenbanken, in denen 80 Prozent der Bevölkerung verzeichnet waren, womit sich die „internationale Wahrheitskommission“ nach der Diktatur die hohe Anzahl der Tötungsdelikte während der Militärdiktatur erklärte (Memoria del silencio 2011). Der Journalist Dan Rather sagte in einem Interview: Die Israelis rieten dazu, „die Ureinwohner so zu behandeln, wie wir die Palästinenser behandeln: Vertraue keinem von ihnen.“ (Orantes 2023)

Die Untersuchungen der „internationalen Wahrheitskommission“ brachten die ausufernde Grausamkeit der guatemaltekeischen Militärs gegen die einheimische Bevölkerung ans Tageslicht. Ein Beispiel dafür ist das Massaker in dem guatemaltekeischen Dorf „Dos Erres“ im Distrikt Petén, in dem alle Einwohner auf brutale Weise getötet wurden. Zeugen, die sich als Kinder versteckt hatten, berichteten, dass die eindringenden Soldaten auf alle Bewohner schossen und denjenigen, die die Schüsse der Eindringenden überlebt hatten, die Schädel zerschmetterten. Die Kadaver wurden anschließend in den Dorfbrunnen geworfen (Koeppler 2011).

Während der sandinistischen Regierung in Nicaragua unterstützte Israel in den 1980er Jahren die Bildung und das Training von „Contra-Einheiten“ in Costa Rica unter

Luis Alberto Monge, die gegen die reguläre sandinistische Regierung vorgingen. Außerdem baute Israel Militärstützpunkte in Costa Rica und Honduras auf, in denen die „Contras“ trainiert wurden (Hashish 1986). Die Contras erhielten von Israel auch Waffen (25 Prozent), die von der PLO und der Hisbollah nach der Invasion 1982 im Libanon erbeutet wurden. Zur gleichen Zeit belieferte Israel den nikaraguanischen Diktator Somoza mit 14 Aravas-Kampflugzeugen, die zur Bombardierung der Bevölkerung von Managua, Leon, Matagalpa und anderen Städten eingesetzt wurden (Hashish 1986).

Israel unterhielt auch Beziehungen mit der argentinischen Militärdiktatur und schickte ihr Waffen und betrieb militärische Ausbildung (Salisbury-Corech 2016). Das Land war in den 1970er Jahren mit 29 Prozent des Außenhandels der zweitgrößte Handelspartner Argentiniens, wobei Waffenlieferungen einen besonders großen Posten einnahmen (Hashish 1986). Insbesondere gab es auf dem Gebiet der Luftwaffen eine enge Kooperation zwischen beiden Ländern (Stein 2013).

Aus einem durchgesickerten CIA-Report ging die enge Verbindung zwischen dem israelischen Geheimdienst Mossad und der argentinischen Armee hervor, die gemeinsam ein Konzept für die Bildung eines „vereinten anti-terroristischen Operationskommandos“ für die Militärdiktaturen in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, den „Plan Condor“, entwickelten (Hashish 1986). Zur gleichen Zeit baute der deutsche Alt-Nazi Walther Rauff im Dienste von Pinochet von der chilenischen Seite aus den „Plan Condor“ auf (Huisman). Ob der Mossad mit dieser Seite zusammenarbeitete, ist nicht bekannt.

Israel war auch einer der Hauptwaffenlieferanten der chilenischen Diktatur (Harvey 2012). Ende 1982 besuchte der Chef der israelischen Luftwaffe, General David Ivri, Chile, um drei Verträge über Waffenverkäufe abzuschließen. Israel lieferte dem chilenischen Geheimdienst DINA unter Pinochet technische Hilfe für Folter und Verschwindenlassen (Brown 2017). In der DINA arbeiteten zeitgleich auch deutsche Altnazis wie Walther Rauff und Christoff Willeke und entwickelten Pläne zum „Verschwindenlassen“ politischer Häftlinge bzw. überwachten deren Vernichtung in der Fischfabrik von Santiago und der Hundverbrennungsanlage von Santiago de Chile (Huisman 2023). Auch hier sind keine Verbindungen zwischen dem Mossad und der sog. „deutschen Truppe“ unter Pinochet bekannt, obwohl sie wie im Falle der Operation Condor zur gleichen Zeit mit dem gleichen Gegenstand beschäftigt waren.

Die Beziehungen der jüdischen Gemeinde in Chile zur Pinochet-Regierung waren eng und freundschaftlich. Pinochet besuchte an Jom Kippur die Synagoge von Santiago de Chile. Der Diktator nahm Juden wie den orthodoxen Wirtschaftswissenschaftler Sergio Melznick in seinen Beraterkreis auf (Stein 2013). Juden wurden unter Pinochet in der chilenischen Armee besonders gefördert. Das bekannteste Beispiel ist General José Berdichewsky, ein überzeugter Anhänger der Pinochet-Diktatur, der fließend Jiddisch sprach und in den 1970er-Jahren als Chiles Botschafter in Israel diente.

Andrerseits verfolgte und ermordete Pinochet auch chilenische Juden, die für die Allende-Regierung gearbeitet hatten. Viele der durch Pinochet verfolgten chilenischen Juden und deren Angehörige baten zu ihrem Schutz um Asyl in Israel und wurden dort auch aufgenommen, um in Sicherheit zu leben. Dies ist genau die widersprüchliche Politik Israels, das einerseits Diktaturen unterstützte, bei der Vernichtung der Gegner half und dann aber wieder die Verfolgten im eigenen Land aufnahm.

Die vor den Diktaturen nach Israel Geflohenen blieben zum Teil in Israel und haben sich organisiert, um von dort aus das Schicksal ihrer Verwandten und die Zusammenarbeit des Staates Israel mit den lateinamerikanischen Diktaturen in den 1970er und 1980er Jahren aufzuklären. Nach über 30 Jahren müssten die israelischen Archive nach internationalen Standards geöffnet werden, doch dies verhindert der israelische Staat und behandelt diese Causa als Staatsgeheimnis. Die Kooperation Israels mit den Diktaturen können vor allem durch Zeugenaussagen vor Menschenrechts- und Wahrheitskommissionen oder in wissenschaftlichen Studien nachvollzogen werden. Die lateinamerikanischen Opfergruppen in Israel kämpfen bis zum heutigen Tag um den Zugang zu den Akten.

Der Status Israels als Stellvertreter der USA war während der lateinamerikanischen Militärdiktaturen durch die Übernahme der Waffenverkäufe, aber auch durch die Beratung, das Training und die Lieferung von moderner Ausspähtechnik zur Bekämpfung und Vernichtung des Widerstandes in lateinamerikanischen Diktaturen im Sinne der Counterinsurgency-Strategie geprägt. Mit israelischer Hilfe sollte in Lateinamerika, ähnlich wie im Nahen Osten, einerseits die Hegemonie der USA erhalten und eine eigenständige, vom Westen unabhängige Entwicklung unterbunden und andererseits der Einfluss der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten über linke Parteien und Befreiungsbewegungen zurückgedrängt werden.

Israel war in Lateinamerika, wie im Nahen Osten, Teil des Nord-Südkonflikts, als auch Teil der Auseinandersetzung im Ost-West-Konflikt, was seine strategische Bedeutung für die USA ausmachte. In der *New York Times* vom 21.07.1983 stand: „Israel was assisting the United States in Central America (...) to oppose the Soviet Union, to combat reportet PLO support for Nicaragua, and to expand the market for Israeli arms.“ (Taubmann 1983) Der Journalist Abu Hashish schlussfolgerte deshalb, dass „das israelische Engagement in Lateinamerika ein fester Bestandteil der US-Globalstrategie (ist).“ (Hashish 1986) Doch man kann nicht sagen, dass Israel nur Stellvertreter der USA in Lateinamerika war, es entwickelte auch Eigeninteressen im Sinne von finanziellen Gewinnen, politischen Zuspruch durch die USA und Diktaturen und rechte Regierungen, die es in internationalen Organisationen wie der UNO in seiner Nah-Ost-Politik unterstützten.

4. Taktikwechsel der israelischen Lateinamerika-Politik

Nach der politischen Transition von den Militär-Diktaturen zu demokratischen Regimen in Südamerika in den 1980er Jahren blieben die langfristigen Verträge Israels mit lateinamerikanischen Regierungen, insbesondere über Waffenlieferungen gültig. Allerdings erlebte Israel infolge zweier „Rosa Wellen“ von Mitte-Links-Regierungen einen politischen Bedeutungsverlust, auch wenn die Waffenlieferungsverträge wie z. B. zwischen Israel und Chile, nach wie vor in Kraft sind. Die Protestbewegung gegen den Gaza-Krieg fordert von den Mitte-Links-Regierungen die Einstellung des Handels mit Israel, insbesondere der Waffenlieferungen. Dem kamen die chilenische und die kolumbianische Regierung teilweise nach.

Nun richtete Israel den Fokus seiner Einflussnahme auf die neoliberalen Verbündeten der USA und rückte Kolumbien in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit. Der kolumbianische Sicherheitsexperte Andrés Macías von der Externado-Universität in Kolumbien verwies auf die Geschichte der Beziehungen zwischen Israel und Kolumbien und sagte: „Israel war schon immer ein strategischer Verbündeter Kolumbiens in militärischen Angelegenheiten, insbesondere seit den 1990er Jahren.“ („Analistas advierten ...“ 2024).

Ähnlich wie bei den lateinamerikanischen Militärdiktaturen der 1970er und 1980er Jahre schickte Israel in größerem Umfang Waffen an rechte kolumbianische Regierungen, die mit Drogenkartellen in Verbindung standen, wie etwa an den ehemaligen Präsidenten Álvaro

Uribe (2002–2010). Im Jahr 2021 lieferte Israel Waffen im Wert von 10 Millionen US-Dollar an Kolumbien, was neun Prozent der israelischen Waffenexporte ausmachte (Escobar Fernández 2023). Kolumbien bekam insbesondere Kampfjets und Maschinengewehre („Formaliza Colombia ...“ 2024), die auch zur Bekämpfung von Drogenkriminalität eingesetzt wurden, aber dies war nicht ihr einziger Zweck. Unter den rechten kolumbianischen Regierungen wurden israelische Waffen zur Unterdrückung sozialer Bewegungen, im Kampf gegen die kolumbianische Guerilla und zur Ausrottung linker Parteien eingesetzt. Gleichzeitig dienten sie der Bewaffnung rechtsextremer paramilitärischer Gruppen („Solidaridad de ...“ 2023). Darüber hinaus hatte Kolumbien im Sinai ein Bataillon stationiert, das Teil der von Israel dominierten „Multinationalen Friedenstruppe“ im Sinai war. Zwischen Israel und Kolumbien wurde außerdem ein Freihandelsabkommen geschlossen, durch das ein intensiver Handelsaustausch in volkswirtschaftlich relevanten Gebieten erfolgte. Die Präsidentschaft des Linken Gustavo Petro schuf nun völlig neue Bedingungen für die kolumbianisch-israelischen Beziehungen, die sich im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg äußerst konfliktreich entwickelten, da Petro einer der konsequentesten Kritiker des Gaza-Krieges ist und die militärischen und politischen Beziehungen mit Israel stark einschränkte.

Als der rechtsextreme Präsident Javier Milei an die Macht kam, intensivierten sich die Beziehungen Israels zu Argentinien um ein Vielfaches und die außenpolitische und geopolitische Prioritätensetzung Israels in Lateinamerika verschob sich erneut, diesmal zugunsten Argentinien und Paraguays. Auch Paraguay hat einen rechten, US-freundlichen Präsidenten. Der Sprecher der israelischen Knesset besuchte Argentinien und Paraguay im September 2024, wo er die neue Prioritätensetzung Israels in Lateinamerika zum Ausdruck brachte: „Paraguay und Argentinien sind nicht nur Israels beste Freunde in Lateinamerika, sondern zählen auch zu unseren engsten Verbündeten weltweit.“ (Ohana 2024a) Israel eröffnete im September 2024 seine Botschaft in der Hauptstadt Paraguays Asunción und strebt eine enge Zusammenarbeit in den strategisch wichtigen Gebieten Wasser und Landwirtschaft an (Ohana 2024). Besonders eng sind die Beziehungen des ultrarechten argentinischen Präsidenten zu Israel, dem er als erstes Land nach seiner Amtseinführung mitten im Gaza-Krieg einen Staatsbesuch abstattete. Dort wurde er vom Staatsoberhaupt und dem Premierminister mit den höchsten Ehren empfangen, kündigte

die Verlegung der argentinischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem an und schloss mehrere Wirtschaftsverträge ab.

Was die politische und geopolitische Rolle Israels in Lateinamerika ergänzt, ist seine enge Verbindung zu den jüdischen Gemeinden in Lateinamerika. Über die jüdischen Gemeinden wird Israel seinem Vorsatz des Schutzes und der Sicherung jüdischen Lebens in der ganzen Welt gerecht. Allerdings beförderte Israel über die jüdischen Gemeinden seit den 1970er Jahren vor allem rechte und neoliberale Politiken. Die jüdischen Gemeinden stehen oft an der Seite rechter Präsidenten und Bewegungen. Beispiele sind die Kooperation der jüdischen Gemeinde mit Pinochet oder der argentinischen jüdischen Gemeinde mit dem gegenwärtigen ultrarechten Präsidenten Javier Milei, der zum jüdischen Glauben übertrat.

Die brasilianische jüdische Gemeinde baute eine Nähe zum ehemaligen rechten Präsidenten Jair Bolsonaro und evangelikalen Bewegungen auf und beteiligte sich an den Protesten gegen den linken Präsidenten Lula. Die Rechtsorientierung einiger jüdischer Gemeinden in Lateinamerika betrifft bei weitem nicht die gesamte jüdischstämmige Bevölkerung, die sich oftmals den pro-palästinensischen Protesten gegen den Gaza-Krieg anschließt.

5. Zusammenfassung

Man kann konstatieren, dass Israel seit den 1970er Jahren in Lateinamerika überwiegend eine Stellvertreterrolle für die USA bei der Bekämpfung von oppositionellen Bewegungen und linken Regierungen, die eine größere Unabhängigkeit von den USA anstreben, übernahm und dabei finanzielle Vorteile als auch Vorteile bei seiner Nah-Ost-Politik durch die Unterstützung westlicher Staaten und rechter lateinamerikanischer Regierungen erlangte, wie das z. B. im Abstimmungsverhalten vor der UNO im gegenwärtigen Gaza-Krieg-Krieg deutlich hervorgeht. In diesem Zusammenhang erhob Israel diejenigen lateinamerikanischen Länder zum Schwerpunkt, die durch Militärdiktaturen und rechte Regierungen repräsentiert wurden, eine hohe US-Affinität aufwiesen und einen unsozialen Neoliberalismus betrieben. Es unterstützte und beförderte Militärdiktaturen bei der Verfolgung und physischen Vernichtung seiner politischen Gegner und verletzte somit massiv die Menschenrechte auf einem anderen Kontinent. Somit lud Israel historische Verantwortung für die unter den Militärdiktaturen verübten Verbrechen in Lateinamerika auf sich.

Doch Israel war nicht nur Stellvertreter der USA, seine Rolle geht über diese Funktion hinaus. Israel verfolgt auch eigene Interessen in Lateinamerika. Es galt und gilt für lateinamerikanische Diktaturen und rechte Regierungen als Vorreiter im weltweiten „Kampf gegen den Terrorismus“ und Garant für eine wirksame „Sicherheitsstrategie“ von Diktaturen und neoliberalen Regierungen. Neben den finanziellen Einkünften aus dem Verkauf von Waffen und Know How zur Vernichtung der Opposition konnte Israel internationale Reputation unter lateinamerikanischen Diktaturen, neoliberalen Staaten und rechten Regierungen und deren Rückhalt in der Auseinandersetzung mit internationalen Menschenrechtsorganisationen und den UNO-Abstimmungen zur Verurteilung seiner Palästina- und Nah-Ost-Politik erlangen, wie es sich heute sehr deutlich im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg zeigt.

Aus den Erfahrungen der Komplizenschaft zwischen Israel und den USA bei der Eindämmung lateinamerikanischer Unabhängigkeitsbestrebungen und der Unterstützung Israels für lateinamerikanische Diktaturen und rechte Regierungen erwuchs für die lateinamerikanische Zivilgesellschaft und die Mitte-Links-Regierungen die Überzeugung, dass Israel als verlängerter Arm der USA agiert und die entgegengesetzte Seite des Strebens nach Unabhängigkeit und einer eigenen lateinamerikanischen Autonomie ist. Israel ist somit in der Wahrnehmung der Mitte-Links-Regierungen einer der wichtigsten Erfüllungsgehilfen für die Durchsetzung der hegemonialen und imperialen Interessen der USA, nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Lateinamerika, und begründet deren vom Westen abweichende Haltung im gegenwärtigen Gaza-Krieg.

Die offizielle Begründung für die Staatsräsion der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Israel und des vehementen Kampfes gegen Antisemitismus erwächst aus der Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk, die Deutschland für seine historische Schuld am Holocaust trägt, was wesentliche Grundlage für Rekonziliation, Frieden und Aufarbeitung der eigenen Geschichte sein soll. Alles bleibt aber unvollständig oder falsch, wenn das Schuldbekenntnis am Holocaust und der Kampf gegen Antisemitismus nicht mit der Aufdeckung der systemischen Ursachen für Holocaust und Antisemitismus in Verbindung gebracht werden.

Solange nicht rassistisches Denken, die Verachtung von Ethnien, Krieg und Völkermord als Mittel zur Machterhaltung und –erweiterung als die entscheidenden Ursachen für den Holocaust und Antisemitismus erkannt

und dessen Verurteilung überall auf der Welt eingefordert wird, egal von welcher Regierung oder Ethnie sie ausgehen, solange wird man genau die Phänomene, die jetzt Deutschland in seine historische Verantwortung nimmt, nicht verhindern können. Doch genau diese Sichtweise, könnte die Anwendung von Gewalt im internationalen Agieren der USA und Israels in Frage stellen, mit denen Deutschland ein strategisches Bündnis einging. Somit stehen politische Interessen einer echten Analyse der Politik der israelischen Regierung und seiner Rolle in der Welt im Wege.

Benutzte Literatur:

Alvarado Godoy, Percy Francisco (2009): No es casual la presencia del MOSSAD en Honduras. Octubre 2009; <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=93190><http://www.rebelion.org/noticia.php?id=93190>.

“Analistas advierten afectaciones por suspensión de compra de armas a Israel.“ (2024) El Heraldo, 01.03.2024, <https://www.elheraldo.co/colombia/analistas-advierten-afectaciones-por-suspension-de-compra-de-armas-israel-1075001>.

Byman, Daniel (2011): A High Price: the Triumphs and Failures of Israeli Counterterrorism: 362-382.

Black, George; Jamail Milton y Norma Stoltz Chinchilla (1984): Garrison Guatemala. Nueva York: Monthly Review Press, 1984: 154-155.

Brown, John (2017): Investigate Israeli Complicity With Pinochet's Crimes. LobeLog, 04.03.2017. <https://lobelog.com/investigate-israeli-complicity-with-pinochets-crimes/>.

Escobar Fernández, Juan (2023): Tensión entre Gustavo Petro e Israel hará que Colombia deje de recibir más de USD10 millones para seguridad. Infobae, 15.10.2023. <https://www.infobae.com/colombia/2023/10/15/tension-entre-gustavo-petro-e-israel-hara-que-colombia-dejare-de-recibir-mas-de-usd10-millones-para-seguridad/>.

“Formaliza Colombia ruptura de relaciones con Israel.” La Jornada, 03.05.2024. <https://www.jornada.com.mx/noticia/2024/05/03/mundo/formaliza-colombia-ruptura-de-relaciones-con-israel-142>.

Hashish, Abu (1986): Das Geschäft mit dem Tod. Social History Portal, 1986. https://socialhistoryportal.org/sites/default/files/raf/0119860600_02_0.pdf.

Hirst, Monika; Tokliatjan, Juan Gabriel; González González, Guadalupe; Luján, Carlos und Carlos Romero (2023): Spirale der Frustration. IPG, 02.11.2023. <https://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/spirale-der-frustration-7096/>.

Huisman, Wilfried (2023): Pinochets deutscher Pate. Tagesschau exklusiv, 03.09.2023. <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/chile-pinochet-diktatur-nazis-rauff-100.html>

“Israels security data reveals true of picture of Oct.7 deaths.” (2023) France 24, 15.12.2023. <https://www.france24.com/en/live-news/20231215-israel-social-security-data-reveals-true-picture-of-oct-7-deaths>.

Koeppler, Toni (2011): Nach 30 Jahren vor Gericht. Taz, 25.07.2011.

Memoria del silencio (2011): Comisión para el Enlucimiento Histórico. 20.06.2011.

Núñez Castellano, Rogelio y Carlos Malamud (2023): América Latina y la crisis de Gaza. Real Instituto Elcano, 24 de octubre de 2023. <https://www.realinstitutoelcano.org/es/analisis/america-latina-y-la-crisis-de-gaza/>.

Ohana, Amir (2024): Israel's Parliamentary Diplomacy with Latin America. The National Interest, 21.09.2024. <https://nationalinterest.org/feature/israel%E2%80%99s-parliamentary-diplomacy-latin-america-212884>.

Ohana, Amir (2024a): A proactive approach to Latin America antisemitism after October 7 – opinion. The Jerusalem Post, 21. September 2024. <https://www.jpost.com/opinion/article-820944>

Orantes, Orlando (2023): Una amistad que perdura: las relaciones históricas entre Guatemala e Israel. El Salto Diario, 27 de diciembre de 2023. <https://www.elsaltodiario.com/revista-pueblos/una-amistad-perdura-relaciones-historicas-guatemala-israel>.

Rosas, Paula (2024): Qué países han tomado acciones concretas para presionar a Israel a que detenga su ofensiva en Gaza. La Nación, 06.05.2024. <https://www.lanacion.com.ar/el-mundo/que-paises-han-tomado-acciones-concretas-para-presionar-a-israel-a-que-detenga-su-ofensiva-en-gaza-nid06052024/>.

Salisbury-Corech, Michael (2016): Israelis demand State open up past ties to Argentine junta. +972 Magazine, 22.03.2016. <https://www.972mag.com/israelis-demand-state-opens-up-past-ties-to-argentine-junta/>.

Schivone, Gabriel (2017): Israel's shadowy role in Guatemala's dirty war. Januar 2017. <https://electronicintifada.net/content/israel-shadows-role-guatemalas-dirty-war/19286>.

Stein, Hannes (2013): Der Diktator und die Juden. Jüdische Allgemeine, 23.09.2013. <https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/der-diktator-und-die-juden/>.

Taubmann, Philip (1983): Israel said to aid latin aims of U.S., New York Times (NYT) 21.7.1983. https://socialhistoryportal.org/sites/default/files/raf/0119860600_02_0.pdf.

Endnoten

1 Originaltext: "No me importa lo que los gentiles hagan con las armas. Lo principal es que los judios se benefician" (Shivone 2017).

VOM SÜNDENBOCK ZUM LIEBLING DER RECHTEN

Die Beschwörung angeblicher „Pogrome“ und „Judenjagden“ soll die Realität verschleiern und eine Massenhysterie erzeugen, um eine rechtsextreme Agenda zu bedienen. **Em Hilton**

„Morgen vor 86 Jahren war die Kristallnacht, als Juden auf europäischem Boden angegriffen wurden, weil sie Juden waren. Dies hat sich nun wiederholt; wir haben es gestern in den Straßen von Amsterdam erlebt. Es gibt nur einen Unterschied: In der Zwischenzeit ist der jüdische Staat gegründet worden. Wir müssen dies zur Kenntnis nehmen.“

Diese Erklärung des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu zu den Unruhen und der Gewalt rund um das Fußballspiel zwischen Maccabi Tel Aviv und Ajax in der vergangenen Woche ist eine grobe Verdrehung der Tatsachen. Die Ereignisse begannen bereits vor dem Spiel, als Fans des israelischen Vereins durch die Stadt zogen, palästinensische Flaggen von den Wohnungsfenstern rissen, einen Taxifahrer angriffen und skandierten: „Lasst die IDF gewinnen und fickt die Araber“ (bei ihrer Rückkehr nach Israel wurden sie auch dabei gefilmt, wie sie skandierten: „Warum ist in Gaza schulfrei? Weil es dort keine Kinder mehr gibt“). Nach dem Spiel am Donnerstagabend wurden Maccabi-Fans von Einheimischen wiederholt angegriffen, wobei einige palästinensische Flaggen trugen und pro-palästinensische Parolen riefen. Dabei wurden bis zu 30 Menschen verletzt und fünf ins Krankenhaus eingeliefert.

Viele bekannte Medien und Regierungen übernahmen eifertig die Version, dass es sich bei den Unruhen um einen eindeutigen Fall von antisemitischer Gewalt handelte. Der israelische Präsident Isaac Herzog bezeichnete die Unruhen umgehend als „Pogrom“. Geert Wilders, Vorsitzender der rechtsextremen Partei für die Freiheit, der derzeit größten Partei im niederländischen Parlament, be-

zeichnete sie als „Judenjagd“. Der niederländische König sagte zu Herzog: „Wir haben die jüdische Gemeinde der Niederlande während des Zweiten Weltkriegs im Stich gelassen, und letzte Nacht haben wir erneut versagt.“

In den sozialen Medien wurden denkbar absurde Parallelen gezogen, etwa Fotomontagen von Anne Frank in einem Trikot von Maccabi Tel Aviv, in denen das Gedenken an die Verfolgung der Juden durch die Nazis und ihre Verbündeten auf ein finsternes Niveau herabgewürdigt wurde. Eine bittere Ironie, dass diese Ereignisse den eigentlichen Jahrestag der Kristallnacht überschatten, wo die Folgen rassistischer, staatlich unterstützter Gewalt gerade so aktuell sind.

Nach dem 7. Oktober haben Forscher:innen zu den Themen Antisemitismus, Völkermord und jüdische Geschichte davor gewarnt, wie besonders traumatische Ereignisse in der jüdischen Geschichte heraufbeschworen werden, um Israels Angriff auf den Gazastreifen zu legitimieren und gegen Kritiker vorzugehen. Wie der Antisemitismusforscher Brendan McGeever klar und deutlich formulierte, war der Vorfall in Amsterdam, obwohl er brutal und beunruhigend war, kein Pogrom, nämlich ein Angriff auf eine unterdrückte Gruppe mit staatlicher Unterstützung. Die Verwendung dieses und ähnlicher Begriffe im Gefolge dieser Gewalttaten diene nur dazu, die Realität der Ereignisse zu verschleiern und eine Massenhysterie zu erzeugen.

Dies ist natürlich eine gängige Taktik der Rechtsextremen: Chaos und Angst zu erzeugen, um ihr Weltbild zu untermauern. Das Verschweigen der rassistischen Gewalt der Fans von Maccabi Tel Aviv durch die ignorante Berichterstattung der meisten Mainstream-Medien hat dies bloß noch weiter forciert. In einer Zeit, in der echter Antisemitismus auf dem Vormarsch ist und sich jüdische Menschen auf der ganzen Welt besonders bedroht fühlen, ist diese Instrumentalisierung jüdischer Angst besonders fatal.

Nach diesen Ereignissen und dem daraus folgenden Diskurs stellt sich die Frage, was damit politisch bezweckt werden soll. Es liegt sicherlich im Interesse der israelischen Regierung, die Gewalt als bloße Ausgeburt eines antijüdischen Rassismus darzustellen und so jedweden Zusammenhang mit dem völkermörderischen Krieg in Gaza zu bestreiten. Die israelische Führung ist wild entschlossen, die zionistische Lesart zu bedienen, dass Israel der einzige sichere Ort für Juden ist und Muslime und Araber eine existenzielle Bedrohung für uns darstellen, wo auch immer wir sind. Sie wollen unsere Angst schüren, um uns

bei der Stange zu halten – wie sonst wollen sie weiterhin Stimmung für den Krieg erzeugen?

Je länger der Krieg gegen den Gazastreifen andauert, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Feindseligkeit gegenüber Israelis im Ausland weiterhin zu Gewalt führt und die israelfeindliche Stimmung in Antisemitismus umschlägt. Dies haben wir in Amsterdam gesehen, als Menschen bei Angriffen auf Maccabi-Fans „kanker jood“ (jüdisches Krebsgeschwür) riefen.

An diesem Beispiel wird erschreckend klar, dass Israel entgegen allen ständigen Behauptungen keine Antwort auf die Frage nach der Sicherheit der Juden darstellt. Wenn Israel laufend erklärt, dass es für die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung Krieg gegen die Palästinenser führt, und dabei die uneingeschränkte Unterstützung prominenter jüdischer Organisationen in aller Welt genießt, ist wohl kaum zu vermeiden, dass die Feindschaft gegen Israel in Antisemitismus umschlagen wird. Darüber hinaus hat das Fehlverhalten der internationalen Gemeinschaft, Israel nicht zur Verantwortung zu ziehen, Verschwörungstheorien über die Macht des Judentums weiter befördert und so von den Mechanismen des westlichen Imperialismus abgelenkt.

Das macht Gewalt gegen Juden aus Wut gegen Israel nicht akzeptabel – ganz im Gegenteil. Aber um sie zu bekämpfen, müssen wir erkennen, dass Israels Politik die Sicherheit der Juden auf der ganzen Welt untergräbt, und versuchen, Distanz zwischen der jüdischen Diaspora und den Machenschaften eines unserer Sicherheit gegenüber völlig gleichgültigen Nationalstaates zu schaffen.

Handlanger der extremen Rechten

Der Kern des Problems wird noch immer nicht erkannt. Wir schreiben nicht das Jahr 1938, sondern das Jahr 2024. Was in Amsterdam geschah, hat wenig mit Antisemitismus zu tun, sondern mit Islamophobie und Rassismus, die in Europa grassieren. Die hässliche Wahrheit ist, dass weniger als ein Jahrhundert, nachdem die Juden von den Nazis und ihren Verbündeten in ganz Europa gejagt und ausgerottet wurden, die angebliche Sorge um die Sicherheit der Juden nun die Ambitionen der extremen Rechten befördert, die unsere Ängste für ihre Jagd auf Muslime, Araber und Migrant:innen aus dem globalen Süden instrumentalisieren.

Diese reaktionären politischen Bestrebungen sind seit dem 7. Oktober in vollem Gange und werden durch die von der israelischen Staatsspitze und rechten jüdischen Organisationen auf der ganzen Welt verbreitete

Behauptung gerechtfertigt, dass die Unterstützung Palästinas eine direkte Bedrohung für die Sicherheit und das Wohlergehen der Juden darstellt. Die Reaktion der niederländischen Behörden auf die Ereignisse der vergangenen Woche ist in dieser Hinsicht alarmierend: Wilders bezeichnete Amsterdam als „das Gaza Europas“ und schwor, „Marokkaner, die Juden vernichten wollen“, zu deportieren. Und er steht damit nicht allein: Die gesamte niederländische Regierung erwägt, Doppelstaatlern, die wegen „Antisemitismus“ verurteilt wurden, die Staatsbürgerschaft zu entziehen.

Solche Tendenzen sind die logische Folge der Hetze gegen Israel-Kritiker, die seit einem Jahr entfacht wird. Von der Verleumdung der pro-palästinensischen Proteste als „Hassmärsche“ und der Panikmache wegen angeblicher „No-Go-Zonen“ für Juden bis hin zur polizeilichen Repression und Verhaftung friedlicher Demonstranten erleben wir, wie Antizionismus als terroristisch und europafeindlich abgestempelt wird. Die „Bekämpfung des Antisemitismus“ wird immer mehr zum Synonym für autoritäre Tendenzen, auch um Minderheiten zu diskriminieren und zu verfolgen.

Immer häufiger wird seither der europäische Nationalismus beschworen, um die Bekämpfung des Antisemitismus mit einer fremden- und migrationsfeindlichen Agenda zu verbinden. In Frankreich beispielsweise wurde der erste „Marsch gegen Antisemitismus und für die Republik“ von der Führerin des Rassemblement National, Marine Le Pen, angeführt. Auf ihren Druck hin verabschiedete die französische Regierung drakonische Einwanderungsgesetze, die sich besonders gegen People of Color richten. Einst als Staatsfeinde verfolgt, sind Juden nun zu einer Vorzeigminderheit geworden, in deren Namen Frankreich muslimische Gemeinden ausgrenzt und attackiert.

Ähnliche politische Veränderungen haben in Großbritannien stattgefunden, wo die Ereignisse des letzten Jahres zu einem neuen Narrativ geführt haben, in dem die Unterstützung der jüdischen Gemeinde als „very British“ innerhalb der politischen Elite aufgewertet wurde, während die Unterstützung Palästinas als typisch ausländisch gilt. Einwanderungs- und Anti-Terror-Gesetze dienen dazu, Unterstützer Palästinas ins Visier zu nehmen; in einem Fall griff ein ehemaliger Minister der Tories persönlich in das Verfahren ein, um einem ausländischen Studenten, der auf einer Pro-Palästina-Demonstration gesprochen hat, das Visum zu entziehen. Und im August riefen Rechtsextremisten wie Tommy Robinson zu rassistischen

Krawallen im Vereinigten Königreich auf und forderten, dass die Straßen von der „ Hamas“ zurückerobert werden müssten.

In der BRD wurden pro-palästinensische Demonstrationen verboten und von der Polizei mit äußerster Gewalt aufgelöst, wobei auch gegen deutsche Juden und Israelis, die gegen Israels Vorgehen in Gaza protestieren, vorgegangen wird. Erst vor zwei Wochen verabschiedete der Bundestag eine umstrittene Entschliebung zum Antisemitismus, [...] mit der allen Organisationen, die zum Boykott Israels aufrufen, die staatliche Förderung gestrichen werden soll. Ein weiteres Gesetz, das Anfang des Jahres [in Teilen der BRD] verabschiedet wurde, verlangt von Einbürgerungswilligen, dass sie zuvor das „Existenzrecht Israels“ anerkennen.

Von Netanjahu und Wilders bis hin zu Robinson und Le Pen – überall bedient sich die extreme Rechte der Juden als Fußsoldaten in ihrem Krieg gegen die, die sie am meisten verachten. Dabei werden zunehmend die Grenzen zwischen Antisemitismus und Antizionismus verwischt. Diesen Tendenzen müssen wir uns widersetzen und gleichzeitig an der Seite der jüdischen Gemeinden gegen die durchaus reale Bedrohung durch den wachsenden Antisemitismus stehen.

Aber gerade Juden sollten sich daran erinnern, dass die extreme Rechte nicht unsere Verbündete ist. Auch wenn wir gegenwärtig nicht in ihrem Visier stehen, hat Antisemitismus schon immer den Nationalismus und das Vorherrschaftsdenken der Weißen geschürt. Wenn wir zulassen, dass unsere Ängste als Juden gegen andere Minderheiten instrumentalisiert werden, erhöht das nur unsere Unsicherheit. Wir müssen dringend nach neuen Wegen für unsere Sicherheit suchen, und zwar in Solidarität mit anderen Minderheiten und nicht gegen sie.

Linke jüdische Organisationen wie Oy Vey Amsterdam, der Jewish Bloc in London, Jews for Racial and Economic Justice in New York und viele andere stehen hierbei an der Spitze und bilden solidarische Bündnisse, die als Inspiration für andere dienen können. Es ist beunruhigend, dass diese Bestrebungen vom jüdischen Establishment rundweg denunziert werden.

Daneben müssen wir uns damit auseinandersetzen, dass es bei der Unterstützung Israels in Europa angesichts von mehr als 400 Tagen Völkermord, Zerstörung und Vernichtung durch das israelische Militär in Gaza letztlich darum geht, die Interessen der extremen Rechten in den jeweiligen Ländern zu bedienen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Unruhen in Amsterdam umgedeutet werden,

um die herrschende Islamophobie und die zunehmende Fremdenfeindlichkeit der extremen Rechten zu stärken.

Em Hilton ist eine jüdische Schriftstellerin und Aktivistin gegen die israelische Besatzungspolitik. Sie lebt in London und Tel Aviv.

aus: +972 Magazine vom 15. November 2024

Übersetzung: MiWe

TRUMPS OFFENE AGENDA

Die Nahost-Berater von Donald Trump lassen keine Zweifel an ihren Vorhaben, was die Annexion weiterer palästinensischer Gebiete durch Israel und die künftige Stellung der UNRWA angeht. Widerstand durch die Demokratische Partei müssen sie dabei kaum befürchten. Interview von *972 Magazine* mit **Lara Friedman**, Vorsitzende der Foundation for Middle East Peace und langjährige Expertin für Israel und den Nahen Osten über die Aussichten nach den US-Wahlen. **Jonathan Adler**

Welche Schlüsse ziehen Sie aus den Wahlergebnissen der letzten Woche?

Dies war offensichtlich eine Gelegenheit zur Abrechnung mit den Demokraten, und der Krieg in Gaza hat eine Rolle dabei gespielt. Wenn man sich zum Beispiel Senator Casey in Pennsylvania ansieht, der weniger Stimmen verloren hat, als auf den Kandidaten der Grünen Partei, einen palästinensischen Amerikaner, entfielen, dann ist allein dieses Wahlverhalten eindeutig von Gaza beeinflusst. Ganz offensichtlich hat sich die Zahl der Nichtwähler noch stärker ausgewirkt. Bei der sonst üblichen Wahlbeteiligung

hätte [der Ärger über die Gazapolitik] wahrscheinlich keine Rolle gespielt. Der prozentuale Stimmenanteil der Grünen ist nicht größer als in den Vorjahren. Aber in diesem Jahr hatte es einen definitiven Einfluss.

Wir warten noch auf die endgültigen Zahlen, aber ich denke, die Wahlbeteiligung ist ein wichtiger Faktor. Die Demokratische Partei ging fälschlicherweise davon aus, dass die Wahlbeteiligung ähnlich hoch sein würde wie bei der letzten Biden-Wahl, als ihre Basis voller Energie steckte. Die Desillusionierung dieser Basis ist auch auf die Gaza-Politik zurückzuführen: der Zynismus, das Gefühl, dass „diese Partei sich nicht um uns kümmert und uns nicht vertritt“. Viele Menschen sind entweder nicht zur Wahl gegangen, haben einen Kandidaten einer anderen Partei gewählt oder haben für Trump gestimmt. Und wir haben klare Beweise dafür, wo die Demokraten bei den Wahlen besser abgeschnitten haben als Harris: [in Michigan], einem Bundesstaat, in dem Harris verlor, aber Rashida Tlaib gewann, oder [in Minnesota], wo Harris schlechter abschnitt als Ilhan Omar. [...]

Sogar [die Abgeordnete Elissa] Slotkin, eine Jüdin, gewann einen Senatssitz in Michigan, während Harris dort verlor. Niemand kann also behaupten, dass es hier um Antisemitismus geht. Und Slotkin hat sich von Harris unterschieden: Sie hat in Worten ihr Mitgefühl, Empathie und Sorge für die Palästinenser zum Ausdruck gebracht. Auch wenn sie nicht so weit ging, wie einige von uns es sich gewünscht hätten, sagten sich die Wähler offensichtlich: „Ich glaube Ihnen, ich glaube, Sie sorgen sich wirklich.“ Und das macht einen Unterschied. [...]

Ich möchte von den Wahlergebnissen zu der Frage übergehen, was uns erwartet, wenn Trump im Januar sein Amt antritt. Könnten Sie zunächst die voraussichtlichen politischen Prioritäten einer zweiten Trump-Regierung gegenüber Israel-Palästina skizzieren?

Israel-Palästina war für Trump persönlich nie ein zentrales Thema, aber es ist ein zentrales Thema für eine Reihe von Menschen, denen er sich verantwortlich fühlt oder die ihm am Herzen liegen – angefangen bei Miriam Adelson, die eine seiner wichtigsten Spenderinnen war.

Man muss sich anschauen, was von der Agenda [der ersten Trump-Regierung] offen geblieben ist. Die Wahl von Mike Huckabee zum Botschafter in Israel [der leugnet, dass Israel das Westjordanland überhaupt besetzt] beweist, dass Trump die Träume messianisch-zionistischer Juden und evangelikaler Christen von einem „Groß-Israel“ vor-

antreiben und umsetzen will. Haaretz zitiert Hagit Ofran von Peace Now mit der Aussage, dass es noch vor der Amtseinführung neue Siedlungen in Gaza geben werde.

Ich glaube, dass „Groß-Israel“ jetzt auf der politischen Tagesordnung steht. Schon jetzt ist die Rede von Israels Recht, Gebiete zu annektieren, die zur Selbstverteidigung eingenommen wurden, was natürlich ein kompletter Verstoß gegen das internationale Recht ist. Mit dieser Argumentation erkannte [die erste Trump-Regierung] Israels Annexion der Golanhöhen an und ich denke, das wird auch auf Gaza zutreffen. Auch die Annexion des Westjordanlandes und von Teilen des Libanon stehen m. E. auf der Tagesordnung. Man muss ihnen nur zuhören ...

Eugene Kontorovich [vom berüchtigten konservativen israelischen Think-Tank Kohelet Policy Forum] präsentierte seine Vorstellungen, was die Trump-Regierung tun sollte, um all die „Verfehlungen“ von Biden rückgängig zu machen – angefangen mit der Beendigung der Sanktionen gegen Siedler, die sie als eine Form von BDS betrachten. Da gibt man im Grunde dem Siedlerterrorismus grünes Licht. Außerdem fordert Kontorovich, dass Trump die ethnische Säuberung im Gazastreifen aktiv unterstützt, indem er ihnen hilft, aus dem Kriegsgebiet zu fliehen. Trump müsse die Grenze zum Gazastreifen genauso behandeln, wie Biden die Grenze zu Mexiko behandelt hat, nämlich als eine angeblich offene Grenze. Man sollte also Ägypten zwingen, die Grenze zum Gazastreifen zu öffnen, und dann Anreize schaffen oder die Menschen zwingen, die Grenze zu überqueren und ein für alle Mal fortzugehen.

Wenn man sich die jüdisch-amerikanischen Gruppen anschaut, steht auf fast allen ihren Wunschlisten die [gesetzliche Verankerung der] IHRA-Definition [von Antisemitismus] ganz oben. Ihnen geht es bekanntlich darum, Kritik an Israel und dem Zionismus zu kriminalisieren, insbesondere – aber nicht nur – an den Universitäten. Und dieser Punkt steht im Kongress bereits auf der Tagesordnung, und zwar weitgehend parteiübergreifend: Die Republikaner preschen vor, aber die Demokraten tun nichts, um dies zu verhindern. Sie tragen es meist sogar mit, denn wer will nicht für die Bekämpfung des Antisemitismus sein, selbst wenn das jetzt nur eine Umschreibung für die Unterdrückung der Rede-, Gedanken- und Wissenschaftsfreiheit ist.

Trump wird m. E. alles zurücknehmen, was in irgendeiner Weise als anti-israelisch an Bidens Politik verstanden werden könnte, was bedeutet, dass Israel alle gewünschten Waffen bekommt, Annexionen und die Fortsetzung des

Krieges bis zum „Sieg“ anstelle eines Waffenstillstands. Man kann darüber spekulieren, ob es Grenzen geben wird, weil Trump die USA nicht in fremde Kriege verwickeln möchte, oder weil er sich über das Auftreten von Netanjahu ärgert. Das mag alles wahr sein, aber für mich wiegt schwerer, was seine Berater sagen, nämlich, dass „Israels Politik auch unsere Politik ist und es keinen Unterschied geben darf“.

Die große Frage für mich ist der Iran, nämlich ob ein Präsident, der auch darum gewählt wurde, um nicht in ausländische Kriege verwickelt zu werden, am Ende von seinen eigenen Beratern und von Netanjahu in einen Krieg mit dem Iran hineingezogen wird, was ich für sehr wahrscheinlich halte.

Wie Sie gesagt haben, widerlegt die bedingungslose Unterstützung, die Israel unter Biden erhalten hat, all diese Argumente, mit denen Leute wie Kontorovich die Biden-Politik als irgendwie „anti-israelisch“ darstellen. Dient in Ihren Augen die bedingungslose Unterstützung Bidens für Israels Krieg in Gaza und jetzt im Libanon ohne irgendwelche „rote Linien“ als Wegbereiter für die Aushöhung internationalen Rechts, der Institutionen und der Diplomatie durch die Trump-Regierung?

Zweifellos. Die Demokraten sind – im Einklang mit den Republikanern – bereits dabei, den Internationalen Strafgerichtshof zu sanktionieren, die Mission des UNRWA zu beenden und Israel über das internationale Recht zu stellen, damit es nicht für seine Taten zur Rechenschaft gezogen werden kann. Vielleicht werden sich unter Trump mehr Demokraten dagegen stellen – was ihnen zu Recht seitens der Republikaner den Vorwurf der Heuchelei bescheren würde. Aber warum sollten Leute plötzlich Rückgrat zeigen, wenn sie bisher keines hatten?

[Ein aktuelles Beispiel für die verlogene Politik der Biden-Regierung: Sie hatte Israel Mitte Oktober aufgefordert, die humanitäre Lage im Gazastreifen innerhalb von 30 Tagen erheblich zu verbessern und bspw. die tägliche Einfahrt von mindestens 350 Lastwagen in den Gazastreifen und eine Kampfpause für die Lieferung von Hilfsgütern gefordert. Auch war die Aufhebung von Evakuierungsbefehlen für palästinensische Zivilisten Bedingung des Ultimatums. Andernfalls drohe ein Verstoß gegen US-Gesetze zur militärischen Unterstützung – was auch die amerikanische Militärhilfe für Israel gefährdet hätte. Keiner dieser Forderungen ist Israel nachgekommen und trotz der katastrophalen humanitären Lage im Gazastreifen

will die US-Regierung weiterhin uneingeschränkte militärische Unterstützung an Israel leisten. (Anm. d. Übers.)]

Kontorovich fordert übrigens nicht nur die Beendigung der UNRWA-Mission, sondern auch, dass die US-Regierung die diplomatische Immunität des Hilfswerks aufhebt, so dass Israel UNRWA-Mitarbeiter wegen Terrorismus verklagen kann. Wenn Menschen, die für die UNO arbeiten, von einzelnen Staaten wegen Terrorismus verklagt werden können, weil sie die humanitäre Arbeit ihrer Organisation geleistet haben, ist dies das Ende des UN-Systems. Wenn Israel die Menschen in den UNRWA-Konvois nach Belieben bombardieren kann, kann dort niemand mehr arbeiten.

Am 4. November schrieben Senator Cruz und zehn weitere Republikaner im Senat, die alle im nächsten Jahr [im Kongress] sitzen werden, einen Brief als Reaktion auf die Bemühungen, Israel wegen systematischer Verletzung des Völkerrechts, Verletzung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und Völkermordes von der UN-Generalversammlung auszuschließen. Sie sagen im Grunde, dass wir, wenn die Palästinenser dies verfolgen, alle möglichen Sanktionen gegen die Palästinenser und alle Staaten oder Organisationen, die mit ihnen zusammenarbeiten, zur Anwendung bringen werden. Im Grunde wird damit nicht nur das Osloer Abkommen getilgt, sondern werden wir in die Zeit vor Madrid [1991] zurückversetzt, als die USA jede Form von palästinensischer Organisation oder damit zusammenhängender politischer Aktivitäten als Terrorismus ansehen.

Und ich glaube nicht, dass die Demokraten im Senat sich dem widersetzen werden, wenn sie das Gesetz durchsetzen. Es ist fast ein Glaubensartikel in unserem Kongress, dass die UNO in allem, was mit Israel zu tun hat, illegitim und antisemitisch ist, und dass es die Pflicht der USA ist, dies zu verhindern, selbst wenn das möglicherweise bedeutet, die UNO zu Fall zu bringen. Wir haben eine Gesetzgebung, die Jahrzehnte vor Madrid und Oslo zurückreicht und immer noch in Kraft ist, die besagt, dass wir aus der UNO austreten und ihr die Mittel entziehen, wenn die Palästinenser als vollwertiger Staat zugelassen werden. Niemand, nicht einmal die Demokraten, sind jemals bereit, dieses Gesetz zu überprüfen. [...] Angesichts der Arbeitsweise des Kongresses vermute ich, dass wir eine Anti-UNRWA-Gesetzgebung haben werden, die mit Konsequenzen verbunden ist: Wenn die UNO das UNRWA nicht auflöst, dann wird es Sanktionen geben.

Ich möchte sagen, dass eines der Dinge, die mich beunruhigen, ist, dass selbst unter den Demokraten, die sich für

das UNRWA einsetzen, viele von ihnen Formulierungen wie „im Moment gibt es keine Alternative“ verwenden. Sie tun dies mit der Begründung, es handele sich um eine humanitäre Angelegenheit in Gaza, und sie verstehen nicht die politischen Gründe, warum man versucht, das UNRWA zu zerstören. Aber hier geht es nicht nur um humanitäre Hilfe.

Israel und die Trump-Regierung könnten die Demokraten erfolgreich [davon überzeugen], dass es einen anderen Weg gibt, humanitäre Hilfe [nach Gaza] zu bringen. Aber ich glaube nicht, dass sie das tun werden, denn [Israel] will dort keine humanitäre Hilfe, sondern will die Menschen aus dem Gazastreifen vertreiben; das wurde ganz klar gesagt. Und ich denke, die Trump-Regierung wäre mit dieser Politik vollkommen einverstanden.

Zu Beginn des Krieges haben die Israelis die Räumung des Gazastreifens als humanitäre Maßnahme dargestellt und angedeutet, dass sie in der Wüste Sinai Lager errichten würden, in denen die Menschen alle Hilfe bekommen könnten, die sie brauchen, sobald sie aus Gaza weg sind. Ich denke, darauf steuern wir zu: humanitäre Hilfe als Umschreibung für ethnische Säuberung.

Ich höre immer wieder, wie wohlmeinende Menschen versuchen, den politisch Verantwortlichen klarzumachen, dass das Ende der UNRWA-Mission, auch im Westjordanland und in Ostjerusalem, eine humanitäre Katastrophe bedeuten würde. Aber dies ist der springende Punkt. Die humanitäre Katastrophe ist ein Merkmal, kein Fehler. Sie ist ein Instrument der ethnischen Säuberung.

Wenn [die Lage in Gaza] so schlimm wird, dass die internationale Gemeinschaft schließlich einwilligt, [dass] alle Menschen den Gazastreifen verlassen müssen, um Hilfe zu erhalten, ist das ein Gewinn für Israel. Wenn die Situation im Flüchtlingslager Shuafat, die schon vorher schlimm war, wirklich unerträglich wird und wir eine Polio-Epidemie haben, die es erforderlich macht, die Menschen über die jordanische Grenze zu bringen, um ihnen die notwendige medizinische Versorgung zukommen zu lassen, ist das ein Gewinn für Israel. Israel würde das Flüchtlingslager gerne abreißen, denn rundherum gibt es Siedlungen, die sich gerne in diesem Gebiet ausbreiten würden. [...]

Jonathan Adler ist Mitherausgeber des +972 Magazine

aus +972 Magazine vom 13.11.2024

Übersetzung (gekürzt): MiWe



ISRAELIS ZWEITER KLASSE

Die Zerstörung des Beduinendorfes Umm Al-Hiran veranschaulicht die zionistische Sichtweise auf die Palästinenser:innen als vorübergehend geduldete Mitbewohner:innen und bloße Figuren auf dem Schachbrett einer gezielten Bevölkerungspolitik. **Orly Noy**

Am Morgen des 14. November stürmten Hunderte von Polizisten das Beduinendorf in der Negev/Naqab-Wüste im Süden Israels, begleitet von Spezialeinheiten und Hubschraubern. Die Bewohner, israelische Staatsbürger, die diesen Tag schon lange befürchtet hatten, hatten die meisten Gebäude des Dorfes bereits selbst abgerissen, um keine hohen Geldstrafen zahlen zu müssen. Die Polizei musste nur noch die Moschee zerstören.

Damit endete ein über 25 Jahre geführter juristischer Kampf um die Rettung des Dorfes und gegen die drohende Obdachlosigkeit seiner Bewohner. Um die gesamte Geschichte der Ungerechtigkeiten des Zionismus gegenüber den Palästinensern verstehen zu können – mit all der Diskriminierung, dem Rassismus, den Enteignungen und der Gewalt, die in dem Wahn jüdischer Vorherrschaft und der damit einhergehenden Bevölkerungspolitik begründet sind – braucht man nur nach Umm Al-Hiran zu schauen.

Für die israelisch-jüdische Öffentlichkeit ist die Zerstörung einer Beduinengemeinde kaum der Rede wert, geschweige denn ein spektakuläres Ereignis. Schließlich handelte es sich um ein „nicht anerkanntes Dorf“ – ein von Israel geprägter Begriff, um Beduinen als Eindringlinge in ihrem eigenen Land zu brandmarken. Für die israelische Öffentlichkeit ist die systematische Zerstörung dieser Gemeinschaften also ein bloßes Durchgreifen gegen Regelverstöße. Doch die Bewohner von Umm Al-Hiran waren nicht nur keine Eindringlinge, sie waren vom israelischen Staat selbst dort angesiedelt worden.

Vor der Gründung Israels lebte die Gemeinde, aus der später Umm Al-Hiran entstand, im nordwestlichen Ne-

gev. Im Jahr 1952 wurde sie von der israelischen Militärregierung gewaltsam weiter nach Osten vertrieben und ihr Land für den Bau des Kibbuz Shoval enteignet. Vier Jahre später beschloss der Staat, sie erneut umzusiedeln und sie in ein Gebiet knapp innerhalb der Grünen Linie in der Nähe der Südwestspitze des Westjordanlandes zu vertreiben, wo sie bis letzte Woche blieben.

Jahrzehntelang hat sich der Staat nicht darum gekümmert, den Status des Dorfes zu regeln, und den Bewohnern auch keine Infrastruktur oder grundlegende Dienstleistungen wie Strom, Wasser, Bildung oder sanitäre Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Das zeigt, wie schäbig die Zionisten vorgehen: Den palästinensischen Bewohnern des Negev werden über Generationen hinweg die grundlegendsten Lebensbedingungen vorenthalten und dann werden sie über Nacht durch eine jüdische Gemeinde ersetzt, die vorgeblich die „Wüste zum Blühen bringen“ soll.

Der Negev macht mehr als die Hälfte des Territoriums des Staates Israel aus, und weite Teile davon sind unbesiedelt. Dennoch besteht der Staat darauf, „nicht anerkannte“ arabische Dörfer zu zerstören, um neue jüdische Dörfer zu errichten. Im Fall von Umm Al-Hiran sollte die neue Gemeinde ursprünglich eine judaisierte Version des bisherigen Namens des Dorfes tragen: Hiran. Jemand hat es sich aber anders überlegt, und nun soll sie Dror („Freiheit“) heißen.

Das ist natürlich nichts Neues. Israel hat seit seiner Gründung palästinensische Gemeinden zerstört und Juden an deren Stelle angesiedelt. Allein während der Nakba von 1948 wurden Hunderte von palästinensischen Städten und Dörfern entvölkert. Aber die Geschichte von Umm Al-Hiran zeigt noch eine weitere Ebene der israelischen Haltung gegenüber den Palästinensern, die für das Verständnis der zionistischen Vorgehensweise aufschlussreich ist: die Wahrnehmung der palästinensischen Präsenz als bloß vorübergehendes Phänomen.

Darin zeigt sich das jüdische Vorherrschaftsdenken in seiner gewalttätigsten Form. Palästinenser werden als menschlicher Kehricht betrachtet, der einfach weggefegt werden kann, oder als Schachfiguren, die entlang der endlosen israelischen (Um)siedlungsmaßnahmen zwischen dem Fluss [dem Jordan] und dem Meer von einem Feld zum anderen verschoben werden können. Dies verdeutlicht, wie diejenigen entmenschlicht werden, auf deren Land der Staat ein Auge geworfen hat, nämlich in der tiefen Überzeugung, dass diese Menschen keine Wurzeln haben und dass es daher absolut nichts mit Vertreibung zu tun hat, sie von einem Ort zum anderen zu verfrachten.

Mit dieser Denkungsart lässt sich auch das Rückkehrbegehren der Bewohner der galiläischen Dörfer Iqrit und Bir'ém weiterhin ignorieren, mehr als ein halbes Jahrhundert nachdem der Oberste Gerichtshof entschieden hat, dass sie auf ihr Land zurückkehren dürfen, aus dem sie während der Nakba vertrieben worden waren. Desgleichen dürfen daher auch umfassende ethnische Säuberungen im Westjordanland wegen angeblicher Sicherheitsinteressen und der Rechtsstaatlichkeit halber durchgeführt werden oder aber Hunderttausende von Bewohnern des Gazastreifens immer und immer wieder zur Evakuierung aufgefordert und zu ewigen Nomaden gemacht werden – was natürlich in der Absicht der Zionisten liegt – und dies darf obendrein als humanitärer Akt ausgewiesen werden.

Die Bevölkerungspolitik des Zionismus zielt nicht nur auf Palästinenser. Die Geschichte von Givat Amal, einem Wohnviertel orientalischer Juden (Mizrachim) in Tel Aviv, das 2021 zwangsgeräumt und abgerissen wurde, weist viele Parallelen zur Geschichte von Umm al-Hiran auf. Auch dort zwang der Staat eine marginalisierte Gemeinschaft, in ein Grenzgebiet zu ziehen, ohne ihren Status oder ihre Rechte auf das Land zu regeln, und sobald der Wert des Landes stieg, vertrieb er die Bewohner aus purer Gier. Inzwischen halten staatlich genehmigte „Zulassungsausschüsse“ die Apartheid in Hunderten von jüdischen Gemeinden im Negev und in Galiläa aufrecht und sorgen dafür, dass die „richtigen Leute“ an den richtigen Orten leben.

Aber es trifft immer nur die Palästinenser, die vom Zionismus als vorübergehende Bewohner ohne feste Identität behandelt werden. Diese Denkweise liegt dem Landtauschplan zugrunde, den Avigdor Liberman vor mehr als 10 Jahren propagierte und der vorsieht, dass mehrere palästinensische Gemeinden aus Israel in das Westjordanland umgesiedelt werden, während Israel einige der Siedlungen annektiert: Über Nacht können somit aus palästinensischen Bürgern Israels per Fingerzeig Staatenlose werden. (Liberman, der einst als Vertreter der extremen Rechten in der israelischen Politik galt, ist notabene in letzter Zeit eine Art Idol der linken Mitte geworden).

Es ist denkbar, dass sich der hartnäckige Wille der Zionisten, die Palästinenser aus ihrer Heimat zu vertreiben, aus der inneren Angst vor deren tiefer Heimatverbundenheit nährt. Oder es ist der Wahn, dass sie, wenn sie nur oft genug entwurzelt und von Ort zu Ort gejagt werden – sei es durch Todesmärsche in Gaza, ethnische Säuberungen im Westjordanland oder Zerstörung und Vertreibung im Negev – schließlich aufgeben und weggehen werden.

Vor acht Jahren schrieb der israelische Oppositionsführer Yair Lapid eine Ode an die jüdische Jugendbewegung Hashomer Hatzair, in der er ulkte, dass „ein Mann, der einen Baum pflanzt, nicht fortgeht“. Mitunter führt das Unterbewusstsein die Feder, auch wenn man sie nicht bewusst in der Hand hält. Immerhin weiß der Staat genau, wer die Olivenbäume gepflanzt hat, die die Armee im Gazastreifen bombardiert und die Siedler im Westjordanland in Brand setzen. Doch selbst nach Jahrzehnten der Zerstörung, Vertreibung und des Gemetzels weigert sich der Zionismus zu akzeptieren, dass die Palästinenser einfach nicht weichen.

Aus +972 Magazine vom 20.11.2024

Übersetzung: MiWe

SPENDEN FÜR DEN WELTKONGRESS DER VIERTEN INTERNATIONALE

Im Februar organisiert die Internationale ihren nächsten Weltkongress. Für ungefähr 200 Delegierte, die aus der gesamten Welt zusammenkommen, wird dies eine Gelegenheit sein, um sich auszutauschen. Wir stellen fest, dass die Welt mit der multiplen Krise des Kapitalismus, bei der Wirtschafts-, gesellschaftliche, politische, ökologische Krise, Aufstieg der extremen Rechten usw. miteinander kombiniert sind, zur Zeit ganz besonders schwierig zu begreifen ist. Die Lage in den verschiedenen Ländern zu vergleichen, wie wir es mit Austausch auf Treffen, Texten, Diskussionen in vielen Ländern machen, bevor wir zum Kongress zusammenkommen, ist ausgesprochen nützlich, damit wir besser analysieren und effektiver handeln können.

Solch einen Kongress zu organisieren, kostet allerdings viel, denn es müssen die Tagungsstätte gemietet, die Delegierten verköstigt, eine Reihe von Genoss:innen muss beim Kauf ihrer Tickets, die zudem seit Covid erheblich teurer geworden sind, für die An- und Rückreise unterstützt werden.

Wer uns finanziell unterstützen möchte, kann dies mit Spenden auf folgendes Konto tun:

Christiaan Boissevain

IBAN: DE87 5001 0517 5426 9968 24

BIC: INGDDEFFXXX

Bitte das Stichwort „Weltkongress Vierte“ angeben.

APARTHEID IN ISRAEL – TABU IN DEUTSCHLAND?

Im September 2024 erschien im Neuen ISP Verlag das Buch von Arne Andersen „Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland“¹. Die folgende Rezension gibt einen Einblick in das Kernanliegen des Buches. **Friedrich Voßkübler**

1. Allgemeine Charakterisierung

Das umfangreiche Buch (499 Seiten) Arne Andersens, das unter der Mitarbeit von Johannes Feest und Sebastian Scheerer entstand, ist das wahrhaft enzyklopädische Werk eines Historikers, welches äußerst detailliert die gesamte Spannbreite des Palästina-Konflikts seit seinen Anfängen umfasst. Man erfährt aufgrund seiner sorgfältigen Recherche vieles, von dem man nichts Genaues wusste bzw., das man sich, um sich einen praktikablen politischen Überblick zu verschaffen, oft genug nur zusammenschusterte. Das ist das große Verdienst des Buches von Andersen, welches durchaus in der Lage ist, den Leser durch das oft verwirrende Gestrüpp der Fakten des genannten Konflikts hindurchzuführen. Der Leser wird sich, um dem gerecht zu werden, auf die Reise einer längeren Lektüre begeben müssen.

Die wird sich allerdings lohnen, auch wenn einem das Buch etwas faktenüberladen und manchmal redundant erscheint. Aber das liegt, denke ich, ganz wesentlich an der Sache selbst, die zur Darstellung gebracht wird. Der Text ist in vier Teile aufgegliedert. Der *erste* Teil legt die Grundlagen, um die Auseinandersetzungen in Deutschland verständlich zu machen. Der *zweite* widmet sich der historischen Entwicklung der Region. Der *dritte* Teil kommt auf die BDS-Bewegung zu sprechen, und im *vierten* Teil wird der Frage nachgegangen, wie man in Deutschland mit dem Vorwurf des „israelbezogenen Antisemitismus“ umgeht. Alle vier Teile hindurch dient

der Buchtitel als inhaltlicher und strukturierender Kompass. Arne Andersen fragt nämlich mit sachlicher Akribie und großem politisch-moralischen Engagement, wieso bzw. inwiefern bei uns die faktische „Apartheid in Israel“ unter Tabu gestellt wird und einem mit dem Vorwurf des „israelbezogenen Antisemitismus“ der Mund verboten und z.B. der Zugang zu Tagungsräumen verwehrt wird, um sich dort kritisch mit der Politik des Staates Israel auseinanderzusetzen und der Solidarität mit dem palästinensischen Volk Ausdruck zu verleihen. Das Tabu äußert sich als Zensur. Die Geschehnisse rund um die Documenta 15 (2022 in Kassel) dürften noch im Bewusstsein sein. Die Vorwürfe gegen den afrikanischen Historiker und Philosophen Achille Mbembe im Jahr 2020 anlässlich seines Eröffnungsvortrags auf der Ruhrtriennale, er sei ein Antisemit, Israelhasser und zudem ein Unterstützer der BDS-Bewegung, hatten einzig und allein das Ziel, die Überprüfung der Thesen zu verhindern bzw. zu diskreditieren, ob in Israel Apartheid und ein siedlungskolonialistisches Modell herrscht.

Ich darf in diesem Zusammenhang außerdem an die größeren Auseinandersetzungen 2012 um die Vergabe des Adorno-Preises der Stadt Frankfurt an die jüdische Philosophin, Feministin und Beiratsmitglied der „Jewish Voice of Peace“, Judith Butler, erinnern, der, als sie bekannte, nicht die Berechtigung der BDS-Bewegung in Zweifel ziehen zu wollen, vom Zentralrat der Juden „moralische Verderbtheit“ (*Spiegel*, 27.8.2012) vorgeworfen wurde. In Sonderheit am Beispiel Judith Butlers, die sich zu wehren wusste und auf den Punkt zu bringen vermochte, worum es geht, wurde deutlich, was diejenigen, die vom „israelbezogenen Antisemitismus“ sprechen, strategisch beabsichtigen. Nämlich was? Die bedingungslose Legitimation des Zionismus bzw. des zionistischen Gründungsmythos des Staates Israel. In Bezug auf beides sprechen sie von seinem nicht in Zweifel zu ziehenden „Existenzrecht“. Dieses „Existenzrecht“ ist sozusagen der kategorische Imperativ des Zionismus und rechtfertigt Apartheid und Völkermord. Apartheid und Völkermord sind moralisch kategorial (ohne Ausnahme und bedingungslos) gerechtfertigt, wenn sie dem „Existenzrecht“ des Staates Israel dienen. Alles andere ist „moralisch verderbt“. Ein Befund, der auch auf jüdische Positionen wie z.B. der Judith Butlers zutrifft, die nicht diese etatistische Moral (diesen „Staatszionismus“) vertreten. Auch sie sind mit dem Etikett des „israelbezogenen Antisemitismus“ belegt, diesem Kampfbegriff im Dienst der zionistischen Selbstlegitimation des Staates Israel.

2. Die „Wertorientierung“ des Buches von Arne Andersen

Was ist demgegenüber die „Wertorientierung“ des Buches von Arne Andersen? „Unser Maßstab ist Gerechtigkeit, wie sie in einer sozialen und politischen Ordnung institutionalisiert ist, die auf dem kategorischen Imperativ der Gleichheit individueller und kollektiver, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, bürgerlicher, politischer und nationaler Rechte für alle ohne Unterscheidung oder Diskriminierung in Bezug auf Religion, Kultur, Nationalität, Sprache, Stammeszugehörigkeit, Abstammung, Geschlecht oder irgendeinen anderen sozialen Status beruht. Diese Wertorientierung finden wir im Text der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948, der sich auch Israel verpflichtet hat“ (S. 11). Der „kategorische Imperativ“, von dem Andersen hier spricht und den der israelische Menschenrechtler Urs Davis 1987 als „säkularen, juristischen Kantianismus“ charakterisiert, hat nichts mit der etatistischen Moral des „Staatszionismus“ zu tun. Ganz im Gegenteil: Davis und Andersen vertreten die Position eines „radikalen Universalismus“, wie ihn der deutsch-israelische Philosoph Omri Boehm nennt. Boehm schreibt: „Menschheit kann nur ein moralischer Begriff sein. Zu sagen, dass Menschheit nur ein moralischer Begriff sein könnte, heißt, darauf zu insistieren, dass sie nur von einer Eigenschaft abhängt: der Freiheit“ (Omri Boehm: *Radikaler Universalismus. Jenseits von Identität*. Berlin 2022, S. 85 f.). Der „radikale Universalismus“, der sich allein der „Menschheit“ als leitendem „moralischen Begriff“ verpflichtet weiß, setzt alle Identitätsmoral und Identitätspolitik – alles Völkische allzumal – außer Kraft. Womit gesagt wird, dass die etatistische Moral des „Staatszionismus“ nichts anderes als eine Form der Identitätspolitik ist und für Boehm nicht anders denn als unmoralisch zu bezeichnen ist. Kurz und knapp: Die etatistische Moral des „Staatszionismus“ ist völkisch-identitär, deswegen unmoralisch und aus diesem Grund gegen den „moralischen Begriff“ der „Menschheit“ gerichtet. Und wer den „moralischen Begriff“ der „Menschheit“ nicht gelten lässt, der landet allzu leicht durch sein Handeln beim Völkermord – oder zumindest bei einer brutalen, ja mörderischen Vertreibung – derjenigen, die der eigenen Identität allein schon durch ihre Existenz im Wege stehen.

Das Erschreckende ist, dass der Staat Israel auf diese Weise die Moral der Henker kopiert, die in den KZs die Massenvernichtung des jüdischen Volkes betrieben. Heute in Gaza und damals war das „Lager“ der Ort der

biopolitischen Ausrottung des „Anderen“ im Dienst an der eigenen „Rasse“. Ist es also so, dass der Kampfbegriff des „israelbezogenen Antisemitismus“ den Rassismus verdecken soll, der die Ausrottungspolitik durch den israelischen Staat kennzeichnet? Offensichtlich! Soll also die Weltöffentlichkeit mit dem Antisemitismusvorwurf soweit wie irgend möglich in den Schwitzkasten genommen werden, dass sie davor zurückschreckt, auf breiter Linie dem faktischen Rassismus des israelischen Staates zu opponieren? Offensichtlich! Zumindest im Fall Deutschlands hat das ja auch geklappt. Mit dem hochgehaltenen Leitwert der „Staatsräson“ hat sich die politische Klasse der Bundesrepublik zum Komplizen des Rassismus und des Völkermords gemacht. Und das ist kein Zeichen einer hohen Moral, die man sich stolz ans Revers heftet, weil man meint, aus der eigenen Geschichte die notwendigen Lehren gezogen zu haben, sondern das ist das Symptom einer tiefgreifenden Unsittlichkeit, die vor der Unmenschlichkeit den Kotau macht, um einerseits das eigene Gewissen zu beruhigen und andererseits im Wind

NEU bei ISP



Arne Andersen
unter Mitarbeit von Johannes Feest/
Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?

Hardcover, farbig, 503 Seiten
2. erweiterte Auflage 2025
29,80 €
ISBN 978-3-89900-160-0

Die Autoren legen Grundlagen, um die Auseinandersetzungen in Deutschland um Positionen zum jüdischen Leben, um Israel und Palästina nachvollziehbar zu machen.

Der Palästinakonflikt wird von seinen Anfängen bis zum aktuellen Gazakrieg facettenreich dargestellt. Zahlreiche Fotos, Schaubilder und Tabellen erleichtern den Zugang zum Thema.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

imperialistischer Kapitalinteressen zu segeln, die einem z.B. durch den Verkauf von Waffen einen schönen Schnitt versprechen.

3. Die Lehren der Diaspora und der israelische Staat

Der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolfssohn äußerte sich am 30.7.2020 in einem Interview im Deutschlandfunk folgendermaßen: Die „Kritik an Israel, also an Israel als einem jüdischen Staat“ ist „antisemitisch, weil Israel für die Juden, wo immer sie leben, die Lebensversicherung ist. Das ist die Überlebensgarantie, und in der 3000-jährigen Geschichte hätte man eine solche Garantie sehr oft gebraucht ... Und wer Juden diese Lebensversicherung nehmen will, ist gegen Juden gerichtet. Und was gegen Juden gerichtet ist, nennt man Antisemitismus“. Damit verkürzt er die jüdische Geschichte auf das zionistische Erbe, das zionistische Projekt Israel. Die jüdische Philosophin Judith Butler betont demgegenüber die Bedeutung der Assimilation in andere Gesellschaften für jüdisches Leben. Für sie gehört „das Zusammenleben mit Nicht-Juden zum ethischen Kernbestand des Diaspora-Judentums“ (zitiert bei Andersen, S. 15). „Der Austausch mit anderen Kulturen auf Augenhöhe und mit Wertschätzung, ohne dabei das Eigene, das Jüdische, zu vernachlässigen, ist das Wesensmerkmal dieses Judentums“ (ibid.). Daraus folgt für sie, dass „die Verpflichtung auf soziale Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit integraler Teil säkularer, sozialistischer und religiöser jüdischer Tradition ist“ (ibid.). Der jüdisch-amerikanische Religionsphilosoph und Talmud-Lehrer Daniel Boyarin hat zusammen mit seinem Bruder auf die Bedeutung der Diaspora hingewiesen, die ihre Kraft dadurch gewinne, „dass sie von der Zwangsgestalt des Staates getrennt“ (zitiert bei Andersen S. 15 f.) sei. Die zionistische Idee der Eliminierung der Diaspora bedeutet nach Zuckermann daher „eine Selbstaufgabe real existierender Lebenswelten und traditioneller Kulturtechniken“ (Moshe Zuckermann: *Der allgegenwärtige Antisemit*. Frankfurt 2018, S. 25). In ihrer Auseinandersetzung mit Adolf Eichmann machte Hannah Arendt klar, dass man sich nicht aussuchen könnte, mit wem man auf der Erde zusammenlebe. Dies abzulehnen käme einem – zunächst sicher nur – gedanklichen Genozid gleich, denn kein Teil der Menschheit könne die Erde allein für sich beanspruchen. Dieser Grundüberzeugung gemäß schlug sie in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre einen binationalen Staat in Palästina vor. Sie hielt die Unterteilung in Juden und alle anderen Völker, die man als Feinde einstuft, für

eine Herrenrassen-Theorie. Es handle sich bei ihr „um blanken rassistischen Chauvinismus“ (Hannah Arendt: *Die Krise des Zionismus*. Berlin 1989, S. 92). Martin Buber sprach sich 1948 scharf gegen die zionistischen Grundlagen des Staates Israel aus. Der vorherrschende „Staatszionismus“ „entweihe den Namen Zions; er ist nichts mehr als einer der krassen Nationalismen unserer Zeit, der keine höhere Autorität als das – vermeintliche – Interesse der Nation anerkennt ... Anders als in der Urzeit dürfen wir mit dem jetzt darin ansässigen Volk einen Bund schließen, um gemeinsam mit ihm das Land zum Vorland Vorderasiens zu entwickeln – zwei selbständige Völker gleichen Rechts, jeder Herr seiner Gesellschaft und Kultur, aber beide vereint in dem gemeinsamen Werk der Erschließung und Produktivierung an der gemeinsamen Heimat und in der gemeinsamen föderativen Verwaltung der gemeinsamen Geschäfte“ (Martin Buber: *Der Jude und sein Judentum*. Köln 1963, S. 350 f.).

Letzteres ist der strategische sowohl politische als auch moralische Kern des Buches von Arne Andersen. Seine in vielerlei Weise sachlich verästelte Argumentation vertritt die These, dass der „Staatszionismus“ nicht das Ziel – der Sinn und Zweck – der langen Geschichte des jüdischen Volkes gewesen sei. Was anstehe, sei die Vereinigung von Juden und Palästinensern als „selbständige Völker gleichen Rechts“ im „gemeinsamen Werk“ der „Erschließung“ und Weiterentwicklung“ der ihnen beiden gleichermaßen gehörenden Heimat. Dies ist die humanistische Utopie des Judentums. Sie hat mit dem „Staatszionismus“ Israels nichts zu tun.

1 Subskriptionspreis betrug 24,80 €; seit 1.01.2025 kostet es 29,80 € und ist im Buchhandel erhältlich.

SCHLUSS MIT DER UNTERSTÜTZUNG DES VÖLKERMORDS

„Deutschland muss umgehend aufhören, die Vernichtung von
Palästinenser:innen zu unterstützen“

■ Offener Brief an die deutsche Bundesregierung

Mit Grauen beobachten wir den sich abzeichnenden Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung durch Israel. Wir sind zutiefst erschüttert. Es schmerzt uns, und wir sind wütend angesichts dieser eklatanten Missachtung von Menschenleben – eine Missachtung, von der die deutsche Bundesregierung erwartet, dass wir sie als normal und notwendig hinnehmen. Seit über einem Jahr trägt diese Bundesregierung aktiv zur Tötung und Entmenschlichung von Palästinenser:innen bei, indem sie Israel politisch, finanziell, militärisch und rechtlich unterstützt. Deutschlands Mittäterschaft an israelischen Völkerrechtsverbrechen muss umgehend beendet werden.

Wir, die Unterzeichner:innen, fordern von der deutschen Bundesregierung, sich konsequent auf die Seite der Gerechtigkeit und des internationalen Rechts zu stellen und in einer Weise Druck auf Israel auszuüben, die das Töten, Verstümmeln und Vernichten palästinensischen Lebens sofort unterbindet. Angesichts der Tatsache, dass staatliche Institutionen, politische Parteien und Politiker:innen in Deutschland die Verbrechen der israelischen Armee größtenteils unterstützen, verlangen wir eine umfassende Neuausrichtung der Haltung und des politischen Handelns der deutschen Bundesregierung.

Israels Völkerrechtsverbrechen, darunter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sind von den Vereinten Nationen (UN) und führenden Menschenrechtsorganisationen umfassend dokumentiert. Wie der Internationale Gerichtshof (IGH) festgestellt hat, besteht ein reales und unmittelbares Risiko, dass Israels Vorgehen in Gaza einem Genozid gleichkommt.¹ Die offizielle Zahl der Todesopfer liegt bei 42 718, wobei viele weitere noch

unter den Trümmern begraben sind. Zahlreiche weitere Menschen werden aufgrund von Krankheiten sterben, deren Ausbreitung vermeidbar wäre.² Zehntausende wurden verletzt, und viele haben bleibende Behinderungen davongetragen, darunter Tausende Kinder, die ein oder mehrere Gliedmaßen verloren haben.³ Israel lässt die Bevölkerung in Gaza hungern. Ganze Stadtviertel wurden dem Erdboden gleichgemacht und die gesamte lebenswichtige Infrastruktur zerstört, einschließlich der Nahrungsmittelproduktion, des Gesundheitswesens und des Bildungssystems.⁴ Die israelische Armee hat den Großteil der Bevölkerung Gazas vertrieben. Es gibt keine sicheren Orte, an denen sie Zuflucht suchen können, weil die israelische Armee regelmäßig so genannte Sicherheitszonen bombardiert.⁵ Seit Anfang Oktober 2024 hat Israel den Norden Gazas in einen vollständigen Belagerungszustand versetzt und macht auf diese Weise menschliches Leben dort unmöglich mit dem offensichtlichen Ziel, die palästinensische Bevölkerung dauerhaft zu vertreiben.⁶ In der Westbank haben israelische Siedler:innen ihre Angriffe verstärkt, oft unter dem Schutz der israelischen Armee, und dabei palästinensisches Land und Eigentum zerstört. Israelische Soldat:innen, und in einigen Fällen Siedler:innen, haben seit dem 7. Oktober 2023 mehr als 700 Palästinenser:innen getötet.⁷ Die israelische Armee führt außerdem regelmäßig groß angelegte Militäroffensiven durch, bei denen sie Häuser einreißt und lebenswichtige Gesundheitseinrichtungen, Straßeninfrastruktur, Stromnetze und die Wasserversorgung zerstört.⁸ Der vor kurzem erfolgte israelische Einmarsch in den Libanon folgt einer ähnlichen Logik und birgt die Gefahr einer Ausweitung des anhaltenden regionalen Krieges.

Israels Völkerrechtsverbrechen müssen umgehend durch internationalen Druck und Sanktionen beendet werden. Wir fordern daher die Bundesregierung dazu auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und unverzüglich Schritte zu unternehmen, um den vorläufigen Maßnahmen Folge zu leisten, die der IGH im Fall Südafrika vs. Israel im Januar, März und Mai dieses Jahres [2024] angeordnet hat. Deutschland muss das Gutachten des IGH respektieren, das die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete im Juli für rechtswidrig erklärt hat. Außerdem appellieren wir an die Bundesregierung, den Empfehlungen der Resolution der UN-Vollversammlung zum IGH-Gutachten zu entsprechen. Insbesondere forderten UN-Expert:innen die Mitgliedsstaaten dazu auf, alle diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel zu überprüfen, ein vollständiges Waffenembargo zu verhängen und diejenigen wirtschaftlichen Beziehungen, Handelsabkommen und akademischen Beziehungen zu Israel abubrechen oder auszusetzen, die zu Israels unrechtmäßiger Präsenz und seinem Apartheidregime in den besetzten palästinensischen Gebieten beitragen könnten.⁹

Als Vertragsstaat der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord und des Römischen Statuts ist Deutschland historisch, ethisch, rechtlich und politisch verpflichtet, die in diesen Verträgen geächteten Völkerrechtsverbrechen weder zu begehen noch zu unterstützen oder zu befördern. Wir fordern Deutschland daher auf, seine Mittäterschaft an den von Israel in Palästina begangenen Völkerrechtsverbrechen sofort und wirksam zu beenden!

27. Oktober 2024

AMNESTY-BERICHT ZU GAZA

Amnesty International (ai) hat in einer ausführlichen Dokumentation auf 296 Seiten belegt, dass es sich beim Gazakrieg um Völkermord handelt.

Israel/Occupied Palestinian Territory: 'You Feel Like You Are Subhuman': Israel's Genocide Against Palestinians in Gaza

Der Text findet sich hier: <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/8668/2024/en/>

Erstunterzeichner aus Deutschland (allein bis Ende November hatten weitere 4800 Personen aus diversen Ländern unterzeichnet).

Hanna Al Taher, researcher/lecturer, TUD, Germany

Schirin Amir-Moazami, Professor of Islam in Europe, FU Berlin, Germany

Grażyna Baranowska, Professor of Migration Law and Human Rights, FAU Erlangen-Nürnberg, Germany

Michael Barenboim, violinist, Professor at the Barenboim-Said Akademie, Germany

Ulrike Bergermann, Professor of Media Studies, HBK Braunschweig, Germany

Christine Binzel, Professor of Economics: Economy and Society of the Middle East, FAU Erlangen-Nürnberg, Germany

Manuela Boatcă, Professor of Sociology and Head of School of the Global Studies Programme, University of Freiburg, Germany

Robin Celikates, Professor of Philosophy, Freie Universität Berlin, Germany

Sawsan Chebli, politician, activist, former secretary of state, Germany

Dr. Marion Detjen, history lecturer, Bard College Berlin, Germany

Tomer Dotan-Dreyfus, author, Berlin, Germany

Dr. Dörthe Engelcke, Acting Head of the Centre of Expertise for the Law of Arab and Islamic Countries, Max Planck Institute for Comparative and International Private Law

Christine Engels, Lawyer, Berlin, Germany

Helen Fares, journalist, activist, host, podcaster and business psychologist, Germany

Isabel Feichtner, Professor of Public Law and International Economic Law, University of Würzburg, Germany

Deborah Feldman, author, Germany/USA

Isabelle Ihring, Professor of Social Work, Protestant University of Applied Sciences Freiburg, Germany

Nasrin Karimi, Lawyer, Berlin, Germany

Phillippe Koch, Lawyer, Berlin, Germany

Hanna Meißner, Professor for Interdisciplinary Women's and Gender Studies, TU Berlin, Germany

Carmen Mörsch, Professor for Art Education, Mainz Academy of Arts, Johannes Gutenberg University, Germany

Dr. Alex Müller, physician and research associate, Charité Center for Global Health, Berlin, Germany

Tahani Nadim, Research Professor, Ruhr-Universität Bochum and College for Social Sciences and Humanities, Germany

Dr. Hanna Pfeifer, Head of Research Area „Societal Peace and Internal Security“, Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH), Germany

Dr. Laila Prager, Anthropologist, Hamburg, Germany

Dr. Nils Riecken, Research Associate, Institute of Arabic and Islamic Studies, Ruhr-Universität Bochum, Germany

Nadija Samour, Lawyer, Berlin, Germany

Dr. Benjamin Schuetze, Senior Researcher, Arnold-Bergstraesser-Institute (ABI), Freiburg, Germany

Melanie Schweizer, Lawyer, Civil Servant, Federal Ministry of Labour and Social Affairs Berlin, Germany

Marc Siegel, Professor of Film Studies, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Germany

Hanan Toukan, Associate Professor, Bard College, Berlin, Germany

Anosha Wahidi, Lawyer, Civil Servant and anti-racism advocate, Federal Ministry for Economic Cooperation and Development, Berlin, Germany

Aram Ziai, Professor of Development and Postcolonial Studies, University of Kassel, Germany

Endnoten

1 Angesichts der vorliegenden Beweise für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit forderte der Ankläger des IStGH die Ausstellung von Haftbefehlen gegen Premierminister Benjamin Netanjahu und Verteidigungsminister Yoav Gallant. In der Frage des Völkermords sind Wissenschaftler:innen, die sich mit Holocaust und Völkermord befassen, sowie Völkerrechtler:innen – Beispiele hierfür sind das Lemkin-Institut für Genozidprävention und menschliche Sicherheit (Erklärung), der Bericht *Anatomy of a Genocide* der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese und das Universitätsnetzwerk für Menschenrechte (Bericht) – zu dem Schluss gekommen, dass der derzeitige Angriff auf Palästina einem Völkermord gleichkommt. Forensic Architecture veröffentlichte im Oktober 2024 *A Cartography of Genocide*, worin belegt wird, dass Israels Vorgehen in Gaza „organisiert und systematisch ist und darauf abzielt, Lebensbedingungen und lebenserhaltende Infrastruktur zu zerstören“. In verschiedenen Stellungnahmen wurde frühzeitig vor der Gefahr eines Völkermords gewarnt, wie etwa in der Stellungnahme von über 55 Holocaust- und Genozidforscher:innen zu „Mass Violence in Israel and Palestine“ vom 9. Dezember 2023. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat unterdessen noch keine endgültige rechtliche Entscheidung getroffen. Im Januar 2024 entschied der IGH nach einem Antrag Südafrikas beim IGH, dass vorläufige Maßnahmen notwendig seien, um einen plausiblen Völkermord in Gaza zu verhindern. Wie der IGH in der Rechtssache Bosnien und Herzegowina vs. Serbien und Montenegro feststellte, „entstehen die Verpflichtung eines Staates zur Verhütung und die entsprechende Pflicht zum Handeln in dem Augenblick, in dem der Staat von der Existenz einer ernsthaften Gefahr, dass ein Völkermord begangen wird, erfährt oder normalerweise hätte erfahren müssen.“ Weitere Belege für eine genozidale Absicht wurden im Mai 2024 von Südafrika vorgelegt. Im April 2024 erklärten 600 Beamt:innen aus verschiedenen deutschen Ministerien in einem offenen Brief: „Israel begeht in Gaza Verbrechen, die in klarem Widerspruch zum Völkerrecht und damit zur deutschen Verfassung stehen, an die wir als Bundesbeamte und Angestellte im öffentlichen Dienst gebunden sind.“

2 Quelle: OCHA impact snapshot (Oktober 2024). Die tatsächliche Zahl der Todesopfer wird auf mindestens 186 000 geschätzt (*Lancet*); siehe auch den offenen Brief von amerikanischen Mediziner:innen, die in Gaza gearbeitet haben, und die UNICEF-Pressemitteilung vom 5. Januar 2024.

3 Schätzungen der WHO von Mitte September 2024 zufolge erlitten über 22 500 Menschen lebensbeeinträchtigende Verletzungen, darunter schwere Verletzungen der Gliedmaßen, Amputationen, Rückenmarkstraumata, traumatische Hirnverletzungen und schwere Verbrennungen.

4 Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs sieht glaubwürdige Beweise dafür, dass Premierminister Netanjahu und Verteidigungsminister Gallant Hunger als Kriegswaffe einsetzen. Expert:innen, die UNO und verschiedene humanitäre Organisationen (darunter USAID) haben vor einem Massensterben durch Verhungern gewarnt und Israels Eingriffe in Hilfsmaßnahmen dokumentiert, darunter die Tötung von Rettungskräften und die Bombardierung von Krankenwagen und Krankenhäusern. Kürzlich fand eine UN-Kommission Beweise für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bei israelischen Angriffen auf Gesundheitseinrichtungen in Gaza. Im April 2024 äußerten UN-Expert:innen Bedenken hinsichtlich eines „Scholastizids“ im Gazastreifen. Der Einsatz von 2000-Pfund-Bomben und KI zur Bestimmung von „Zielen“ hat zu dem hohen Grad an Zerstörung beigetragen. Satellitenbildern zufolge wurden bis September 2024 etwa 66 % der gesamten Gebäude (UNOSAT) und 68 % der Ackerflächen (FAO) beschädigt. Kulturerbe und Kulturstätten wurden ebenso zerstört wie die gerichtliche Infrastruktur.

5 Erklärung von Leiter:innen humanitärer Organisationen zur Einrichtung von „Sicherheitszonen“ (Mitte November 2023). Es gab zahlreiche Angriffe auf Schulen und andere Notunterkünfte in der „Sicherheitszone“, die Mitte August 2024 weniger als 13 % von Gaza umfasste (OCHA).

6 Mitte September 2024 erschienen erste Berichte über Israels „Operation Aushungern und Ausrotten“. Mitte Oktober 2024 gaben 38 humanitäre Organisationen eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie davor warnten, dass „der Norden des Gazastreifens ausgelöscht wird“ und dass „die Staats- und Regierungschefs der Welt jetzt handeln müssen, um Israels Völkerrechtsverbrechen zu beenden“.

7 Quelle: Humanitarian Situation Update #230 (OCHA); OCHA-Bewertung von Gewalt, Zerstörung und Vertreibung (12. September 2024). Siehe auch diese Kartierung und detaillierte Analyse von 1400 Angriffen von Siedler:innen in der Westbank seit dem 7. Oktober 2023.

8 Siehe verschiedene Humanitarian Situation Updates zur Westbank (OCHA); Ärzte ohne Grenzen (MSF) berichtet über groß angelegte militärische Einsätze israelischer Streitkräfte in der Westbank Ende August 2024.

9 Siehe auch dieses Positionspapier einer unabhängigen UN-Kommission mit einer rechtlichen Analyse und Empfehlungen.

ÜBER DAS RECHT DER NATIONEN AUF SELBSTBESTIMMUNG

Die IV. Internationale hält aus gutem Grund das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung sehr hoch: Es ist die Grundlage für jeden antiimperialistischen Kampf.

■ **Angela Klein**

Was Recht auf Selbstbestimmung im Einzelnen bedeutet, unterliegt freilich dem jeweiligen Klasseninteresse und der geschichtlichen Entwicklung.

I. Die Forderung nach Selbstbestimmung der Völker

ist verbunden mit den europäischen Kämpfen für die nationale Einheit im 19. Jahrhundert. Es ist eine liberale Forderung, die von der Arbeiterklasse unterstützt wurde. Als solche ist sie klassenunspezifisch: Sie sagt nichts darüber aus, was im Namen der Selbstbestimmung geschehen soll, wenn sie einmal errungen ist.

Wie alle liberalen Forderungen hört das Recht auf Selbstbestimmung eines Volkes dort auf, wo das eines anderen Volkes anfängt. Es beinhaltet also z. B. nicht das Recht, ein anderes Volk gegen seinen Willen in einen Krieg hineinzuziehen.

Zu Marx' Zeiten war mit dem Recht auf Selbstbestimmung die Schaffung eines eigenen Nationalstaats gemeint. Das war, wie Lenin schrieb, „eine notwendige Phase in der Entwicklung des Kapitalismus ... eine notwendige Basis für die Entwicklung der Produktivkräfte“ (LW Bd. 36, S. 277).

Ihre letzte Blüte erlebte die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit in der Phase der Entkolonialisierung in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts. Seitdem hat imperialistische Herrschaft in den meisten Fällen (eine Ausnahme bildet u. a. Palästina) politisch eine indirekte Form angenommen; am unmittelbarsten äußert sie sich in

der Schuldknechtschaft der großen Mehrzahl der Länder des globalen Südens.

Heute herrscht das Kapital auf der ganzen Welt. Sein imperiales Interesse ist nicht mehr, Eigenstaatlichkeit zu verhindern, sondern eher, den Zerfall rivalisierender Staaten zu fördern, um sie wirtschaftlich abhängiger und somit leichter beherrschbar zu machen.

Die Bedeutung des Rechts auf Selbstbestimmung hat sich mithin verschoben. Auch in der Ukraine stellt sich heute nicht die Frage nach dem eigenen Staat. Die Ukraine ist ein eigener Nationalstaat mit allem, was dazu gehört. Ein Nation Building im Sinne des Kampfs um die nationale Unabhängigkeit ist nicht mehr erforderlich. Darum kann es also im gegenwärtigen Krieg nicht gehen. *Der Kampf der Ukraine gegen Russland ist kein antikolonialer Kampf.*

II. Der Charakter des Krieges

Mit dem Verweis auf das Recht auf Selbstbestimmung wird in der aktuellen Debatte über den Krieg in der Ukraine das (mehr oder weniger direkte) Eingreifen der westlichen imperialistischen Regierungen auf der Seite der ukrainischen Regierung von Linken gutgeheißen. Die Regierungen werden aufgefordert, ihre Waffenlieferungen zu verstärken, manchmal wird ihnen sogar Verrat vorgeworfen, weil sie Langstreckenwaffen zurückhalten, aus Angst, selbst Opfer russischer Angriffe zu werden. Das Argument ist einfach: Die Ukraine wurde angegriffen, also hat sie ein Recht sich zu verteidigen – mit allen Mitteln. Mit allen Mitteln?

„Bei der Beurteilung dieses Krieges“, schreibt Lenin, „muß man von der geschichtlichen Situation ausgehen. Je nach ... den Klassenverhältnissen ... muß zu verschiedenen Zeiten auch die Stellung zum Krieg verschieden sein ... Es ist unsinnig, ... die Kriege in Verteidigungs- und Angriffskriege zu scheiden.“ (LW Bd. 36, S. 276.) (Siehe ausführlicher dazu den Exkurs „Lenin und Trotzki zur Frage der nationalen Selbstbestimmung am Ende des Textes.)

Im Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland ist der Fall klar: Russland ist eine imperialistische Macht, die Ukraine nicht. Russland verbindet mit dem Überfall auf die Ukraine ein doppeltes Ziel: Es will sein Reich möglichst weitgehend wieder in die Grenzen der alten Sowjetunion zurückzuführen und eine Pufferzone zur NATO schaffen. Der Adressat von letzterem ist aber nicht die Ukraine, sondern es sind die NATO-Staaten.

Das Ausmaß der angestrebten russischen Besetzung des Landes steht dabei keineswegs fest. Es hängt im Gegenteil in höchstem Maße von Zugeständnissen ab wie der Aufnahme der Ukraine in die NATO, der Stationierung von NATO-Truppen auf ukrainischem Boden usw. Diese sind aber mit den Regierungen der NATO-Staaten auszuhandeln.

Die gegenwärtige ukrainische Regierung will das Land enger an die EU und an die NATO binden und sich aus dem ehemals sowjetischen Einflussbereich lösen. Die NATO-Staaten wiederum sind mit eigenen Interessen an diesem Krieg beteiligt.

Ginge es nur um das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine, wären unsere Sympathien ungeteilt auf der Seite der Ukraine. Aber es geht um eine globale Konfrontation. Deshalb haben wir es nicht mit einem reinen Verteidigungskrieg der Ukraine gegen Russland zu tun, sondern mit einem *imperialistischen Krieg*, der von Seiten der NATO mit dem erklärten Ziel geführt wird, „Russland so weit zu schwächen, dass es nicht mehr auf die Beine kommt“. Es geht der NATO nicht um den Schutz und das Wohl der ukrainischen Bevölkerung, im Gegenteil: Ihr und den USA geht es darum, die Ukraine vollständig in den eigenen Einflussbereich zu zerren und ihre Rohstoffe und qualifizierte Arbeitskraft auszubeuten. Dazu gehört auch der Abbau demokratischer und sozialer Rechte.

In einem imperialistischen Krieg aber sind wir Defätisten. Wir sind nicht für den russischen Sieg in der Ukraine, noch sind wir für einen Sieg der NATO über Russland.

Der imperialistische Charakter des Ukrainekriegs wird auch noch an anderer Stelle deutlich: nämlich daran, dass

die Ukraine aus eigener Kraft heraus nicht in der Lage ist, den Krieg gegen Russland zu gewinnen. Selenskyj mangelt es schmerzlich an Waffen und an Soldaten. Er ist schon lange nicht mehr sein eigener Kriegsherr und abhängig von Washingtons Gnaden. Über den Ausgang des Krieges wird nicht in Kiew entschieden, so sehr westliche Propagandisten diesen Eindruck aufrechtzuerhalten wünschen.

Der imperialistische Charakter des Krieges mindert ganz und gar nicht das Recht der Ukraine, sich gegen die russische Aggression zu wehren. Sie besagt nur, dass Linke in der Solidarität mit der Ukraine nicht den westlichen Imperialismus anrufen können, ohne damit dessen eigene Interessen zu unterstützen. Die Linke kann sich nicht in eine wie auch immer geartete Gemeinschaft mit ihm begeben. Sie kann Solidarität nur auf der Basis einer völligen Klassenunabhängigkeit leisten. Und da sie nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft und unter eigenem Kommando militärische Hilfe zu organisieren, muss sie sich auf humanitäre Hilfe mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen beschränken.

Das ist ein gänzlich anderer Standpunkt als der von Teilen der Friedensbewegung, die in der Russischen Föderation immer noch die alte Sowjetunion sehen oder mindestens einen schwächeren Imperialismus, den es gegen den stärkeren zu verteidigen gelte. Dies ist eine rein geopolitische Argumentation, in der die Lage und die Interessen der ukrainischen Arbeiterklasse keine Rolle spielen. Eine solche Haltung ist ebenso wenig internationalistisch wie der militärische Schulterschluss mit der NATO.

Der globale imperialistische Charakter des Krieges wird von denen, die ausschließlich die russische Aggression verurteilen, den aggressiven Charakter der Politik der NATO-Staaten aber unterschlagen, rundweg bestritten. Sie sehen die Ursache ausschließlich im russischen Imperialismus, wenn er nicht gar im Charakter Putins gesucht werden muss.

Damit gibt es aber kein Halten mehr: Wenn „der Ukraine“ Recht nur widerfahren kann, indem die NATO Russland (offen oder verdeckt) den Krieg erklärt, dann steht man, ob man will oder nicht, im Lager der NATO – was Carola Rackete auch zugibt, wenn sie in ihrem Interview mit der konservativen Turiner Industriellenzeitung *La Stampa* sagt:

„Ich kritisiere die NATO nach wie vor für die Fehler, die sie gemacht hat, insbesondere in Nordafrika oder im ehemaligen Jugoslawien. Aber links sein bedeutet, auf der Seite der Unterdrückten zu stehen, ob in Palästina, Kurdistan oder der Ukraine. Ich stehe an der Seite der Menschen

in Hongkong und Taiwan, für das Recht auf Selbstbestimmung und für die Demokratie. Es ist keine Frage von Ost oder West, von Russland oder der NATO. Es ist eine Frage des Imperialismus. Man muss den Schwächeren helfen, sich gegen den Missbrauch durch die Stärkeren zu wehren, und Russland ist eindeutig stärker als die Ukraine.“

Das ist exakt die elende Argumentation der sog. „Wohlmeinenden“, die „der bürgerlich-chauvinistischen Propaganda verfallen“, gegen die Lenin und Trotzki scharf polemisiert haben. „Imperialistisch“ ist hier nur Russland, die NATO „hat Fehler gemacht“. Wohin das führt, haben die Grünen mit ihrer „humanitären“ Begründung von Interventionskriegen seit den 90er Jahren mehr als deutlich gemacht.

III. Was heißt das für das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine?

Zum einen heißt das:

1. Wir erkennen an, dass die Linke nicht in der Lage ist, militärisch etwas in die Waagschale zu werfen. Wenn wir dazu aber nicht in der Lage sind, dürfen wir auch keine solche Propaganda machen, denn die mündet immer in der Anrufung derer, die unser Feind sind – und auch der Feind des ukrainischen Volkes.

2. Wir formulieren somit auch keine Kriegsziele für die Ukraine. Darüber hat allein die ukrainische Bevölkerung zu entscheiden. Wir fordern allerdings, dass dabei den Minderheiten im Land die gleichen Entscheidungsrechte zugestanden werden wie der Mehrheitsbevölkerung. Wir stellen uns nicht weniger gegen den ukrainischen Nationalismus als gegen den großrussischen Chauvinismus.

3. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, weil nicht erkennbar ist, dass die Ukraine in absehbarer Zeit die russischen Truppen aus dem Land vertreiben kann; unter diesen Bedingungen die Kriegshandlungen aufrechtzuerhalten, schwächt die Ukraine täglich mehr, als dass sie sie stärkt.

Die ukrainische Bevölkerung hat ein Interesse daran, dass die Kampfhandlungen so schnell wie möglich aufhören: Sie zahlt in jeder Beziehung die Zeche, während die Besserverdienenden in ihren Reihen sich dem Kriegsdienst entziehen und eine aufstrebende Mittelklasse den Krieg zu nutzen versucht, um sich der Oligarchenherrschaft zu entledigen (sie nennen es: „das sowjetische Modell loswerden“; oder: „eine rechtsstaatliche Ordnung herbeiführen“) und selber an die Fleischtöpfe zu kommen.

Mitten im Krieg findet ein neoliberaler Umbau der Ukraine und ihr Zuschnitt auf EU-Normen statt. Das lässt

klar erkennen, was der innenpolitische Zweck des Krieges ist und warum die ukrainische Arbeiterklasse damit nichts am Hut haben kann: Es ist nicht ihr Krieg. Und anders als in anderen nationalen Befreiungskriegen verschafft ihr das Bündnis mit der Mittelklasse auch keine Aussicht auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, sie werden schlechter.

IV. Das berührt die zweite Ebene, die innere nationale Einheit:

Die Tatsache, dass die Ukraine angegriffen wird und sich verteidigen muss, macht ihren Kampf noch nicht zu einem nationalen Befreiungskrieg. Es ist ein konventioneller Krieg zwischen zwei bürgerlichen Staaten, dem alle Merkmale eines Volkskriegs fehlen. Zu Anfang hat es diese noch gegeben, auch linke Versuche einer Bildung selbständiger militärischer Einheiten. Das Militär hat jedoch sehr schnell die Kontrolle darüber wiedererlangt, die Verhängung des Kriegsrechts hat kritische Meinungen unterdrückt und die „Reform“ des Arbeitsrechts, die Privatisierungen und die anhaltende Korruption haben ihr Übriges getan, die Bevölkerung diesem Krieg zu entfremden. Die wachsende Zahl von Deserteuren ist ein Ausdruck davon.

Die Unterstützung für Selenskyjs Kriegführung ist keineswegs einhellig und je nach Landesteil unterschiedlich stark. Das hat auch mit dem schwachen inneren Zusammenhalt der ukrainischen Nation zu tun.

Die Ukraine war in der letzten Phase der Sowjetunion deren industriell und kulturell entwickeltster Teil. Ihr ökonomischer Absturz nach ihrem Ende als sowjetischer Teilstaat war bedeutend stärker als der in Russland, ihre staatlichen Institutionen deutlich schwächer und ihre aus der sowjetischen Bürokratie entstehenden Oligarchen blickten außenwirtschaftlich in die verschiedensten Richtungen. Eine innere nationale Einheit konnte so nicht zustande kommen, zumal die Ukraine keine solche Tradition hat. Es hätte eines gemeinsamen Aufbauprojekts bedurft, um eine solche Einheit zu schaffen, nicht des Auseinanderfallens in tausend private Raubzüge. Ein Krieg aber, der die bestraft, die den Kopf für ihn hinhalten, und letztlich in Schuldknechtschaft mündet, kann und wird eine solche Einheit nie herstellen.

V. Die dritte Ebene

Es gibt noch eine *dritte Ebene*, das ist der postsowjetische Charakter der Ukraine und die spezifische Belastung, die er für die Linke in Europa bedeutet.

Im größeren Teil der nachsowjetischen Ukraine hat sich – befeuert durch die „orange Revolution“ und durch den russischen Angriffskrieg erst recht – ein starker Wille entwickelt, sich dem liberalen Kapitalismus anzuschließen. Viele verstehen unter dem Recht auf Selbstbestimmung im Grunde den Anschluss an die EU (schon weniger an die NATO).

Die mittel-osteuropäischen Staaten haben das um 1990/91 herum ebenso getan. Der Unterschied ist, dass in Polen, Tschechien, Ungarn, Ostdeutschland usw. damals nur westliche ausländische Mächte hineinregiert haben, während Russland sich völlig raushielt. Die „Wende“ verlief also unblutig. Die Linke im Westen konnte nur zuschauen. Wir waren natürlich gegen den Beitritt dieser Länder zur NATO und zur EU. Aber wir konnten ihn nicht verhindern – es war die mehrheitliche Entscheidung der Bevölkerungen und es war der Preis, den die Linke dafür zu zahlen hatte, dass das Erbe der Oktoberrevolution so schändlich vertan worden war.

Wir zahlen diesen Preis immer noch. Wenn eine Vertreterin aus Lwiw am Ende der Ukraine-Veranstaltung in Berlin im Juni 2024 sagt: „Wir wissen, wo wir hingehören“, dann raubt uns das den Atem. Wir teilen ihren Standpunkt nicht, aber wir haben ihn zu respektieren und können auch verstehen, dass ihnen die westliche Lebensweise mehr zusagt. (Der Vollständigkeit halber sei erwähnt: Die Vertreterin aus Krywyj Rih sagte: „Uns ist egal, wo wir leben, Hauptsache, wir leben in Sicherheit.“)

Damit geraten wir aber in einen Abstand zu ihnen, unsere Ausgangspunkte sind schlicht grundverschieden: Wir wollen aus dem liberalen Kapitalismus raus, sie wollen hinein. Das ist ein grundsätzlicher Unterschied der Positionen, den man auch mit schönen Worten nicht zukleistern kann.

Das heißt, es bleibt in Europa eine Ost-West-Spaltung der Linken, die sich jetzt wieder in der Frage der Haltung zum Ukrainekrieg manifestiert. Diese Spaltung lässt sich nicht voluntaristisch überwinden; vielmehr müssen wir versuchen, Brücken zu schlagen im Bewusstsein, dass diese Spaltung vorhanden ist.

VI. Selbstbestimmung ist mehr als staatliche Unabhängigkeit

Recht auf Selbstbestimmung beinhaltet heute deutlich mehr als nur staatliche Unabhängigkeit. Es muss den neuen Methoden imperialistischer Dominanz Rechnung tragen und die Schuldenfrage in den Mittelpunkt stellen. Nationale Selbstbestimmung ist ohne Demokratie und Freiheit von kolonialer Ausbeutung nicht möglich.

Was also ist internationalistische Pflicht in der Ukraine?

1. die Kräfte vor Ort zu stärken, die sich der neoliberalen Zurichtung widersetzen – durch gewerkschaftliche Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und eine Kampagne für die Schuldenstreichung;
2. eine gemeinsame nichtkapitalistische Aufbau- und Zukunftsperspektiven im europäischen Rahmen von unten zu entwickeln;
3. die russische Antikriegsbewegung gegen den russischen Imperialismus zu unterstützen;
4. die Aufrüstung der NATO und ihre Kriegstreiberei zu bekämpfen.

VII. Exkurs: Lenin und Trotzki über das Recht auf nationale Selbstbestimmung

Die beiden russischen Revolutionäre haben stets darauf gepocht, dass eine Sachlage nur aus dem Gesamtzusammenhang zu beurteilen ist, getreu dem Wort Lenins: „Das Wahre ist das Ganze.“ Aus diesem Grund widerspricht er z.B. dem Argument, weil Deutschland Belgien überfallen habe, müssten Sozialisten jetzt auf der Seite der Entente stehen:

„Die Sozialchauvinisten des Dreiverbands (jetzt Vierverbands), (in Rußland Plechanow und Co.) berufen sich mit Vorliebe auf das belgische Beispiel. Aber dieses Beispiel spricht gegen sie. Die deutschen Imperialisten haben die Neutralität Belgiens schamlos gebrochen, wie es die kriegführenden Staaten, die im Bedarfsfall alle Verträge und eingegangenen Verpflichtungen brechen, stets und überall getan haben. Angenommen, alle an der Einhaltung der internationalen Verträge interessierten Staaten hätten Deutschland den Krieg erklärt mit der Forderung, Belgien zu räumen und zu entschädigen. In diesem Fall wäre die Sympathie der Sozialisten natürlich auf seiten der Feinde Deutschlands. Aber der Haken ist gerade der, daß der ‚Drei(bzw. Vier)verband‘ den Krieg nicht um Belgiens willen führt; das ist aller Welt bekannt, und nur Heuchler suchen es zu vertuschen. England will die deutschen Kolonien und die Türkei plündern, Rußland Galizien und die Türkei ... Auf der Basis des gegenwärtigen Krieges zwischen den gegenwärtigen Regierungen kann man Belgien nicht anders helfen als dadurch, daß man mithilft, Österreich oder die Türkei usw. zu erdrosseln! Was hat das mit ‚Vaterlandsverteidigung‘ zu tun??“ (LW Bd. 21, S. 305f.)

An anderer Stelle polemisiert Lenin: „Karl Radek ... rennt in dem Artikel ‚Das Selbstbestimmungsrecht der Völker‘ ... sehr heftig gegen das Selbstbestimmungsrecht an, wobei er ... unter anderem folgendes Argument anführt:

das Selbstbestimmungsrecht stärke den Glauben, ‚als sei es Pflicht der Sozialdemokratie, jeden Unabhängigkeitskampf zu unterstützen‘. Vom Standpunkt der *allgemeinen* Theorie ist dieses Argument geradezu empörend, denn es ist offensichtlich unlogisch: Erstens gibt es keine einzige demokratische Teilforderung und kann es keine geben, die nicht zu Mißbräuchen führen könnte, wenn man den Teil nicht dem Ganzen unterordnet; wir sind nicht verpflichtet, ‚jeden‘ Unabhängigkeitskampf oder ‚jede‘ republikanische oder antiklerikale Bewegung zu unterstützen ...

Betrachten wir indes statt dieser allgemeinen Argumente die *besonderen* Verhältnisse in Polen: seine Unabhängigkeit ist *jetzt* ohne Kriege oder Revolutionen ‚undurchführbar‘. Einzig und allein um der Wiederaufrichtung Polens willen für einen europäischen Krieg sein – das hieße ein Nationalist schlimmster Sorte sein, die Interessen der kleinen Anzahl von Polen höher stellen als die Interessen von Hunderten Millionen Menschen, die durch den Krieg leiden ... Die Losung der Unabhängigkeit Polens *jetzt* aufstellen, angesichts des *gegenwärtigen* Verhältnisses zwischen den imperialistischen *Nachbarstaaten*, heißt in der Tat einer Utopie nachjagen, in engstirnigen Nationalismus verfallen, die Voraussetzung der gesamteuropäischen oder zumindest der russischen und der deutschen Revolution vergessen.“ (LW Bd. 22, S. 357f.)

Natürlich gibt es auch noch Kriege des alten Stils, räumt Lenin ein. Er zählt dazu u. a. „die Serben, die um ihre nationale Existenz kämpfen“ (LW Bd. 36, S. 278). Die serbische Sozialdemokratie hatte aber, im Gegensatz zu anderen unterdrückten Völkern des Habsburgerreichs, gegen die Kriegskredite gestimmt. Ihr Vorsitzender, Dušan Popović, schrieb 1915: „Wenn die Sozialdemokratie irgendwo das Recht hatte, für den Krieg zu stimmen, dann vor allem in Serbien. Für uns aber war die entscheidende Tatsache, dass der Krieg zwischen Serbien und Österreich nur ein kleiner Teil einer Totalität war, nur der Prolog zu einem größeren, europäischen Krieg, und dieser hatte – davon waren wir zutiefst überzeugt – einen deutlich ausgeprägten imperialistischen Charakter. Daher hielten wir es als Teil der großen sozialistischen, proletarischen Internationale für unsere Pflicht, uns dem Krieg entschieden entgegenzustellen.“ (Zit. nach: AK Beau Séjour: *Sterben und sterben lassen. Der Ukrainekrieg als Klassenkonflikt*. Berlin 2024. S. 11f.)

Lenins Schlussfolgerung: Die neuen Kriege stellen Sozialisten vor andere Aufgaben als die alten, sie lauten nun nicht mehr „Vaterlandsverteidigung“, sondern „Umwandlung des ‚nationalen Krieges‘ in den Bürgerkrieg“:

„Man kann den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht vollziehen, ohne den nationalen Rahmen zu sprengen, sowenig der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus möglich war ohne die nationalen Ideen.“ (LW Bd. 36, S. 281, 282.)

Er lehnte es auch ab, „jede Angliederung eines ‚fremden‘ Territoriums als Annexion [zu] bezeichnen, denn im allgemeinen sind die Sozialisten für das Verschwinden der Grenzen zwischen den Nationen, für die Annäherung und Verschmelzung der Nationen, für die Bildung von größeren Staaten“. Unter Annexion „kann und muß“ man „bloß die Angliederung eines Landes *gegen den Willen seiner Bevölkerung* verstehen“ (LW Bd. 36, S. 363). Anders als wohl die meisten Sozialdemokraten seiner Zeit war er jederzeit bereit, Grenzen in Frage zu stellen, ein Denken in nationalstaatlichen Grenzen lehnte rundheraus ab: „Die Arbeiter haben kein Vaterland“, wiederholte er den Satz aus dem Kommunistischen Manifest.

Er spottete über die „Sozialisten“, die Annexionen anderer Staaten verurteilen, aber über die Annexionen des eigenen Staates hinwegsehen – „d.h. sie verfallen der bürgerlichen chauvinistischen Propaganda“. Er wird da sehr konkret: „Es ist klar, dass sowohl die französischen ‚Sozialisten‘, die den Krieg um Elsaß-Lothringen rechtfertigen, als auch die deutschen, die nicht die Freiheit der Lostrennung Elsaß-Lothringens von Deutschland fordern, gleichermaßen Annexionisten sind, wie sehr sie auch das Gegenteil beteuern mögen. Es ist klar, dass die russischen ‚Sozialisten‘, die gegen den ‚Zerfall Russlands‘ sprechen oder schreiben oder die heute direkt oder indirekt einen Krieg rechtfertigen, der darum geführt wird, wer Polen im Namen der Losung ‚Frieden ohne Annexionen‘ knechten soll, genau solche Annexionisten sind...“ (LW Bd. 36, S. 364).

Lenin hat scharf unterschieden, *wer* die Forderung nach Selbstbestimmung erhebt, ob sie aus einem imperialistischen oder aus einem vom Imperialismus unterdrückten Land kommt. Er bestand darauf, dass die Arbeiterklasse im imperialistischen Land unbedingt für das Recht der unterdrückten Nation auf Lostrennung eintreten müsse, dass die Arbeiterklasse des unterdrückten Landes aber unbedingt einen internationalistischen Standpunkt beziehen – also die Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse des imperialistischen Landes suchen müsse. So schreibt er 1916 in „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen)“:

„[D]ie Sozialisten der unterdrückten Nationen [müssen] auf die vollständige und bedingungslose, auch organisato-

rische Einheit der Arbeiter der unterdrückten Nation mit denen der unterdrückenden Nation besonders bestehen und sie ins Leben rufen. Ohne dies ist es unmöglich, auf der selbständigen Politik des Proletariats sowie auf seiner Klassensolidarität mit dem Proletariat der andern Länder ... zu bestehen.“ (LW Bd. 22, S. 149.)

Was war der Sinn dessen? Beide Male war es derselbe universalistische Ansatz und dasselbe Ziel: alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die der internationalen Einheit der Arbeiterklasse im Wege stehen können. Der Fokus war stets auf die Internationale gerichtet.

In der Ukraine ist heute ein solcher internationalistischer Ansatz kaum zu finden. Linke ukrainisch-russische Zusammenarbeit ist, neben propagandistischer Zusammenarbeit, meist Solidaritätserklärung russischer Antikriegsaktivist:innen mit der Bevölkerung der Ukraine. Umgekehrt ist ein Bemühen, gegen den chauvinistischen antirussischen Strom in der Ukraine anzuschwimmen, kaum festzustellen.

Wenn Lenin keine Gelegenheit ausgelassen hat, den großrussischen Chauvinismus zu geißeln, rechnet Trotzki in ebenso scharfen Worten mit dem ukrainischen Nationalismus ab. Er schreibt im April 1939 – da ist die Ukraine geteilt in den Teil, der Polen zugeschlagen worden war, und den Teil, der zur Sowjetunion gehörte; es hat unter Stalin eine Russifizierung und mit der Kollektivierung der Landwirtschaft eine ungeheure Hungersnot stattgefunden und die Wehrmacht bereitet sich, unter dem Vorwand, das Land vom „sowjetischen Joch“ zu befreien, auf die Besetzung der Ukraine vor:

„Die neue Zuspitzung der ukrainischen Frage ist aufs engste verknüpft mit der Entartung von Sowjetunion und Komintern, den Erfolgen des Faschismus und dem Näherücken des nächsten imperialistischen Krieges ...

Nach Auffassung der alten bolschewistischen Partei sollte die Sowjetukraine eine machtvolle Achse werden, um die herum sich die übrigen Teile des ukrainischen Volkes vereinigen sollten. Es ist unbestreitbar, daß die Sowjetukraine in der ersten Periode ihres Bestehens eine mächtige Anziehungskraft, auch in nationaler Hinsicht, entwickelte und Arbeiter, Bauern und revolutionäre Intelligenz der von Polen versklavten Westukraine zum Kampf anspornte. In den Jahren der thermidorianischen Reaktion wandelte sich jedoch die Lage der Sowjetukraine und damit der Rahmen der ukrainischen Frage insgesamt deutlich. Je größer die einmal geweckten Hoffnungen waren, desto schmerzlicher war nun die Enttäuschung. Die Bürokratie unterdrückte und plünderte das Volk auch in

Großrußland aus. Aber in der Ukraine komplizierte sich die Angelegenheit durch die Zerstörung nationaler Hoffnungen ... Die Sowjetukraine wurde für die totalitäre Bürokratie zum Verwaltungsabschnitt einer Wirtschaftseinheit und einer UdSSR-Militärbasis ...

Die Arbeiter- und Bauernmassen in der Westukraine, der Bukowina und der Karpato-Ukraine sind desorientiert: Wohin soll man sich wenden? Was soll man fordern? In dieser Situation gerät die Führung natürlich in die Hände der reaktionärsten ukrainischen Cliques, deren ‚Nationalismus‘ sich darin ausdrückt, das ukrainische Volk mit dem Versprechen einer fiktiven Unabhängigkeit an den einen oder anderen Imperialismus zu verkaufen.“ (TS Bd. 1.2, S. 1168f., 1173f., 1176f.)

Trotzki verteidigt das Recht der Sowjetukraine, aus der Sowjetunion auszutreten, aber die Unterwerfung unter einen anderen Imperialismus ist indiskutabel:

„Meiner Meinung nach kann es heute keine andere Losung geben als diese: Eine vereinigte, freie und unabhängige Sowjetukraine der Arbeiter und Bauern ...

Nur hoffnungslose, pazifistische Dummköpfe können sich vorstellen, dass die Befreiung und Vereinigung der Ukraine durch friedliche diplomatische Mittel, durch Referenden, Beschlüsse des Völkerbunds usw. erreicht werden kann. Keinen Deut besser sind freilich jene ‚Nationalisten‘, die die ukrainische Frage dadurch lösen wollen, dass sie einem Imperialismus Handlangerdienste gegen den anderen leisten ... Das Programm für die Unabhängigkeit der Ukraine ist in der Epoche des Imperialismus unmittelbar und unlösbar mit dem Programm der proletarischen Revolution verbunden. Es wäre verbrecherisch, irgendwelche Illusionen in diesem Punkt zu hegen.“ (Ebd., S. 1178.)

Wenn man das Wort „sowjetisch“ streicht, und überdies in Rechnung stellt, dass die internationale Arbeiterbewegung heute um Längen schwächer ist als damals, ihre Fähigkeit, eine politische Alternative aufzuzeigen, mithin viel kümmerlicher, hat man damit eine ganz gute Beschreibung der Richtung, in die unser Handeln auch heute gehen muss.

4.11.2024



DIE REBELLION IN SYRIEN VERSTEHEN

Das nachfolgende Interview führte die US-Zeitschrift *Tempest* mit **Joseph Daher** am 8. Dezember kurz nach dem Sieg der Rebellion in Syrien.

Tempest: Wie fühlen sich die Syrer:innen heute nach dem Fall des Regimes?

Joseph Daher: Das Glücksgefühl ist unbeschreiblich. Wir konnten Videos von Demonstrationen der Bevölkerung im ganzen Land sehen, aus Damaskus, Tartus, Homs, Hama, Aleppo, Qamischli, Suwaida usw., und zwar von Menschen aller Ethnien und Glaubensrichtungen, die Statuen und Symbole der Assad-Familie zerstörten.

Und natürlich gibt es ein riesiges Glücksgefühl aufgrund der Befreiung der politischen Gefangenen vor allem aus dem Sednaya-Gefängnis, das als „Menschenschlachthaus“ bekannt ist und in dem je nach Phase zwischen 10 000 bis 20 000 Gefangene eingekerkert waren. Einige von ihnen waren dort seit den 1980er Jahren inhaftiert. Und es haben Menschen, die 2016 oder schon vorher aus Aleppo und anderen Städten geflohen sind, nach Hause zurückkehren und das erste Mal seit Jahren ihre Familien wiedersehen können.

Gleichzeitig war zu sehen, dass in den ersten Tagen nach Beginn der Offensive die Reaktionen der Bevölkerung zunächst sehr gemischt und Ausdruck deren Verunsicherung waren, Ausdruck auch der politischen Unterschiedlichkeit der politischen Strömungen in der syrischen Gesellschaft, und zwar im Land wie auch außerhalb. Einige Teile waren über diese territorialen Eroberungen und jetzt den möglichen Sturz des Regimes sehr glücklich.

Aber andere Teile der Bevölkerung waren und sind immer noch voller Angst, was HTS und SNA angeht. Sie sind aufgrund des autoritären und reaktionären Wesens dieser Kräfte und ihres politischen Projekts besorgt. Und einige machen sich Sorgen über das, was angesichts der neuen Lage geschehen wird. Vor allem sind weite Teile der kurdischen Bevölkerung, aber auch andere zwar glücklich über den Sturz der Assad-Diktatur, haben aber die Vertreibungen und Ermordungen durch die SNA verurteilt.

Kannst du den Ablauf der Ereignisse nachzeichnen, vor allem den Vormarsch der Rebellen, die Assads Armee besiegten, was zu seinem Sturz führte?

Die HTS und die von der Türkei unterstützte SNA begannen ihren Feldzug gegen die syrische Armee am 27. November und verzeichneten verblüffende Erfolge. In weniger als einer Woche eroberten sie die größten Teile der Regionen um Aleppo und Idlib. Nach schweren Kämpfen mit der Armee und der sie unterstützenden russischen Luftwaffe fiel Hama, 200 km nördlich von Damaskus, in die Hände der Rebellen. Nach Hama übernahm die HTS die Kontrolle über Homs.

Anfang schickte das Regime Verstärkungen nach Hama und Homs und bombardierte dann mit Unterstützung der russischen Luftwaffe die Städte Idlib und Aleppo und deren Umgebung. Am 1. und 2. Dezember wurde Idlib mit fünfzig Luftschlägen angegriffen, vier Krankenhäuser, vier Schulen, zwei Flüchtlingslager und ein Wasserwerk wurden getroffen. Mit den Luftschlägen wurden 48 000 Menschen vertrieben und Versorgungseinrichtungen beschädigt und Hilfslieferungen unterbrochen. Diktator Baschar al-Assad hatte eine Niederlage seiner Feinde angekündigt und erklärt: „Terrorismus versteht nur die Sprache der Gewalt.“ Aber von allen Seiten her zerbröselte das Regime bereits.

Als das Regime [im Norden] Stadt um Stadt verlor, haben sich die Gouvernements Suweida und Daraa selbst befreit. Die dort ansässigen bewaffneten Kräfte der Opposition, die von HTS und SNA unabhängig sind und sich auch deutlich von ihnen unterscheiden, ergriffen die Kontrolle. Daraufhin zogen sich die Kräfte des Regimes zehn Kilometer nördlich von Daraa zurück und gaben auch ihre Stellungen in der Provinz Quneitra auf, die an die von Israel besetzten Golanhöhen grenzt.

Als sich verschiedene bewaffnete Kräfte der Opposition, und das waren weder die HTS noch die SNA, der Hauptstadt Damaskus näherten, zerbrachen die Kräfte des Regimes und zogen sich zurück, während die Demonstrationen und das Verbrennen aller Symbole von Baschar al-Assad in den verschiedenen Vororten von Damaskus ständig mehr wurden. In der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember wurde bekannt gegeben, dass Damaskus befreit war. Das genaue Schicksal und der Aufenthaltsort von Baschar al-Assad waren zunächst unbekannt, aber einige Informationen deuteten darauf hin, dass er sich unter Moskau Schutz in Russland aufhielt.

Der Sturz des Regimes bewies seine strukturelle Schwäche, militärisch, wirtschaftlich und politisch. Es brach zusammen wie ein Kartenhaus. Dies ist kaum verwunderlich, denn es war klar, dass die Soldaten angesichts ihrer schlechten Bezahlung und Bedingungen nicht für das Assad-Regime kämpfen würden. Sie zogen es vor, zu fliehen oder einfach nicht zu kämpfen, statt ein Regime zu verteidigen, für das sie nur wenig Sympathie hegten, zumal viele von ihnen zwangsrekrutiert worden waren.

Neben dieser Dynamik im Süden gab es in verschiedenen Teilen des Landes seit Beginn der Offensive der Rebellen andere Entwicklungen. Zunächst startete die SNA Angriffe auf Gebiete, die von den kurdisch geführten Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) im Norden Aleppo kontrolliert werden, und kündigte dann den Beginn einer neuen Offensive gegen die nördliche Stadt Manbidsch an, die von den SDF kontrolliert wird. Am Sonntag, den 8. Dezember, rückte die SNA mit Unterstützung der türkischen Armee, Luftwaffe und Artillerie in die Stadt ein.

Zweitens haben die SDF den größten Teil des Gouvernements Deir-ez-Zor erobert, das zuvor von syrischen Regimetruppen und pro-iranischen Milizen kontrolliert wurde, nachdem diese sich zurückgezogen hatten, um in anderen Gebieten gegen HTS und SNA zu kämpfen. Die SDF dehnten daraufhin ihre Kontrolle über weite Teile des Nordostens aus, die zuvor unter der Herrschaft des Regimes standen.

Wer sind die Rebellengruppen, im Besonderen die wichtigsten Formationen HTS und SNA? Worin besteht ihre Politik, was ist ihr Programm und was ist ihr Projekt?

Die erfolgreiche Eroberung von Aleppo, Hama, Homs und anderen Gebieten in einer von der HTS geführten militärischen Offensive spiegelt in vielerlei Hinsicht die Entwicklung dieser Bewegung über mehrere Jahre hinweg

zu einer disziplinierteren und besser strukturierten Organisation wider, sowohl politisch als auch militärisch. Sie kann jetzt Drohnen herstellen und unterhält eine Militärakademie. In den letzten Jahren konnte die HTS ihre Hegemonie über einige militärische Gruppen sowohl durch Unterdrückung als auch durch Einbeziehung durchsetzen. Auf dieser Grundlage hat sie sich in die Lage versetzt, diesen Angriff durchzuführen.

Sie ist in den von ihr kontrollierten Regionen zu einem quasi-staatlichen Akteur geworden. Sie hat eine Regierung eingesetzt, die Syrische Heilsregierung (SSG), die so etwas wie die zivile Verwaltung der HTS ist und Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Die HTS und die SSG zielten in den letzten Jahren darauf ab, sich gegenüber regionalen und internationalen Mächten als rationale Kraft zu präsentieren, um auf diese Weise ihre Herrschaft zu normalisieren. Dies hat insbesondere dazu geführt, dass einige NGO in Schlüsselbereichen wie dem Bildungs- und Gesundheitswesen, in denen die SSG über keine ausreichenden finanziellen Mittel und Wissen verfügt, mehr Freiraum für ihre Tätigkeit erhalten haben.

Das bedeutet nicht, dass es in den von ihr beherrschten Gebieten keine Korruption gibt. Sie hat ihre Herrschaft mit autoritären und polizeilichen Maßnahmen durchgesetzt. Die HTS hat insbesondere Aktivitäten unterdrückt oder eingeschränkt, die ihrer Ansicht nach konträr zu ihrer Ideologie stehen. So hat die HTS beispielsweise mehrere Projekte zur Unterstützung von Frauen, vor allem von Bewohnerinnen der Flüchtlingslager, unter dem Vorwand gestoppt, diese Projekte kultivierten die Gleichstellung der Geschlechter, was gegen ihre Herrschaft gerichtet sei. Die HTS hat auch politische Gegner:innen, Journalist:innen, Aktivist:innen und Personen, die sie als Kritiker:innen oder Gegner:innen ansieht, festgenommen.

Die HTS, die von vielen Regierungen, einschließlich der US-amerikanischen, nach wie vor als terroristische Organisation eingestuft wird, hat versucht, ein gemäßigeres Bild von sich abzugeben, um als vernünftiger und verantwortungsbewusster Akteur anerkannt zu werden. Begonnen hat dies 2016 mit dem Abbruch ihrer Beziehungen zu Al-Qaida und der Neuausrichtung ihrer politischen Ziele in Syrien. Außerdem hat sie Personen und Gruppen, die mit Al-Qaida und der Organisation Islamischer Staat in Verbindung stehen, unterdrückt.

Im Februar 2021 erklärte ihr Anführer Abu Mohammed al-Dschoulani oder Ahmad asch-Schar'a (sein richtiger Name) in seinem ersten Interview mit einem US-Journalisten, dass die von ihm kontrollierte Region „keine Bedro-

hung für die Sicherheit Europas und Amerikas“ darstelle und dass die von ihm beherrschten Gebiete nicht zu einer Basis für Operationen im Ausland würden.¹

Bei diesem Versuch, sich als legitimer Gesprächspartner auf der internationalen Bühne zu definieren, betonte er die Rolle der Gruppe im Kampf gegen den Terrorismus. Im Rahmen dieser Neuausrichtung hat sie in einigen Gebieten die Rückkehr von Christen und Drusen zugelassen und Kontakte zu einigen Führern dieser Gemeinschaften aufgenommen.

Auch nach der Einnahme von Aleppo präsentierte sich die HTS als verantwortungsvoller Akteur. So posteten HTS-Kämpfer sofort Videos vor Banken, womit sie deutlich machten, dass sie Privateigentum und Vermögenswerte schützen. Sie versprachen auch, Zivilisten und religiöse Minderheiten, insbesondere Christen, zu schützen, denn sie wissen, dass das Schicksal dieser Gemeinschaften im Ausland genau beobachtet wird.

Auch hat die HTS zahlreiche Erklärungen abgegeben, in denen sie einen ähnlichen Schutz für Kurden und islamische Minderheiten wie Ismaeliten und Drusen verspricht. Sie gab auch eine Erklärung zu den Alawiten ab, in der sie diese zum Bruch mit dem Regime aufrief, ohne jedoch zu erklären, dass die HTS sie schützen würde. Sie äußerte sich nicht klar über die Zukunft der Alawiten. In dieser Erklärung bezeichnet die HTS die alawitische Gemeinschaft vielmehr als ein Instrument des Regimes gegen das syrische Volk.

Schließlich hat der Führer der HTS, Abu Mohammad al-Dschoulani, erklärt, dass die Stadt Aleppo von einer lokalen Behörde verwaltet werden wird und dass sich alle militärischen Kräfte, einschließlich derjenigen der HTS, in den kommenden Wochen vollständig aus der Stadt zurückziehen werden. Daraus wird ersichtlich, dass al-Dschoulani aktiv mit lokalen, regionalen und internationalen Kräften zusammenarbeiten will.

Es ist jedoch noch offen, ob die HTS diesen Erklärungen Taten folgen lässt. Die Organisation ist eine autoritäre und reaktionäre Organisation mit einer islamisch-fundamentalistischen Ideologie, die immer noch ausländische Kämpfer in ihren Reihen zählt. In den letzten Jahren kam es in Idlib zu zahlreichen Demonstrationen gegen die Herrschaft der HTS und gegen die Unterdrückung von politischen Freiheiten und Menschenrechten einschließlich Ermordungen und Folterungen von Gegnern.

Es reicht nicht, religiöse oder ethnische Minderheiten zu tolerieren oder ihnen zu erlauben, zu

beten. Es geht vor allem darum, ihre Rechte als gleichberechtigte Bürger anzuerkennen, die über die Zukunft des Landes mitbestimmen können.

Generell sind Äußerungen des HTS-Chefs al-Dschoulani wie „Menschen, die sich vor der islamischen Regierung fürchten, haben entweder nur eine falsche Umsetzung wahrgenommen oder sie verstehen sie nicht richtig“ definitiv nicht beruhigend, ganz im Gegenteil.²

Die von der Türkei unterstützte SNA ist eine Koalition bewaffneter Gruppen mit überwiegend islamisch-konservativer Politik. Sie hat einen sehr schlechten Ruf und ist verantwortlich für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegenüber der kurdischen Bevölkerung in den von ihr kontrollierten Gebieten. Sie waren insbesondere an der türkisch geführten Offensive zur Besetzung von Afrin im Jahr 2018 beteiligt, die zur Zwangsvertreibung von rund 150 000 Zivilist:innen führte, von denen die große Mehrheit Kurd:innen sind.

Auch in der aktuellen Offensive dient die SNA in erster Linie türkischen Zielen, indem sie Gebiete angreift, die von den kurdisch geführten Syrischen Verteidigungskräften (SDF) kontrolliert werden und in denen große kurdische Bevölkerungsgruppen leben. So hat die SNA beispielsweise die Stadt Tal Rifaat und das Gebiet Schahba nördlich von Aleppo erobert, die zuvor unter der Kontrolle der SDF standen. Dies führte zur Zwangsvertreibung von mehr als 150 000 Zivilist:innen und zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen an Kurd:innen, darunter Ermordungen und Entführungen.³ Anschließend kündigte die SNA eine von der türkischen Armee unterstützte Militäroffensive auf die von den SDF kontrollierte Stadt Manbidsch an, in der 100 000 Zivilist:innen leben.

Es gibt also Unterschiede zwischen der HTS und der SNA. Die HTS ist nicht abhängig von der Türkei, im Gegensatz zur SNA, die von der Türkei kontrolliert wird und deren Interessen dient. Die beiden Kräfte sind unterschiedlich, verfolgen verschiedene Ziele und haben Konflikte, auch wenn diese im Moment noch unter der Decke gehalten werden. Die HTS will derzeit keine Konfrontation mit den SDF. Die SNA veröffentlichte eine kritische Erklärung gegen die HTS wegen ihres „aggressiven Verhaltens“ gegenüber SNA-Mitgliedern, während die HTS die SNA-Kämpfer für Plünderungen verantwortlich macht.

Für viele, die die Ereignisse in Syrien nicht verfolgt haben, kam dies aus heiterem Himmel. Was sind die Ursachen für die jetzige Entwicklung von Revolution, Konterrevolution und Bürgerkrieg in

Syrien? Was ist in der letzten Zeit innerhalb des Landes geschehen, das die Militäroffensive ausgelöst hat? Welche regionalen und internationalen Dynamiken haben dem Vormarsch der Rebellen ermöglicht?

Ursprünglich startete die HTS ihre Offensive als Reaktion auf die Eskalation der Angriffe und Bombardierungen ihres nordwestlichen Gebiets durch das Assad-Regime und Russland. Ihr Ziel war es auch, Gebiete zurückzuerobern, die das Regime erobert hatte, als es in die Deeskalationszonen vorgestoßen war, die in einem von Moskau und Teheran ausgehandelten Abkommen vom März 2020 vereinbart worden waren. Nach ihrem überraschenden Erfolg weiteten sie jedoch ihre Ziele aus und riefen offen zum Sturz des Regimes auf, was sie und andere nun erreicht haben.

Die HTS und die SNA waren so erfolgreich, weil die wichtigsten Verbündeten des Regimes geschwächt waren. Russland, Assads wichtigster internationaler Unterstützer, hat seine Kräfte und Ressourcen in seinen imperialistischen Krieg gegen die Ukraine umgeleitet. Infolgedessen war sein Engagement in Syrien wesentlich geringer als bei ähnlichen Militäroperationen in den vergangenen Jahren.

Aufgrund all seiner strukturellen Schwächen, der mangelnden Unterstützung durch die von ihm beherrschte Bevölkerung, der Unzuverlässigkeit seiner eigenen Truppen und ohne internationale und regionale Unterstützung hat sich das Assad-Regime als unfähig erwiesen, dem Vormarsch der Rebellen standzuhalten. Seine Herrschaft ist wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Da ihre wichtigsten Unterstützer beschäftigt und geschwächt waren, befand sich die Diktatur von Assad in einer verwundbaren Position.

Seine beiden anderen wichtigen Verbündeten, die libanesische Hisbollah und der Iran, wurden von Israel seit dem 7. Oktober 2023 dramatisch geschwächt. Tel Aviv hat die Führung der Hisbollah, darunter Hassan Nasrallah, ermordet, ihre Kader mit Pager-Angriffen dezimiert und ihre Streitkräfte im Libanon bombardiert. Die Hisbollah steht definitiv vor ihrer größten Herausforderung seit ihrer Gründung. Israel hat auch eine Reihe von Angriffen auf den Iran durchgeführt und dessen Schwachstellen offengelegt. In den letzten Monaten hat es auch die Bombardierung von iranischen und Hisbollah-Stellungen in Syrien verstärkt.

Wie hatten die Verbündeten des Regimes anfangs reagiert? Was sind ihre Interessen in Syrien?

Sowohl Russland als auch der Iran haben zunächst zu-

gesagt, das Regime zu unterstützen, und auch gedrängt, die HTS und die SNA zu bekämpfen. In den ersten Tagen der Offensive rief Russland das syrische Regime auf, sich zusammenzureißen und „Ordnung in Aleppo zu schaffen“, was darauf hindeutet, dass es auf eine Gegenoffensive von Damaskus hoffte.

Der Iran strebte angesichts dieser Offensive nach einer „Koordination“ mit Moskau. Er erklärte, die USA und Israel stünden hinter der Offensive der Rebellen, mit der das syrische Regime destabilisiert werden solle, um damit die Aufmerksamkeit von Israels Krieg in Palästina und im Libanon abzulenken. Iranische Politiker erklärten ihre volle Unterstützung für das syrische Regime und bekräftigten ihre Absicht, die Präsenz ihrer „Militärberater“ in Syrien beizubehalten und sogar zu verstärken, um die syrische Armee zu unterstützen. Außerdem versprach Teheran, dem syrischen Regime Raketen und Drohnen zu liefern und sogar eigene Truppen zu entsenden.

Dies hat jedoch ganz klar nicht funktioniert. Trotz der russischen Bombardierung von Gebieten außerhalb der Kontrolle des Regimes war der Vormarsch der Rebellen nicht zu bremsen.

Beide Mächte haben in Syrien viel zu verlieren. Für den Iran ist Syrien entscheidend für den Waffentransport an die Hisbollah und die logistische Koordination mit ihr. Vor dem Sturz des Regimes wurde sogar gemunkelt, dass die libanesische Partei eine kleine Anzahl von „Aufsichtskräften“ nach Homs entsandt hat, um die Armee des Regimes zu unterstützen, und 2000 Soldaten in die Stadt Qusayr, einer ihrer Hochburgen in Syrien nahe der Grenze zum Libanon, um sie im Falle eines Angriffs seitens der Rebellen zu verteidigen. Als das Regime fiel, zog Hisbollah seine Truppen zurück.

Der russische Luftwaffenstützpunkt Hmeimim in der syrischen Provinz Latakia und die Marinebasis in Tartus an der Küste sind für Russland wichtige Standorte, um sein geopolitisches Gewicht im Nahen Osten, im Mittelmeerraum und in Afrika zu behaupten. Der Verlust dieser Stützpunkte würde Russlands Status untergraben, da seine Intervention in Syrien demonstrierte, wie Russland militärische Gewalt einsetzen kann, um Ereignisse außerhalb seiner Grenzen zu beeinflussen und mit westlichen Staaten zu konkurrieren.

Welche Rolle spielen hier die anderen imperialistischen Mächte, vor allem die Türkei, Israel und die USA? Was wollen sie?

Trotz der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien wurde Ankara zunehmend frustriert. Deshalb hat es die Militäroffensive gefördert oder zumindest grünes Licht dafür gegeben und sie auf die eine oder andere Weise unterstützt. Ankaras Ziel war es zunächst, seine Position bei künftigen Verhandlungen mit dem syrischen Regime, aber auch mit Iran und Russland zu verbessern.

Jetzt, nach dem Sturz des Regimes, ist der Einfluss der Türkei in Syrien noch größer geworden, was sie wohl zum wichtigsten regionalen Akteur in diesem Land macht. Dabei versucht Ankara auch, die SNA zu nutzen, um die SDF zu schwächen, die vom bewaffneten Flügel der kurdischen Partei PYD dominiert wird, einer Schwesterorganisation der türkischen Kurdenpartei PKK, die von Ankara, den USA und der EU als terroristisch eingestuft wird.

Die Türkei verfolgt zwei weitere Hauptziele. Erstens will sie die zwangsweise Rückführung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei nach Syrien durchsetzen. Zweitens will sie die kurdischen Autonomiebestrebungen untergeben und insbesondere die kurdisch geführte Verwaltung im Nordosten Syriens, die Autonome Verwaltung Nord- und Ostsyriens (AANES, auch Rojava genannt), bekämpfen, die einen Präzedenzfall für die kurdische Selbstbestimmung in der Türkei schaffen würde, was eine Bedrohung für das Regime in seiner derzeitigen Form darstellen würde.

Weder die USA noch Israel hatten bei diesen Ereignissen ihre Hand im Spiel. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Die USA waren besorgt, dass der Sturz des Regimes zu mehr Instabilität in der Region führen könnte. US-Beamte erklärten zunächst, dass „die anhaltende Weigerung des Assad-Regimes, sich auf den in der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrats dargelegten politischen Prozess einzulassen, und seine Abhängigkeit von Russland und dem Iran die Bedingungen geschaffen haben, die sich jetzt entfalten, einschließlich des Zusammenbruchs der militärischen Positionen des Assad-Regimes im Nordwesten Syriens.“⁴⁴

Sie erklärten außerdem, dass sie [die USA] „nichts mit dieser Offensive zu tun hat, die von Hai’at Tahrir asch-Scham (HTS), einer als terroristisch eingestuftem Organisation, geführt wird“. Nach einem Besuch in der Türkei rief Außenminister Antony Blinken zur Deeskalation in Syrien auf. Nach dem Sturz des Regimes erklärten US-Beamte, dass sie ihre Präsenz in Ostsyrien mit etwa 900 Soldaten beibehalten und die notwendigen Maßnahmen ergreifen werden, um ein Wiederaufleben des Islamischen Staates zu verhindern.

Israelische Beamte erklärten ihrerseits, dass der „Zusammenbruch des Assad-Regimes wahrscheinlich zu einem Chaos führen würde, in dem sich militärische Bedrohungen gegen Israel entwickeln würden“.⁵ Außerdem ist Israel seit der Massenerhebung im Jahr 2011 nie für den Sturz des syrischen Regimes eingetreten. Im Juli 2018 hatte Netanjahu nichts dagegen, dass Assad die Kontrolle über das Land zurückerlangt und seine Macht stabilisiert.

Netanjahu hatte erklärt, Israel werde nur gegen wahrnehmbare Bedrohungen (bestimmte Kräfte sowie den Einfluss des Irans und der Hisbollah) vorgehen und erklärte: „Wir haben kein Problem mit dem Assad-Regime, 40 Jahre lang wurde keine einzige Kugel auf den Golanhöhen abgefeuert.“⁶ Wenige Stunden nach der Verkündung des Sturzes des Regimes übernahm die israelische Besatzungsarmee die Kontrolle über die syrische Seite des Bergs Hermon auf den Golanhöhen, um zu verhindern, dass die Rebellen das Gebiet am Sonntag einnehmen. Zuvor hatte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu der israelischen Besatzungsarmee befohlen, die Kontrolle über die Pufferzone auf dem Golan und „angrenzende strategische Positionen“ zu übernehmen.

Viele Campisten haben sich wieder mal auf die Seite von Assad gestellt, dieses Mal mit der Begründung, eine Niederlage von Assad sei ein Rückschlag für den palästinensischen Befreiungskampf. Was hältst du von diesem Argument? Was wird das für Palästina bedeuten?

Ja, die Campisten haben argumentiert, dass diese Militäroffensive von „Al-Qaida und anderen Terroristen“ angeführt wird und dass es sich um ein westlich-imperialistisches Komplott gegen das syrische Regime handelt, das darauf abzielt, die sogenannte „Achse des Widerstands“ unter Führung des Irans und der Hisbollah zu schwächen. Da diese Achse behauptet, die Palästinenser zu unterstützen, behaupten die Aktivisten, dass der Sturz von Assad sie schwächt und somit den Kampf für die Befreiung Palästinas untergräbt.

Das Hauptproblem bei der Argumentation der Befürworter der so genannten „Achse des Widerstands“ ist – neben dem Ignorieren jeglicher Handlungsfähigkeit lokaler syrischer Akteure – die Annahme, dass die Befreiung Palästinas von oben kommen wird, von diesen Staaten oder anderen Kräften, ungeachtet ihres reaktionären und autoritären Charakters und ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Diese Strategie ist in der Vergangenheit gescheitert und wird auch heute scheitern. Anstatt den Kampf für die

Befreiung Palästinas voranzutreiben, haben die autoritären und despotischen Staaten des Nahen Ostens, ob sie nun mit dem Westen verbündet sind oder gegen ihn opponieren, die Palästinenser wiederholt verraten und sogar unterdrückt.

Die Campisten ignorieren die Tatsache, dass für Syrien und den Iran das Hauptinteresse nicht in der Befreiung Palästinas liegt, sondern in der Wahrung ihrer eigenen politischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen. Diese sind ihnen jederzeit wichtiger als die Interessen Palästinas. Und gerade Syrien – Netanyahu hat dies zur Genüge deutlich gemacht – hat seit Jahrzehnten keinen Finger gegen Israel gerührt.

Der Iran seinerseits hat die palästinensische Sache rhetorisch unterstützt und die Hamas finanziert. Seit dem 7. Oktober 2023 besteht sein Hauptziel jedoch darin, sein Ansehen in der Region zu verbessern, um sich für künftige politische und wirtschaftliche Verhandlungen mit den USA in die beste Position zu bringen. Der Iran möchte seine politischen und sicherheitspolitischen Interessen gewährleisten und ist daher bestrebt, einen direkten Krieg mit Israel zu vermeiden.

Sein wichtigstes geopolitisches Ziel in Bezug auf die Palästinenser besteht nicht in deren Befreiung, sondern darin, sie als Druckmittel einzusetzen, insbesondere in seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Auch die passive Reaktion des Irans auf die Ermordung Nasrallahs durch Israel, die Dezimierung der Hisbollah-Kader und den brutalen Krieg gegen den Libanon zeigen, dass das Land in erster Linie sich selbst und seine Interessen schützen will. Der Iran war nicht bereit, diese zu opfern und seine wichtigsten nichtstaatlichen Verbündeten zu verteidigen.

In ähnlicher Weise hat sich der Iran als ein im besten Fall wankelmütiger Verbündeter der Hamas erwiesen. Er hat seine Finanzierung der Hamas reduziert, als sich ihre Interessen nicht mehr voll deckten. Nach der syrischen Revolution 2011, als sich die palästinensische Bewegung weigerte, die mörderische Unterdrückung der syrischen Demonstrant:innen durch das syrische Regime zu unterstützen, beendete der Iran seine finanzielle Unterstützung der Hamas.

Im Falle des syrischen Regimes ist das Argument gegen seine angebliche Unterstützung für Palästina unwiderlegbar. Es hat Palästina während des letzten Jahres des völkermörderischen Krieges Israels nicht verteidigt. Trotz des israelischen Bombardements auf Syrien vor und nach dem 7. Oktober hat das Regime nicht darauf reagiert. Dies entspricht der seit 1974 verfolgten Politik des Regi-

mes, jede größere und direkte Konfrontation mit Israel zu vermeiden.

Darüber hinaus hat das Regime wiederholt Palästinenser:innen in Syrien unterdrückt, einschließlich der Ermordung von mehreren Tausend von ihnen seit 2011, als es das Flüchtlingslager Yarmouk in Damaskus verwüstete. Sie haben auch die palästinensische Nationalbewegung angegriffen. So intervenierte Hafez al-Assad, Vater des Erben und gerade abgesetzten Diktators Baschar al-Assad, 1976 im Libanon und unterstützte rechtsextreme libanesische Parteien gegen linke palästinensische und libanesische Organisationen.

In den Jahren 1985 und 1986 führte sie auch Militäroperationen gegen palästinensische Flüchtlingslager in Beirut durch. 1990 befanden sich etwa 2500 palästinensische politische Gefangene in syrischen Gefängnissen.

Angesichts dieser Geschichte ist es ein Fehler, wenn die Palästina-Solidaritätsbewegung imperialistische oder subimperialistische Staaten verteidigt und sich mit ihnen verbündet, Staaten also, die ihre Interessen über die Solidarität mit Palästina stellen, um geopolitische Vorteile konkurrieren und die Arbeiter und Ressourcen ihrer Länder ausbeuten. Natürlich bleibt der US-Imperialismus mit seiner außergewöhnlichen Geschichte von Krieg, Plünderung und politischer Vorherrschaft der Hauptfeind der Region.

Aber es macht keinen Sinn, regionale reaktionäre Regimes und andere imperialistische Staaten wie Russland und China als Verbündete Palästinas oder der Solidaritätsbewegung anzusehen. Es gibt überhaupt keine Berechtigung für eine solche Sichtweise. Die Wahl des einen Imperialismus oder des anderen bedeutet nichts anderes, als die Stabilität des kapitalistischen Systems und die Ausbeutung der einfachen Bevölkerung abzusichern. Außerdem: Autoritäre und despotische Regimes mit der Zielsetzung der Befreiung Palästinas zu unterstützen, ist nicht nur moralisch falsch, es hat sich auch als gescheiterte Strategie erwiesen.

Die Palästinasolidaritätsbewegung darf die Befreiung Palästinas nicht mit der Politik der Staaten in der Region verknüpfen, sondern muss sie mit der Befreiung der breiten Massen in diesen Ländern verbinden. Diese identifizieren sich mit Palästina und sehen ihren eigenen Kampf für Demokratie und Gleichberechtigung unmittelbar mit dem Befreiungskampf der Palästinenser:innen verbunden. Wenn die Palästinenser:innen kämpfen, dann regt dies in aller Regel den Befreiungskampf in der Region an. Und umgekehrt ist der Kampf in der Region eine Ermutigung für den Kampf im besetzten Palästina.

Diese Kämpfe sind dialektisch miteinander verbunden; es sind Kämpfe für kollektive Befreiung. Der rechtsextreme israelische Minister Avigdor Lieberman hat die Gefahr erkannt, die sich mit den Volksaufständen von 2011 für Israel entwickelte, als er nämlich erklärte, dass die ägyptische Revolution, die Hosni Mubarak zu Fall brachte und die Tür für eine demokratische Entwicklung in dem Land öffnete, für Israel eine größere Gefahr darstellt als der Iran.

Die palästinensische Solidaritätsbewegung muss sehen, dass die Befreiung Palästinas nicht mit den Staaten der Region, sondern mit der Befreiung der breiten Bevölkerung verknüpft ist.

Dies bedeutet nicht, das Recht auf Widerstand der Palästinenser:innen und Libanes:innen gegen die brutalen Kriege Israels abzustreiten, sondern zu verstehen, dass nur der vereinte Aufstand der palästinensischen und regionalen einfachen Bevölkerung in der Lage ist, den Nahen Osten und Nordafrika zu verändern, autoritäre Regime zu stürzen und die USA und andere imperialistische Mächte zu vertreiben. Die internationale antiimperialistische Solidarität mit Palästina und den Volksmassen der Region ist unerlässlich, denn sie sind nicht nur mit Israel und den reaktionären Regimen der MENA-Länder [Nahost und Nordafrika] konfrontiert, sondern auch mit den dahinterstehenden imperialistischen Mächten.

Die Hauptaufgabe der Palästina-Solidaritätsbewegung, insbesondere im Westen, besteht darin, die Komplizenschaft unserer herrschenden Klassen anzuprangern, die nicht nur den rassistischen, siedler-kolonialen Apartheidstaat Israel und seinen völkermörderischen Krieg gegen die Palästinenser unterstützen, sondern auch Israels Angriffe auf andere Länder in der Region wie den Libanon. Die Bewegung muss Druck auf diese herrschenden Klassen ausüben, um alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Tel Aviv abubrechen.

Auf diese Weise kann die Solidaritätsbewegung die internationale und regionale Unterstützung für Israel anprangern und schwächen und den Palästinenser:innen helfen, sich zusammen mit den Volksmassen in der Region zu befreien.

Wird der Vormarsch der Rebellen in Syrien fortschrittlichen Kräften Raum geben, um den revolutionären Kampf wieder aufzunehmen und eine Alternative sowohl zum Regime als auch zum islamischen Fundamentalismus herauszubilden?

Dazu gibt es keine eindeutigen Antworten, nur mehr Fragen. Werden der Kampf von unten und die Selbstorgani-

sation in den Gebieten möglich sein, in denen das Regime vertrieben wurde? Werden zivilgesellschaftliche Organisationen (nicht im engeren Sinne als NGOs definiert, sondern im gramscianischen Sinne von Formationen aus der Bevölkerung, außerhalb des Staates) und alternative politische Strukturen mit demokratischer und progressiver Politik in der Lage sein, sich zu etablieren, zu organisieren und eine politische und soziale Alternative zu HTS und SNA zu bilden? Wird die Ausdehnung der HTS- und SNA-Kräfte ausreichend Raum für die Organisation auf lokaler Ebene lassen?

Dies sind meiner Meinung nach die Schlüsselfragen, auf die es keine klaren Antworten gibt. Die Politik von HTS und SNA in der Vergangenheit haben keineswegs die Entwicklung eines demokratischen Raums gefördert, ganz im Gegenteil. Sie haben autoritär gehandelt. Solchen Kräften sollte kein Vertrauen geschenkt werden. Nur die Selbstorganisation der breiten Massen, die für demokratische und fortschrittliche Forderungen kämpfen, wird diesen Raum schaffen und einen Weg zur tatsächlichen Befreiung eröffnen. Dazu müssen viele Hindernisse überwunden werden, von der Kriegsmüdigkeit bis zur Repression, von der Armut bis zur sozialen Verwerfung.

Das Haupthindernis waren, sind und werden die autoritären Akteure sein, früher das Regime und heute viele der oppositionellen Kräfte, insbesondere die HTS und die SNA; ihre Herrschaft und die militärischen Auseinandersetzungen zwischen ihnen haben den Raum für demokratische und fortschrittliche Kräfte erstickt, soweit sie ihre Zukunft demokratisch bestimmen wollen. Selbst in den befreiten Gebieten haben wir noch keine Kampagnen des demokratischen und progressiven Widerstands gesehen. Und dort, wo die SNA kurdische Gebiete erobert hat, hat sie die Rechte der Kurd:innen verletzt, sie mit Gewalt unterdrückt und eine große Zahl von ihnen gewaltsam vertrieben.

Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass ein unabhängiger demokratischer und fortschrittlicher Block, der in der Lage ist, sich zu organisieren und dem syrischen Regime und den islamisch-fundamentalistischen Kräften klar entgegenzutreten, schmerzlich fehlt. Der Aufbau eines solchen Blocks wird Zeit erfordern. Er wird die Kämpfe gegen Autokratie, Ausbeutung und alle Formen der Unterdrückung verbinden müssen. Er wird Forderungen nach Demokratie, Gleichheit, kurdischer Selbstbestimmung und Frauenbefreiung aufstellen müssen, um die gegenseitige Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten des Landes zu stärken.

Um solche Forderungen durchzusetzen, muss dieser fortschrittliche Block Volksorganisationen – von Gewerkschaften bis zu feministischen Organisationen – neu aufbauen und sie in nationalen Strukturen vernetzen. Dies erfordert die Zusammenarbeit zwischen demokratischen und fortschrittlichen Akteuren in der gesamten Gesellschaft.

Es gibt aber auch Hoffnung: Am Anfang lag die Hauptdynamik auf der militärischen Ebene, angeführt von HTS und SNA. In den letzten Tagen sehen wir vermehrt im ganzen Land große und kleine Demonstrationen. Hier folgen die Menschen keinem Befehl von HTS, SNA oder anderen bewaffneten Oppositionsgruppen. Es gibt jetzt einen Raum, in dem die Syrer versuchen können, den zivilen Volkswiderstand von unten und alternative Machtstrukturen aufzubauen, auch wenn dies, wie oben erwähnt, mit Widersprüchen und Hindernissen verbunden ist.

Darüber hinaus wird eine der wichtigsten Aufgaben darin bestehen, die zentrale ethnische Spaltung des Landes, nämlich die zwischen Arabern und Kurden, zu überwinden. Die fortschrittlichen Kräfte müssen einen klaren Kampf gegen den arabischen Chauvinismus führen, um diese Spaltung zu überwinden und Solidarität zwischen diesen Bevölkerungsgruppen aufzubauen. Dies ist seit Beginn der syrischen Revolution im Jahr 2011 eine Herausforderung und muss auf fortschrittliche Weise angegangen und gelöst werden, damit die Menschen im Land wirklich befreit werden können.

Es ist unbedingt erforderlich, zu den ursprünglichen Bestrebungen der syrischen Revolution nach Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit zurückzukehren – und zwar auf eine Weise, die die kurdische Selbstbestimmung bewahrt. Die kurdische PYD kann zwar für ihre Fehler und ihre Herrschaftsform kritisiert werden, sie ist jedoch nicht das Haupthindernis für eine solche Solidarität zwischen Kurden und Arabern. Das sind vielmehr die kriegerischen und chauvinistischen Positionen und die Politik der arabischen Oppositionskräfte in Syrien, angefangen bei der arabisch dominierten Syrischen Nationalen Koalition, gefolgt von der Nationalen Koalition der Syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte (den wichtigsten Oppositionsgremien im Exil, die vom Westen und den Ländern der Region unterstützt wurden und die versuchten, die syrische Revolution in ihren Anfangsjahren anzuführen) bis zu den beiden wichtigsten militärischen Kräften heute, der HTS und der SNA.

In diesem Zusammenhang müssen fortschrittliche Kräfte die Zusammenarbeit zwischen syrischen Arabern

und Kurden, einschließlich der AANES [Autonomous Administration of North and East Syria], fortsetzen. Das AANES-Projekt und seine politischen Institutionen repräsentieren große Teile der kurdischen Bevölkerung und haben sie gegen verschiedene lokale und externe Bedrohungen geschützt.

Doch auch sie hat Unzulänglichkeiten und darf nicht unkritisch unterstützt werden. Die PYD und AANES sind mit Repression gegen politische Aktivist:innen und Gruppen vorgegangen, die ihre Macht infrage stellen. Und sie hat auch die Menschenrechte der Zivilbevölkerung verletzt. Dennoch hat sie einige wichtige Errungenschaften vorzuweisen, insbesondere die stärkere Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Gesellschaft, die Kodifizierung säkularer Gesetze und die stärkere Einbeziehung religiöser und ethnischer Minderheiten. In sozioökonomischen Fragen hat sie jedoch nicht mit dem Kapitalismus gebrochen und ist nicht angemessen auf die Sorgen und Nöte der einfachen Bevölkerung eingegangen.

Was auch immer fortschrittliche Menschen an der PYD und der AANES zu kritisieren haben, wir müssen den arabisch-chauvinistische Beschreibungen der PYD als „der Teufel“ und als ein „separatistisches“ ethno-nationalistisches Projekt entgegentreten. Aber wenn wir solche Heuchelei zurückweisen, dürfen wir die AANES nicht verklären, wie es einige Anarchisten und Linke im Westen getan haben, die sie fälschlicherweise als eine neue Form demokratischer Macht von unten dargestellt haben.

Es hat bereits eine gewisse Zusammenarbeit zwischen syrisch-arabischen Demokrat:innen und fortschrittlichen Kräften und der AANES und den mit ihr verbundenen Institutionen gegeben. Darauf muss aufgebaut werden. Doch wie bei jeder Art von Zusammenarbeit sollte dies nicht unkritisch geschehen.

Auch wenn es unerlässlich ist, alle daran zu erinnern, dass das Regime von Baschar al-Assad und seine Verbündeten die Hauptverantwortung für den Massenmord an Hunderttausenden von Zivilisten, für die massenhaften Zerstörungen und für die zunehmende Verarmung und die derzeitige Lage in Syrien tragen, so geht das Ziel der syrischen Revolution über das hinaus, was HTS-Führer al-Dschoulani in seinem Interview mit CNN sagte. Es geht nicht nur darum, dieses Regime zu stürzen, sondern eine Gesellschaft aufzubauen, die sich durch Demokratie, Gleichheit und uneingeschränkte Rechte für die unterdrückten Gruppen auszeichnet. Andernfalls werden wir nur ein Übel durch ein anderes ersetzen.

Welche Auswirkungen wird der Sturz des Regimes auf die Region und die imperialistischen Mächte haben? Welche Position sollte die internationale Linke in dieser Situation vertreten?

Nach dem Sturz des Regimes erklärte HTS-Führer al-Dschoulani, dass die staatlichen Institutionen Syriens vom ehemaligen Ministerpräsidenten Mohammed al-Dschalali geführt werden, bis sie nach den Wahlen an eine neue Regierung mit vollen Exekutivbefugnissen übergeben werden, was auf Bemühungen um einen geordneten Übergang hindeutet. Der syrische Telekommunikationsminister Eyad al-Khatib erklärte sich bereit, mit den Vertretern der HTS zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Telekommunikation und das Internet weiterhin funktionieren.

Dies sind klare Anzeichen dafür, dass die HTS einen kontrollierten Machtwechsel anstrebt, um ausländische Ängste zu beschwichtigen, Kontakte zu regionalen und internationalen Mächten zu knüpfen und die Anerkennung als legitime Kraft zu erlangen, mit der man verhandeln kann. Ein Hindernis für eine solche Normalisierung ist die Tatsache, dass die HTS immer noch als terroristische Organisation gilt und Syrien mit Sanktionen belegt ist.

Trotzdem ist mit einer Phase der Instabilität in dem Land zu rechnen. In Damaskus war am Tag nach dem Sturz des Regimes ein gewisses Chaos auf den Straßen zu beobachten, so wurde beispielsweise die Zentralbank geplündert.

Welche Auswirkungen der Sturz des Regimes auf die regionalen und imperialistischen Mächte haben wird, ist noch nicht abzuschätzen. Die USA und der Westen wollen jetzt vor allem eine Schadensbegrenzung, um auf diese Weise eine Ausbreitung des Chaos in der Region zu verhindern. Den Staaten der Region passt die derzeitige Situation überhaupt nicht, denn sie hatten in den letzten Jahren einen Normalisierungsprozess mit dem Regime eingeleitet. Für die Türkei besteht das Hauptziel darin, ihre Macht und ihren Einfluss in Syrien zu festigen und die kurdisch geführte AANES im Nordosten loszuwerden. Der türkische Außenminister sagte am Sonntag, der türkische Staat stehe in Kontakt mit den Rebellen in Syrien, um sicherzustellen, dass der Islamische Staat und insbesondere die PKK den Sturz des Regimes in Damaskus nicht ausnutzen, um ihren Einfluss auszudehnen.

Die verschiedenen Mächte haben jedoch ein gemeinsames Ziel: die Durchsetzung einer Form von autoritärer Stabilität in Syrien und der Region. Das bedeutet natürlich nicht, dass sich die regionalen und imperialistischen

Mächte einig sind. Sie haben alle ihre eigenen, auf vielen Feldern gegensätzlichen Interessen, aber sie wollen keine Destabilisierung des Nahen Ostens und Nordafrikas, insbesondere keine Instabilität, die die Ölzufuhr für den globalen Kapitalismus unterbrechen würde.

Die internationale Linke darf sich nicht auf die Seite der Überreste des Regimes oder der lokalen, regionalen und internationalen Kräfte der Konterrevolution schlagen. Als politischer Kompass der Revolutionäre sollte vielmehr das Prinzip der Solidarität mit den Volks- und Fortschrittskämpfen von unten dienen. Es sollten also Gruppen und Einzelpersonen unterstützt werden, die sich für ein fortschrittliches und auf Gleichberechtigung ausgerichtetes Syrien organisieren und kämpfen und Solidarität zwischen ihnen und den Volksmassen der Region aufbauen.

Die Linke muss sich vor den Fallen der Romantisierung und des Defätismus hüten. Wir müssen vielmehr eine Strategie der kritischen, fortschrittlichen, internationalen Solidarität unter den breiten Massen der Region und in der ganzen Welt verfolgen. Für die Linken sind dies die entscheidenden Aufgaben und hier liegt ihre Verantwortung.

Joseph Daher ist ein syrischer Politikwissenschaftler, der heute in der Schweiz lebt.

Übersetzung: Jakob S.

- 1 <https://www.pbs.org/wgbh/frontline/interview/abumohammad-al-jolani/>
- 2 <https://edition.cnn.com/2024/12/06/middleeast/syria-rebel-forces-hayat-tahrir-al-sham-al-jolani-intl-latam/index.html>
- 3 <https://www.rudaw.net/english/middleeast/syria/031220245>
- 4 <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2024/11/30/statement-by-nsc-spokesperson-sean-savett-on-syria/> vom 30. Nov. 2024
- 5 <https://www.israelhayom.com/2024/12/02/assad-regimes-potential-collapse-raises-new-security-concerns-for-israel/>
- 6 <https://www.haaretz.com/israel-news/2018-07-12/ty-article/netanyahu-israel-has-no-problem-with-assad-agreements-must-be-upheld/0000017f-e1aa-d804-ad7f-f1facdb0000>

REGISTER 2024

REGISTER NACH LÄNDERN

Titel	Autor*in	Heft	Seite		
Argentinien					
„Diese Regierung ist eine Katastrophe“	Claudio Katz (Interview)	3/2024	57		
China					
China und die Theorie der permanenten Revolution	Pierre Rousset	6/2024	60		
Frankreich					
Le Pen denkt, Macron führt aus	Léon Crémieux	2/2024	57		
Ein Überraschungssieg und eine kurze Verschnaufpause	Léon Crémieux	5/2024	52		
Nach den Parlamentswahlen in Frankreich	NPA-Révolutionnaires	5/2024	56		
Großbritannien					
Nach dem Erdbeben: Widerstand und Neuausrichtung	Anti*Capitalist Resistance	5/2024	48		
Indien					
Unabhängigkeit durch Gewaltlosigkeit?	Sushovan Dhar (Interview)	1/2024	51		
International					
Von unten gegen die multiplen Krisen	Internationales Komitee der IV. Internationale	4/2024	3		
Iran					
Keine Lösungen im Angebot	Yassamine Mather	5/2024	33		
Israel					
Kontrollierter Völkermord – Dossier		1/2024	3		
Ein Verbrechen gegen die Humanität	Gilbert Achcar	1/2024	4		
Von der Apartheid zum Völkermord	David Finkel	1/2024	8		
Jüdische Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer	B'Tselem	1/2024	13		
Völkermord in Gaza und Angriff auf demokratische Rechte	Hermann Dierkes	1/2024	20		
Gaza-Krieg – Dossier		3/2024	17		
Auf der Suche nach Orientierung	Birgit Althaler	3/2024	18		
Zusammenstehen gegen Krieg und Rassismus	Uri Weltmann (Interview)	3/2024	19		
Den Sack schlägt man, den Esel meint man	Peter Beinart	3/2024	22		
Die Vergänglichkeit des Mitgefühls	Orly Noy	3/2024	25		
Wie der Völkermord gestoppt werden kann	Marcy Winograd	3/2024	27		
Die „Staatsräson“ gerät zur Farce	Michael Sappir	3/2024	32		
Anatomie eines Genozids	Francesca Albanese	3/2024	37		
Wider die deutsche Staatsräson	Jakob Schäfer, Michael Weis	4/2024	46		
Studentische Proteste		4/2024	51		
Solidarität mit Gaza!	Zeitschrift „internationalen“	4/2024	51		
Eine vorläufige Bilanz	Dan La Botz	4/2024	52		
Palästina als Staat	Joseph Daher	4/2024	54		
76 Jahre nach der Nakba: Eine internationale Bewegung aufbauen!	Büro der Vierten Internationale	4/2024	66		
Dossier Palästina/Israel		5/2024	36		
Recht haben und Recht bekommen	Katherine Hearst, Imran Mullah	5/2024	37		
Tribut der Rachsucht	Orly Noy	5/2024	38		
Israels wahrer Grund für die Ermordung von Hamas- und Hisbollah-Führern	Abdjaljawad Omar	5/2024	40		
Wenn Kindermord zur Banalität wird	Gilbert Achcar	5/2024	43		
Israels Wirtschaft vor dem Ruin	Shir Hever	5/2024	45		
Neue Repression gegen Palästina-Solidarität	J. H. Wassermann	5/2024	47		
Jemen					
Der Jemen als Akteur im Nahen Osten	Édouard Soulier	4/2024	62		
Kenia					
Wenn die Jugend die Macht herausfordert	Paul Martial	5/2024	60		
Nahost					
Dossier: Israel will den Flächenbrand		6/2024	21		
Israels Krieg gegen eine ganze Bevölkerung	Jakob Schäfer, Michael Weis	6/2024	22		
Wo steht die Hisbollah heute?	Joseph Daher	6/2024	24		
Israels Eskalationsstrategie im Libanon	Gilbert Achcar	6/2024	26		
Palästinas Zukunft	Mustafa Barghouti (Interview)	6/2024	28		
Die Entzauberung des „transatlantischen Antifaschismus“	Gilbert Achcar	6/2024	33		
Israels Untermenschen	Meron Rapoport	6/2024	35		
Unter Geiern und Falken	Gilbert Achcar	6/2024	38		
Israel will den Flächenbrand	Joseph Daher	6/2024	40		
Die Verantwortung der USA am Völkermord	Mitchell Plitnick	6/2024	43		
Pakistan					
Unterstützung der pakistanischen Online-Zeitung Jeddojehad		1/2024	62		
Palästina					
Kontrollierter Völkermord – Dossier		1/2024	3		
Ein Verbrechen gegen die Humanität	Gilbert Achcar	1/2024	4		
Von der Apartheid zum Völkermord	David Finkel	1/2024	8		
Jüdische Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer	B'Tselem	1/2024	13		
Völkermord in Gaza und Angriff auf demokratische Rechte	Hermann Dierkes	1/2024	20		
Frieden durch Völkermord? – Dossier		2/2024	10		
Tote können nicht berichten	Giorgos Mitralias	2/2024	11		
Aufbau einer neuen Dynamik des palästinensischen Widerstands	L. S. (Interview)	2/2024	13		
Waffenembargo gegen Israel	Emmanuel Dror	2/2024	18		
BDS-Bewegung wichtiger denn je	Hermann Dierkes	2/2024	19		
Über den Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs durch den Staat Israel	Friedrich Voßkuhler	2/2024	23		
Israel und die USA – der erste gemeinsame Krieg	Gilbert Achcar	2/2024	25		
Droht ein Flächenbrand?	Joseph Daher	2/2024	27		
Berichterstattung, Desinformation, Propaganda und die Rolle der Medien	Martina Guggenbühl	2/2024	31		
Gaza-Krieg – Dossier		3/2024	17		
Auf der Suche nach Orientierung	Birgit Althaler	3/2024	18		
Zusammenstehen gegen Krieg und Rassismus	Uri Weltmann (Interview)	3/2024	19		
Den Sack schlägt man, den Esel meint man	Peter Beinart	3/2024	22		
Die Vergänglichkeit des Mitgefühls	Orly Noy	3/2024	25		
Wie der Völkermord gestoppt werden kann	Marcy Winograd	3/2024	27		
Die „Staatsräson“ gerät zur Farce	Michael Sappir	3/2024	32		
Anatomie eines Genozids	Francesca Albanese	3/2024	37		
Wider die deutsche Staatsräson	Jakob Schäfer, Michael Weis	4/2024	46		
Studentische Proteste		4/2024	51		
Solidarität mit Gaza!	Zeitschrift „internationalen“	4/2024	51		
Eine vorläufige Bilanz	Dan La Botz	4/2024	52		
Palästina als Staat	Joseph Daher	4/2024	54		
76 Jahre nach der Nakba: Eine internationale Bewegung aufbauen!	Büro der Vierten Internationale	4/2024	66		
Dossier Palästina/Israel		5/2024	36		
Recht haben und Recht bekommen	Katherine Hearst, Imran Mullah	5/2024	37		
Studentische Proteste		4/2024	51		
Solidarität mit Gaza!	Zeitschrift „internationalen“	4/2024	51		
Eine vorläufige Bilanz	Dan La Botz	4/2024	52		
Palästina als Staat	Joseph Daher	4/2024	54		
76 Jahre nach der Nakba: Eine internationale Bewegung aufbauen!	Büro der Vierten Internationale	4/2024	66		
Dossier Palästina/Israel		5/2024	36		
Recht haben und Recht bekommen	Katherine Hearst, Imran Mullah	5/2024	37		

Tribut der Rachsucht	Orly Noy	5/2024	38
Israels wahrer Grund für die Ermordung von Hamas- und Hisbollah-Führern	Abdaljawad Omar	5/2024	40
Wenn Kindermord zur Banalität wird	Gilbert Achcar	5/2024	43
Israels Wirtschaft vor dem Ruin	Shir Hever	5/2024	45
Neue Repression gegen Palästina-Solidarität	J. H. Wassermann	5/2024	47
Philippinen			
Indigene Völker zwischen allen Interessen	Pierre Rousset	1/2024	46
Portugal			
Vor 50 Jahren: Nelken in den Gewehrläufen	Hans-Jürgen Schulz	4/2024	39
Russland			
Verschärfung von Repression und Krieg	Ilja Budraitskis (Interview)	4/2024	19
Schweden			
Solidarität mit Gaza!	Zeitschrift „internationalen“	4/2024	51
Türkei			
Erdogan und sein unberechenbares Regime	Masis Kürkçügil (Interview)	3/2024	49
Ukraine			
Solidarität mit ukrainischen Gewerkschaften	Torsten Neumann	2/2024	55
Kein Ende des Krieges in Sicht	Michael Roberts	3/2024	40
Eskalation oder Verhandlungen?	Jakob Schäfer	3/2024	43
Für einen selbstbestimmten Wiederaufbau der Ukraine	Hermann Nehls	3/2024	47
Ukraine: Was nun?	Manuel Garí	4/2024	25
USA			
Autostreiks in den USA	Dan La Botz	1/2024	39
„Rekordprofite bedeuten Rekordverträge“	Dianne Feeley	1/2024	41
Israel und die USA – der erste gemeinsame Krieg	Gilbert Achcar	2/2024	25
Eine vorläufige Bilanz	Dan La Botz	4/2024	52
Blockieren, verschwenden, desorganisieren?	Ashley Smith	6/2024	11
Warum wir Trump besiegen müssen	Dan La Botz	6/2024	18
Venezuela			
Ist Nicolás Maduro ein Linker?	Ana Cristina Carvalhaes, Luis Bonilla	6/2024	54
Zentralafrikanische Republik			
Zur Belohnung darf geplündert werden	Paul Martial	5/2024	63

REGISTER NACH THEMEN (AUSWAHL)

Titel	Autor*in	Heft	Seite
Anthropologie			
„Eine Arbeiterin. Leben, Alter und Sterben“	Friedrich Voßkühler	5/2024	26
Betrieb & Gewerkschaft			
Verdachtskündigungen	H. N.	2/2024	3
Das faschistische Arbeitsunrecht wirkt fort	Heinrich Neuhaus	5/2024	22
Buchbesprechung			
Trotzkis Literaturschriften	Helmut Dahmer	1/2024	54
Der Abschied vom historischen Materialismus	Friedrich Voßkühler	1/2024	57
Ein Plädoyer für den Universalismus	Jakob Schäfer	1/2024	60
Lenins „Materialismus und Empirio-kritizismus“	Johann-Friedrich Anders	2/2024	50
J. Schäfer: Mellopolis '48	Johann-Friedrich Anders	2/2024	53

Zur Geschichte des Jüdischen Arbeiterbundes	Martin Englund	4/2024	58
Bündnis Sahra Wagenknecht			
Kapitulation vor dem rechten Zeitgeist	Thies Gleiss	2/2024	5
Faschismus			
Internationale Front gegen die extreme Rechte	Éric Toussaint	3/2024	54
Der aufhaltsame Aufstieg der AfD	Helmut Born, Thies Gleiss	5/2024	3
Faschismus bekämpfen, Grundrechte verteidigen, Widerstand organisieren	H. Neuhaus	5/2024	6
Zu den Ursachen der Rechtsentwicklung	Jakob Schäfer	5/2024	8
Broschüre: Faschismus bekämpfen, Grundrechte verteidigen, Widerstand organisieren		5/2024	64
Geschichte			
Der Verrat des Holocausts durch den israelischen Staat	Friedrich Voßkühler	6/2024	47
Gewerkschaften			
GDL-Tarifrunde 2023/2024	Jakob Schäfer	3/2024	3
Jugend			
Internationales sozialistisches Sommercamp		3/2024	64
Klasse			
WiestehtesumdieArbeiter:innenklasse?	Sandra Cormier	5/2024	15
Klasse und Klassenbewusstsein	Antoine Larrache, Raphael Greggan	5/2024	18
Krieg			
Position der ISO zu Aufrüstung und Militarisierung	Koordination der ISO	4/2024	15
Die Spirale der Hochrüstung und Militarisierung	Wolfgang Feikert	5/2024	12
Kultur			
Britanniens sozialistischer Meister des Kinos	Ken Loach (Interview)	4/2024	34
Lenin			
Der verratenene Lenin	Elfi Müller	2/2024	41
Mensch und Natur			
Natur, Wissenschaft und revolutionäre Praxis	Friedrich Voßkühler	2/2024	34
Nachruf			
Ernesto Herrera (1949–2024)	Charles-André Udry	3/2024	62
Ökologie			
Kampf um Tesla	Klaus Meier	3/2024	6
Landwirtschaft vs. Ökologie?	Adriano Bulla	3/2024	11
Ökonomie			
Polykrise und Kapitalismus	Norbert Holcblat	1/2024	29
Die aktuelle Autokrise hat sich lange angebahnt	Jean-Claude Vessillier	6/2024	3
Das Ende der deutschen Hegemonie in der EU?	Michael Roberts	6/2024	6
Ökosozialismus			
Zum Entwurf des Ökosozialistischen Manifestes	Daniel Tanuro	1/2024	23
Ökosozialistische Konferenz 2024		2/2024	62
Ökosozialistische Konferenz 2024		3/2024	16
„Die Konferenz hat sich geöffnet“	Angela Klein	4/2024	29
Technologie			
Künstliche Intelligenz im Kapitalismus: Einige negative Folgen	Klaus Meier	4/2024	30

REGISTER NACH AUTOR*INNEN

Titel	Land/Thema	Heft	Seite				
Gilbert Achcar							
Ein Verbrechen gegen die Humanität	Israel, Palästina	1/2024	4				
Israel und die USA – der erste gemeinsame Krieg	Palästina, USA	2/2024	25				
Wenn Kindermord zur Banalität wird	Israel, Palästina	5/2024	43				
Israels Eskalationsstrategie im Libanon	Nahost	6/2024	26				
Die Entzauberung des „transatlantischen Antifaschismus“	Nahost	6/2024	33				
Unter Geiern und Falken	Nahost	6/2024	38				
Francesca Albanese							
Anatomie eines Genozids	Israel, Palästina	3/2024	37				
Birgit Althaler							
Auf der Suche nach Orientierung	Israel, Palästina	3/2024	18				
Johann-Friedrich Anders							
Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“	Buchbesprechung	2/2024	50				
J. Schäfer: Mellopolis '48	Buchbesprechung	2/2024	53				
Anti*Capitalist Resistance							
Nach dem Erdbeben: Widerstand und Neuausrichtung	Großbritannien	5/2024	48				
B'Tselem							
Jüdische Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer	Israel, Palästina	1/2024	13				
Mustafa Barghouti (Interview)							
Palästinas Zukunft	Nahost	6/2024	28				
Peter Beinart							
Den Sack schlägt man, den Esel meint man	Israel, Palästina	3/2024	22				
Luis Bonilla							
Ist Nicolás Maduro ein Linker?	Venezuela	6/2024	54				
Helmut Born							
Der aufhaltsame Aufstieg der AfD	Faschismus	5/2024	3				
Dan La Botz							
Autostreiks in den USA	USA	1/2024	39				
Eine vorläufige Bilanz	Israel, Palästina, USA	4/2024	52				
Warum wir Trump besiegen müssen	USA	6/2024	18				
Ilja Budraitskis (Interview)							
Verschärfung von Repression und Krieg	Russland	4/2024	19				
Adriano Bulla							
Landwirtschaft vs. Ökologie?	Ökologie	3/2024	11				
Sandra Cormier							
WiestehtesumdieArbeiter:innenklasse?	Klasse	5/2024	15				
Léon Crémieux							
Le Pen denkt, Macron führt aus	Frankreich	2/2024	57				
Ein Überraschungssieg und eine kurze Verschnaufpause	Frankreich	5/2024	52				
Ana Cristina Carvalhaes							
Ist Nicolás Maduro ein Linker?	Venezuela	6/2024	54				
Joseph Daher							
Droht ein Flächenbrand?	Palästina	2/2024	27				
Palästina als Staat	Israel, Palästina	4/2024	54				
Wo steht die Hisbollah heute?	Nahost	6/2024	24				
Israel will den Flächenbrand	Nahost	6/2024	40				
Helmut Dahmer							
Trotzkis Literaturschriften	Buchbesprechung	1/2024	54				
Sushovan Dhar (Interview)							
Unabhängigkeit durch Gewaltlosigkeit?	Indien	1/2024	51				
Hermann Dierkes							
Völkermord in Gaza und Angriff auf demokratische Rechte	Israel, Palästina	1/2024	20				
BDS-Bewegung wichtiger denn je	Palästina	2/2024	19				
Emmanuel Dror							
Waffenembargo gegen Israel	Palästina	2/2024	18				
Martin Englund							
Zur Geschichte des Jüdischen Arbeiterbundes	Buchbesprechung	4/2024	58				
Dianne Feeley							
„Rekordprofite bedeuten träge“	Rekordver- USA	1/2024	41				
Wolfgang Feikert							
Die Spirale der Hochrüstung und Militarisierung	Krieg	5/2024	12				
David Finkel							
Von der Apartheid zum Völkermord	Israel, Palästina	1/2024	8				
Manuel Garí							
Ukraine: Was nun?	Ukraine	4/2024	25				
Thies Gleiss							
Kapitulation vor dem rechten Zeitgeist	Bündnis Sahra Wa- genknecht	2/2024	5				
Der aufhaltsame Aufstieg der AfD	Faschismus	5/2024	3				
Raphael Greggan							
Klasse und Klassenbewusstsein	Klasse	5/2024	18				
Martina Guggenbühl							
Berichterstattung, Desinformation, Propaganda und die Rolle der Medien	Palästina	2/2024	31				
Katherine Hearst							
Recht haben und Recht bekommen	Israel, Palästina	5/2024	37				
Shir Hever							
Israels Wirtschaft vor dem Ruin	Israel, Palästina	5/2024	45				
Norbert Holcblat							
Polykrise und Kapitalismus	Ökonomie	1/2024	29				
Zeitschrift „internationalen“							
Solidarität mit Gaza!	Israel, Palästina, Schweden	4/2024	51				
Koordination der ISO							
Position der ISO zu Aufrüstung und Militarisierung	Krieg	4/2024	15				
Claudio Katz (Interview)							
„Diese Regierung ist eine Katastrophe“	Argentinien	3/2024	57				
Angela Klein							
„Die Konferenz hat sich geöffnet“	Ökosozialismus	4/2024	29				
Masis Kürkçügil (Interview)							
Erdogan und sein unberechenbares Regime	Türkei	3/2024	49				
Antoine Larrache							
Klasse und Klassenbewusstsein	Klasse	5/2024	18				

Ken Loach (Interview)

Britanniens sozialistischer Meister des Kinos Kultur 4/2024 34

Paul Martial

Wenn die Jugend die Macht herausfordert Kenia 5/2024 60

Zur Belohnung darf geplündert werden Zentralafrikanische Republik 5/2024 63

Yassamine Mather

Keine Lösungen im Angebot Iran 5/2024 33

Klaus Meier

Kampf um Tesla Ökologie 3/2024 6

Künstliche Intelligenz im Kapitalismus: Technologie Einige negative Folgen 4/2024 30

Giorgos Mitralias

Tote können nicht berichten Palästina 2/2024 11

Imran Mullah

Recht haben und Recht bekommen Israel, Palästina 5/2024 37

Elfi Müller

Der verratene Lenin Lenin 2/2024 41

H. N.

Verdachtskündigungen Betrieb & Gewerkschaft 2/2024 3

Hermann Nehls

Für einen selbstbestimmten Wiederaufbau der Ukraine Ukraine 3/2024 47

H. Neuhaus

Faschismus bekämpfen, Grundrechte verteidigen, Widerstand organisieren Faschismus 5/2024 6

Heinrich Neuhaus

Das faschistische Arbeitsunrecht wirkt fort Arbeitsrecht 5/2024 22

Torsten Neumann

Solidarität mit ukrainischen Gewerkschaften Ukraine 2/2024 55

Orly Noy

Die Vergänglichkeit des Mitgefühls Israel, Palästina 3/2024 25

Tribut der Rachsucht Israel, Palästina 5/2024 38

NPA-Révolutionnaires

Nach den Parlamentswahlen in Frankreich Frankreich 5/2024 56

Abdaljawad Omar

Israels wahrer Grund für die Ermordung von Hamas- und Hisbollah-Führern Israel, Palästina 5/2024 40

Mitchell Plitnick

Die Verantwortung der USA am Völkermord Nahost 6/2024 43

Meron Rapoport

Israels Untermenschen Nahost 6/2024 35

Michael Roberts

Kein Ende des Krieges in Sicht Ukraine 3/2024 40

Das Ende der deutschen Hegemonie in der EU? Ökonomie 6/2024 6

Pierre Rousset

Indigene Völker zwischen allen Interessen Philippinen 1/2024 46

China und die Theorie der permanenten Revolution China 6/2024 60

L. S. (Interview)

Aufbau einer neuen Dynamik des palästinensischen Widerstands Palästina 2/2024 13

Michael Sappir

Die „Staatsräson“ gerät zur Farce Israel, Palästina 3/2024 32

Jakob Schäfer

Ein Plädoyer für den Universalismus Buchbesprechung 1/2024 60

GDL-Tarifrunde 2023/2024 Gewerkschaften 3/2024 3

Eskalation oder Verhandlungen? Ukraine 3/2024 43

Wider die deutsche Staatsräson Israel, Palästina 4/2024 46

Zu den Ursachen der Rechtsentwicklung Faschismus 5/2024 8

Israels Krieg gegen eine ganze Bevölkerung Nahost 6/2024 22

Hans-Jürgen Schulz

Vor 50 Jahren: Nelken in den Gewehrläufen Portugal 4/2024 39

Ashley Smith

Blockieren, verschwenden, desorganisieren? USA 6/2024 11

Édouard Soulier

Der Jemen als Akteur im Nahen Osten Jemen 4/2024 62

Daniel Tanuro

Zum Entwurf des Ökosozialistischen Manifestes Ökosozialismus 1/2024 23

Éric Toussaint

Internationale Front gegen die extreme Rechte Faschismus 3/2024 54

Charles-André Udry

Ernesto Herrera (1949–2024) Nachruf 3/2024 62

Jean-Claude Vessillier

Die aktuelle Autokrise hat sich lange angebahnt Ökonomie 6/2024 3

Büro der Vierten Internationale

76 Jahre nach der Nakba: Eine internationale Bewegung aufbauen! Israel, Palästina 4/2024 66

Internationales Komitee der Vierten Internationale

Von unten gegen die multiplen Krisen International 4/2024 3

Friedrich Voßkuhler

Der Abschied vom historischen Materialismus Buchbesprechung 1/2024 57

Über den Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs durch den Staat Israel Palästina 2/2024 23

Natur, Wissenschaft und revolutionäre Praxis Mensch und Natur 2/2024 34

„Eine Arbeiterin. Leben, Alter und Sterben“ Anthropologie 5/2024 26

Der Verrat des Holocausts durch den israelischen Staat Geschichte 6/2024 47

J. H. Wassermann

Neue Repression gegen Palästina-Solidarität Israel, Palästina 5/2024 47

Michael Weis

Wider die deutsche Staatsräson Israel, Palästina 4/2024 46

Israels Krieg gegen eine ganze Bevölkerung Nahost 6/2024 22

Israels Krieg gegen eine ganze Bevölkerung Nahost 6/2024 22

Israels Krieg gegen eine ganze Bevölkerung Nahost 6/2024 22

Uri Weltmann (Interview)

Zusammenstehen gegen Krieg und Rassismus Israel, Palästina 3/2024 19

Zusammenstehen gegen Krieg und Rassismus Israel, Palästina 3/2024 19

Marcy Winograd

Wie der Völkermord gestoppt werden kann Israel, Palästina 3/2024 27